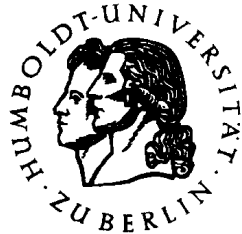


HUMBOLDT-UNIVERSITÄT ZU BERLIN

INSTITUT FÜR BIBLIOTHEKSWISSENSCHAFT



BERLINER HANDREICHUNGEN ZUR BIBLIOTHEKSWISSENSCHAFT

HEFT 107

DIE ERWERBUNGSPOLITIK DER HAMBURGER STADTBIBLIOTHEK VON 1840 BIS ZU IHRER UMWANDLUNG IN EINE STAATS- UND UNIVERSITÄTSBIBLIOTHEK 1921

VON
GABRIELE URBAN

**DIE ERWERBUNGSPOLITIK DER HAMBURGER
STADTBIBLIOTHEK VON 1840 BIS ZU IHRER
UMWANDLUNG IN EINE STAATS- UND
UNIVERSITÄTSBIBLIOTHEK 1921**

**VON
GABRIELE URBAN**

Berliner Handreichungen
zur Bibliothekswissenschaft

Begründet von Peter Zahn
Herausgegeben von
Konrad Umlauf
Humboldt-Universität zu Berlin

Heft 107

Urban, Gabriele

Die Erwerbungspolitik der Hamburger Stadtbibliothek von 1840 bis zu ihrer Umwandlung in eine Staats- und Universitätsbibliothek 1921 / von Gabriele Urban. - Berlin : Institut für Bibliothekswissenschaft der Humboldt-Universität zu Berlin, 2003, 74 S. - (Berliner Handreichungen zur Bibliothekswissenschaft und Bibliothekarsausbildung ; 107)

ISSN 14 38-76 62

Abstract:

In der vorliegenden Arbeit wird die Erwerbungspolitik der Hamburger Stadtbibliothek zwischen 1840-1921 auf Grundlage des reichhaltigen Archivmaterials aus dem Staatsarchiv Hamburg untersucht. In diesen 80 Jahren wurde die Bibliothekspolitik im allgemeinen und die Anschaffungspolitik im speziellen neben der Bibliotheksleitung von drei weiteren Faktoren bestimmt: von der Bibliothekskommission, in der Fachleute bei der Erwerbungsentscheidung mithalfen, von den revidierten Bibliotheksgesetzen, die eine neue, zeitgemäße Bibliotheksordnung darstellten, und von dem Bibliothekskartell, dessen Bestimmungen für die Koordination der Anschaffungen der großen Hamburger Bibliotheken und somit für einen optimalen Einsatz der finanziellen Mittel sorgten. Es wird verfolgt, wie sich die auf die drei genannten Instanzen gestützte Arbeit der Bibliotheksverwaltung auf die Bestandsvermehrung durch Kauf, Tausch, Geschenk und Pflichtablieferung ausgewirkt hat.

Diese Veröffentlichung ist die überarbeitete Fassung einer schriftlichen Hausarbeit am Institut für Bibliothekswissenschaft der Humboldt-Universität zu Berlin.

Danksagung

Ich danke Herrn Dr. Otto-Ernst Krawehl, der mir die Idee zur Bearbeitung dieses Themas gab, für seine Hilfe bei der Beschaffung des Archiv-Materials, für seine Beratung und seine Unterstützung.

Inhalt

| | |
|--|----|
| EINLEITUNG | 9 |
| 1. Geschichtlicher Überblick | 9 |
| 2. Erwerbungspolitik 1840-1882 | 12 |
| 2.1. Die Bibliothekskommission (1844) | 13 |
| 2.2. Revidierte Gesetze für die Hamburgische Stadtbibliothek (1844) | 16 |
| 2.3. Das Bibliothekskartell (1849) | 17 |
| 2.4. Bestandsvermehrung durch Kauf | 19 |
| 2.4.1. <i>Das Lesekabinett</i> | 23 |
| 2.5. Bestandsvermehrung durch Tausch | 24 |
| 2.6. Bestandsvermehrung durch Geschenk | 25 |
| 2.7. Pflichtablieferung | 28 |
| 2.8. Zusammenfassung | 30 |
| 3. Erwerbungspolitik 1883-1891 | 30 |
| 3.1. Die Wissenschaftlichen Anstalten und das Allgemeine Vorlesungswesen | 30 |
| 3.2. Die Bibliothekskommission und die Bestandsvermehrung durch Kauf (1883-1891) | 31 |
| 3.2.1. <i>Die Lesezirkel</i> | 35 |
| 3.3. Die Bibliothekskommission und die Bestandsvermehrung durch Kauf (1892-1901) | 35 |
| 3.4. Das Bibliothekskartell (1896) | 39 |
| 3.5. Bestandsvermehrung durch Tausch | 42 |
| 3.6. Bestandsvermehrung durch Geschenk | 42 |
| 3.7. Pflichtablieferung | 42 |
| 3.8. Zusammenfassung | 44 |
| 4. Erwerbungspolitik 1902-1921 | 45 |
| 4.1. Die Wissenschaftlichen Anstalten und das Allgemeine Vorlesungswesen | 45 |
| 4.2. Robert Münzel und die Stadtbibliothek | 46 |
| 4.3. Bestandsvermehrung durch Kauf | 47 |

| | |
|--|----|
| 4.3.1. <i>Papyrussammlung</i> | 51 |
| 4.4. Bestandsvermehrung durch Tausch | 52 |
| 4.5. Bestandsvermehrung durch Geschenk | 53 |
| 4.6. Sondersammlungen | 55 |
| 4.6.1. <i>Die Bismarck-Sammlung</i> | 55 |
| 4.6.2. <i>Die Weltkriegssammlung</i> | 56 |
| 4.6.3. <i>Das Literatur-Archiv</i> | 56 |
| 4.6.4. <i>Hamburgensien</i> | 56 |
| 4.7. Erwerbungspolitik 1918-1921 | 57 |
| 4.8. Zusammenfassung | 59 |
| SCHLUSSBEMERKUNGEN | 59 |
| QUELLENVERZEICHNIS | 61 |
| LITERATURVERZEICHNIS | 63 |
| ANHÄNGE | 65 |
| I. Eingabe der Professoren des Akademischen Gymnasiums zur Bildung einer Bibliothekskommission (1840) | 65 |
| II. Revidirte Gesetze für die Hamburgische Stadtbibliothek (1844) | 69 |
| III. Verabredungen wegen des Cartels der öffentlichen Bibliotheken in Hamburg v. März 1849 | 73 |

Einleitung

Die Erwerbungspolitik ist ein Begriff, der sich einerseits „auf die Ziele und Methoden des Bestandsaufbaus“ bezieht, andererseits „auf den Entscheidungsprozeß, in dem sich bibliotheksinterne und –externe Kräfte gegenüberstehen ... Die wichtigsten Grundsätze dabei sind Vollständigkeit, Kontinuität und Ausgewogenheit.“¹ Die Faktoren, die die Literatursauswahl bestimmen, sind der Gesetzgeber, die Bibliothek und die Benutzer. Die Bibliothekare treffen ihre Auswahl nach den vorgegebenen Grenzen des Gesetzgebers und den zur Verfügung stehenden Mitteln und in Übereinstimmung mit dem Bestandsprofil der Bibliothek. Die Wünsche der Benutzer werden insofern berücksichtigt, als sie mit den übrigen Faktoren in Einklang zu bringen sind.

Spätestens seit sie über einen Kaufetat verfügten, also seit 1801, bemühten sich die Hamburger Bibliothekare im Rahmen ihrer Möglichkeiten, nach diesen Prinzipien zu handeln, verstärkt aber seit 1840, als die Bibliotheksverwaltung mit ihren Maßnahmen die Anfänge einer modernen wissenschaftlichen Bibliothek markierte.

Die vorliegende Arbeit ist ein Versuch, einerseits die wichtigsten Aspekte der Erwerbungspolitik der Hamburger Stadtbibliothek in der zweiten Hälfte des neunzehnten und zu Beginn des zwanzigsten Jahrhunderts zu skizzieren, andererseits die Art und Weise, wie diese von Anfang an als wissenschaftliche Bibliothek konzipierte Einrichtung durch die betriebene Bestandsentwicklung allmählich in die Rolle einer Landesbibliothek und einer Bibliothek für die universitäre Lehre und Forschung hineinwuchs.

Die Erkenntnisse basieren größtenteils auf Akten des Hamburger Staatsarchivs.

Das sehr reichhaltige Archivmaterial in allen Einzelheiten zu sichten oder gar vollständig zu verwerten, war in der Kürze der Zeit nicht möglich und hätte den Rahmen der Arbeit gesprengt. Deshalb konnten nur die richtungsweisenden Fakten ins Gewicht fallen.

Eine weitere Einschränkung muss noch erwähnt werden: die Sammlungen mit musealem Charakter, die die Stadtbibliothek in jener Zeit noch besaß und teilweise auch vermehrte und die später in den Besitz der Hamburger Museen übergingen, wie etwa die Münzsammlung, die Sammlung physikalischer und mathematischer Instrumente, die naturhistorische oder die artistisch-antiquarische Sammlung finden in dieser Arbeit keine Berücksichtigung.

1. Geschichtlicher Überblick (1650 – 1839)

Nach der Reformation wurde in der ersten Hälfte des 16. Jahrhunderts das Schul- und Bildungswesen in Hamburg neu organisiert. Auf Grundlage der Kirchenordnung von Johannes Bugenhagen richtete man im St. Johanniskloster eine öffentliche Schule ein, das Johanneum, das nicht der Kirche, sondern dem Rat der Stadt unterstand. Doch schon Anfang des 17. Jahrhunderts hatte dieses Lehrinstitut so sehr an Ansehen verloren, dass 1613 in seiner unmittelbaren Nähe das Akademische Gymnasium gegründet wurde, eine Art Zwischenstufe zwischen Schule und Universität, dessen Besuch auf eine spätere Studienzeit angerechnet werden konnte. Den Unterricht bestritten erst vier, dann sechs Professoren, die schon am Ende des 17. Jahrhunderts begannen, öffentliche Vorlesungen abzuhalten, aus denen sich dann später das Allgemeine Vorlesungswesen entwickeln sollte. Der Rektor des Johanneums war zugleich Rektor des Akademischen Gymnasiums.

Für die neue Bildungsanstalt initiierte der Senator und spätere Bürgermeister Sebastian von Bergen (1554-1623) eine Buch- und Geldspendenaktion, deren genaues Ergebnis heute nicht mehr bekannt ist.

Von 1629 an war der Naturforscher und Mediziner Joachim Jungius (1587-1657) Rektor der beiden Schulen. 1640 legte er das Rektorat des Johanneums nieder und beschränkte sich auf das Rektorat des Akademischen Gymnasiums. Die Folge davon war, dass die Büchersammlung geteilt und der neu geschaffenen Gymnasialbibliothek als Einrichtung des höheren Lehrinstituts der größere Anteil zugesprochen wurde. 1648 entwarf Jungius ein Gymnasialgesetz, das auch eine Art Bibliotheksordnung enthielt; Teile daraus werden sich in der Ordnung von 1651 der späteren öffentlichen Bibliothek wiederfinden.²

Der Mathematiker Johann Adolph Tassius, Professor für Physik am Akademischen Gymnasium, bot 1640 gegen Zahlung einer geringen Leibrente seine Sammlung von Büchern und mathematischen Instrumenten der Stadt an, die sich diese Gelegenheit natürlich nicht entgehen lassen wollte. Auf der Suche nach einem geeigneten Lokal zur Unterbringung der Sammlung kam man auf den Raum der

¹ DORFMÜLLER, S. 36-37

² vgl. KAYSER, S. 32

ehemaligen Bibliothek des St. Johannisklosters, der von den Stiftsdamen als Trockenboden benutzt wurde.

Als 1645 auch noch Friedrich Lindembrog, der zweite Ehemann der Witwe von Bergens, seine eigene Büchersammlung zusammen mit den Büchern von Sebastian von Bergen dem Akademischen Gymnasium vermachte, beschloss man die Vereinigung der Gymnasialbibliothek mit den eben erhaltenen Sammlungen und am 8. Oktober 1648, „die Klosterliberei“ mit Hinzuziehung des nach der innern Seite belegenen Ganges ‚zur gemeinen Bibliothek einzurichten‘.³

Der Umbau war 1650 abgeschlossen, und der Mathematiker und Landvermesser Georg Schumacher wurde zum Bibliothekar der neu gegründeten öffentlichen Bibliothek der Stadt berufen. Ein Jahr später erließ man die erste Bibliotheksordnung. Die Oberaufsicht über die Anstalt übertrug man der Schulaufsichtsbehörde, dem Collegium Scholarchale, mit ihrem Präses, dem Protoscholarchen.⁴

Größe und Beschaffenheit des Bestandes bei der Gründung sind unbekannt. Geht man aber von den in den Disputationen und Dissertationen der Gymnasiasten benutzten Büchern aus, muss es eine bedeutende Menge aus allen Fachrichtungen gewesen sein.⁵

In der Folgezeit bedachten die Bürger der Stadt ihre Bibliothek reichlich mit Geldvermächtnissen und Geschenken, so dass sie nach Einschätzung des Bibliothekars Peter Surland gegen Ende des 17. Jahrhunderts auf ca. 25.000 Bände angewachsen war, eine Zahl, die Christian Petersen in seiner Bibliotheksgeschichte für zu hoch und demnach für einen Schreib- oder Druckfehler hielt. Seiner Meinung nach konnte es sich nur um etwa 15.000 Bände handeln, jedoch war „die Bibliothek für die damalige Zeit in allen Fächern bis auf die neuere schöne Literatur ziemlich versehen.“⁶

1696 erließ der Senat auf Initiative Surlands ein Pflichtexemplargesetz, das die Hamburger Drucker und Verleger zur Abgabe je eines Freixemplars der von ihnen hergestellten Bücher verpflichtete. Auf Einzelheiten der Pflichtablieferung wird man später noch ausführlich eingehen.⁷

Nachdem in der ersten Hälfte des 18. Jahrhunderts die Flut der Geschenke etwas abebbte, beschloss der Senat 1726, „dass jeder, der zu Rath erwählt werde, der öffentlichen Bibliothek ein Werk schenken sollte.“⁸

Auch wenn die Bibliothek damals über keinen Kaufetat verfügte, so brachte der Verkauf von Dubletten etwas Geld ein, das für Neuanschaffungen verwendet werden konnte. Einnahmen aus Ehedispensen und Strafgeelder der Präturen wurden ebenfalls zur Vermehrung der Bibliothek eingesetzt, und ab und an beschloss auch der Senat die Anschaffung bestimmter Werke, meistens von Prachtexemplaren, auf öffentliche Kosten.

1739 vermachte der Pastor der Katharinenkirche, Johann Christoph Wolf, ehemaliger Professor für orientalische Sprachen am Akademischen Gymnasium, seine Büchersammlung von ca. 25.000 Bänden der öffentlichen Bibliothek mit der Auflage, dass sein jüngster Bruder, Johann Christian, auch er Professor am Akademischen Gymnasium, doch für Physik und Poesie, „sie auf Lebenszeit behalten und überhaupt das Nähere darüber verfügen dürfe.“⁹ Die Wolfsche Bibliothek enthielt unter anderem 700 Dissertationen, um die 300 orientalische Handschriften, die hebräischen Manuskripte aus der Uffenbachschen Sammlung sowie die Uffenbachsche Briefsammlung¹⁰, die von den Wolfs mit weiteren Briefen von Gelehrten und Staatsmännern ergänzt wurde.

Sein Geldvermögen hinterließ Johann Christoph Wolf der Armenstiftung der St. Katharinenkirche und der öffentlichen Bibliothek, „der 66.000 Mark Banco zufielen“.¹¹

Johann Christian Wolf versprach nicht nur, den Willen seines Bruders zu erfüllen, sondern stellte in Aussicht, dessen Büchersammlung, ergänzt durch seine eigene und durch die anderen Sammlungen der Familie Wolf (eine bedeutende Münzsammlung, eine Sammlung von physikalischen Instrumenten), schon zu Lebzeiten der Stadt zu hinterlassen.

³ PETERSEN, S. 30

⁴ Das Collegium Scholarchale bildeten vier Senatoren (zwei Juristen und zwei Kaufleute), die vier bzw. fünf Hauptpastoren und 15 Oberalte; der Präses, Protoscholarch genannt, war der älteste Senator

⁵ vgl. PETERSEN, S. 30

⁶ PETERSEN, S. 36

⁷ s. Abschnitte 2.7. und 3.7. Pflichtablieferung

⁸ PETERSEN, S. 40

⁹ ibid., S. 63

¹⁰ Zacharias Conrad von Uffenbach (1683-1742), der Frankfurter Bürgermeister und Büchersammler verkaufte 1731 seine Hebraica an Johann Christoph Wolf; dieser kaufte in mehreren Etappen auch die Uffenbachsche Briefsammlung, die mit den hinzugefügten Briefen aus anderer Provenienz um die 40.000 Gelehrtenbriefe aus drei Jahrhunderten (15.-18. Jh.) in 200 Bänden umfasst.

¹¹ KAYSER, S. 66

Das damalige Bibliotheksgebäude war für eine so substantielle Vermehrung viel zu klein, deshalb begann man, nach Lösungen bzw. nach Stellraum für die neuen Büchermassen zu suchen. Schließlich entschied man sich dafür, den bestehenden Bau abzureißen, um ihn durch einen neuen zu ersetzen.

Am 6. März 1751 konnte das neue Gymnasial- und Bibliotheksgebäude eingeweiht werden.

Johann Christian Wolf bekräftigte immer wieder seine ehemals geäußerten Absichten und ließ auch nach und nach Bücher und physikalische Instrumente in die Bibliothek bringen. Aber erst am 26. März 1767 wurde die Schenkung rechtskräftig, als er endlich dazu bewegt werden konnte, die Schenkungsurkunde zu unterschreiben.¹²

Christoph Wolfs Wunsch entsprechend, sollte das Bibliothekariat zukünftig mit einer Professur am Akademischen Gymnasium verbunden werden, was vom Scholarchat genehmigt und durch den Senatsbeschluss vom 27. Mai 1746 bestätigt wurde. Nach dem Tod des damaligen Bibliothekars Surland trug man Christian Wolf - als erstem Professor - das Bibliothekarsamt an, das er von 1746 bis zu seinem Tod 1770 innehatte.

Am 1. März 1751 verabschiedete man eine neue Bibliotheksordnung, in der die Gymnasialbibliothek zum ersten Mal „öffentliche Stadtbibliothek“ genannt wurde. Auch wurde in ihr die Übergabe der Verwaltung an die Professoren bekräftigt: „Das Amt der Bibliothecariorum wird durch zweene Professores Gymnasii verwaltet, welche alle Jahre auf Ostern unter einander abweichen.“¹³ Der ältere der Bibliothekare „führet auch die Rechnung über die Einnahme und Ausgabe der Bibliothek, welche bey seinem Abtritte dem Collegio Scholarchali er vorzulegen schuldig.“¹⁴ Wegen Wolfs chaotischer Rechnungsführung, der meinte, niemandem Rechenschaft schuldig zu sein, übernahm nach seinem Tod der Protoscholarch wieder die Verwaltung der Gelder. Seither wurde er „stets als die zunächst höhere Behörde angesehen ..., und so oft es nöthig war, (bildete er) die Vermittelung zwischen Senat und Bibliothekaren.“¹⁵

In der neuen Ordnung unterließ es die Obrigkeit nicht, die Bürger dazu aufzufordern, „zur Vermehrung“ der Bibliothek „gerne und freywillig etwas bey(zu)tragen, und was sie an Seltenheiten und Büchern, Manuscriptis, alten Münzen, Mathematischen und Physicalischen Instrumenten, praeparatis anatomicis, Naturalien u.s.f. besitzen, auf die Bibliothek zu bringen oder derselben bey ihrem Ableben zu vermachen“, denn dies geschehe „in Ansehung des nicht geringen Vortheiles, den sie und die Ihrigen aus dem Gebrauche dieser Bibliothek haben.“¹⁶

Die Inhaber öffentlicher Ämter wurden an ihre Pflicht erinnert, „den Fortgang einer so guten und ersprießlichen Verfassung durch ein beliebiges Geschenck an Büchern oder baarem Gelde zu befördern.“¹⁷

Man wollte sich aber nicht nur auf den guten Willen der Bürger verlassen, sondern der Einrichtung auch sicherere Einkünfte verschaffen: „so ist in conventu Senatus & civium d. d. II. Febr. 1751 festgesetzt und beliebt, dass von nun an bey allen Bücher-Auctionen, von der daraus gelösten Summa, ein halb pro cent zum Besten der Bibliothek abgegeben werden soll, welches der Auctionarius von den eincassirten Geldern inne zu behalten, und dem ältesten Bibliothecario einzuliefern hat.“¹⁸

In den nächsten 130 Jahren wurde das Schicksal der Bibliothek von den Professoren des Gymnasiums bestimmt, die die Verantwortung für die Einrichtung trugen. Einer von ihnen, der die Entwicklung der Bibliothek mehr als seine Vorgänger beeinflusste, war der Amerikanist Christoph Daniel Ebeling (Amtszeit: 1799-1817). Er war der erste, bei dem man von Anschaffungspolitik sprechen konnte, denn „durch Rath- und Bürgerbeschluss vom Jahr 1801, den 22. October, (war) die Summe von 3.000 M. jährlich für die Bibliothek bewilligt, statt dass früher außer den Einbänden nur das Gehalt der Bibliothekare von der Kammer bezahlt worden war.“¹⁹

Durch diese Maßnahme sah sich Ebeling in die Lage versetzt, Kriterien für eine planmäßige Vermehrung und Vervollständigung des Bestandes aufzustellen, wobei er die zahlreichen, durch das bisher eher zufällige Wachsen der Bibliothek entstandenen Lücken nicht aus den Augen verlor. Nach seiner Vorstellung sollten die neubewilligten 3.000 M. zum Kauf von Novitäten, die Summen hingegen,

¹² KAYSER, S. 67

¹³ Ordnung der öffentlichen Stadt-Bibliothek, Auf Befehl Eines Hochedlen Rathes publiciret den I. Mart. 1751, S. 9, in: KAYSER, S. 70 f.

¹⁴ ibid., S. 11

¹⁵ PETERSEN, S. 126

¹⁶ Ordnung der öffentlichen Stadt-Bibliothek, Auf Befehl Eines Hochedlen Rathes publiciret den I. Mart. 1751, S. 15, in: KAYSER, S. 70 f.

¹⁷ ibid., S. 16

¹⁸ ibid.

¹⁹ PETERSEN, S. 109

die aus anderen Quellen stammten (Auktionen, Dispensen, Vermächtnisse), auf Auktionen zum Kauf älterer fehlender Literatur verwendet werden.

Ebeling stellte ein Fächerschema zur Aufteilung der Anschaffungsmittel auf, in dem seine Grundsätze zum Tragen kamen: „Gewisse Fächer bleiben Favorit-Fächer: Naturhistorie und Botanik, Mathematik und Physik, Historie der mittleren und neueren Zeiten, deutsches und auswärtiges Staatsrecht, Alterthümer, wichtige Ausgaben des biblischen Textes und alte Übersetzungen, die großen Sammlungen für Ärzte, Anatomie, Hauptausgaben der Klassiker.“²⁰ Auf jene Fächer, die schwerpunktmäßig von der Commerzbibliothek (z.B.: Geographie und Ökonomie) und der Bibliothek der Patriotischen Gesellschaft (z.B.: Technik) gesammelt wurden, meinte er, in der Stadtbibliothek ganz verzichten zu können. Die große Ausnahme sollten die Hamburgensien bilden, die „am allerwenigsten an einem einzigen Orte angehäuft werden“²¹ dürften.

Eine Aufteilung der Sammelverantwortlichkeit zwischen den großen Hamburger Bibliotheken vertrat schon Ebelings Vorgänger, Paul Friedrich Giseke (Amtszeit: 1794-1796), der sogar noch viel weiter gehen und „ganze Fächer austauschen“²² wollte.

Ebeling verständigte sich mit den Vorstehern der anderen beiden Einrichtungen, ohne dass es jedoch zu einer bindenden Vereinbarung zwischen ihnen kam. Trotzdem hielt man sich in der folgenden Zeit im großen und ganzen an die damals verabredete Aufteilung der zu sammelnden Wissensgebiete.²³

Nach Ebelings Tod teilten sich erneut zwei Professoren die Verwaltung der Bibliothek. Sie übernahmen seine Grundsätze zur Bestandsvermehrung und es gelang ihnen, einige der von ihm beklagten Lücken zu schließen, ohne auf die Erwerbung neuer Literatur verzichten zu müssen. Der Bestand, der 1800 um die 100.000 Bände umfasste, war bis 1840 auf 150.000 Bände angewachsen (davon um die 25.000 Dissertationen und 500 Handschriften).²⁴

Nach hundertjährigem Bestehen war das Gymnasial- und Bibliotheksgebäude wieder einmal zu eng geworden, um die Sammlungen der Stadtbibliothek noch fassen zu können. Schon 1825 kam die Errichtung eines neuen Schul-, Museums- und Bibliotheksgebäudes ins Gespräch, aber erst Ende 1836 wurde von Senat und Bürgerschaft der Bau beschlossen. Im Frühjahr 1837 begannen die Arbeiten, 1840 konnten die Gelehrtenschule des Johanneums, die Realschule, das Akademische Gymnasium und die wissenschaftlichen Sammlungen sowie die Stadtbibliothek in das neue Gebäude umziehen.

2. Erwerbungspolitik 1840 – 1882

Diese Periode aus der Geschichte der Stadtbibliothek kann unmöglich behandelt werden, ohne Christian Petersen besonders hervorzuheben, der sie vierzig Jahre lang geprägt hat und dessen Wirken noch bis ins zwanzigste Jahrhundert ausstrahlte. Er war Professor für klassische Philologie am Akademischen Gymnasium und begann 1830 als Registrator in der Bibliothek. 1832 wurde er zweiter Bibliothekar und teilte sich die Verwaltung mit dem Botaniker Johann Christian Lehmann, erster Bibliothekar und Leiter des botanischen Gartens.

1844 wurde Lehmann wegen Unregelmäßigkeiten in seiner Amtsführung (außerhalb der Bibliothek) suspendiert, nach einer - von ihm zwar gewonnenen - gerichtlichen Auseinandersetzung mit der Behörde aber nicht wieder eingesetzt und trat - nicht zuletzt wegen der Animositäten mit seinen Kollegen - 1851 von seiner Funktion als Bibliothekar zurück.²⁵

Petersen, der eigentlich schon seit 1844 die Bibliotheksgeschäfte führte, wurde zu Lehmanns Nachfolger ernannt und blieb bis zu seinem Tode 1872 der alleinige Bibliothekar. Er widmete sich mit großem Einsatz seiner Aufgabe und verwirklichte „seine Vorstellungen von einer zeitgemäßen Bibliothek.“²⁶ Sein Nachfolger, Meyer Isler²⁷, brauchte keine „neuen Ideen (zu) entfalten“²⁸, er konnte die Bibliothek im Sinne Petersens weiterführen.

²⁰ PETERSEN, S. 116

²¹ *ibid.*, S. 113

²² *ibid.*, S. 156

²³ s. Abschnitte 2.3. und 3.4. Das Bibliothekskartell

²⁴ Protokolle des Scholarchats, 1840, in: StAH, 361-1, Scholarchat IX, B, Bd. 1

²⁵ vgl. StAH, 361-1, Scholarchat IX, A, Bd. 1 und StAH, 361-1, Scholarchat IX, D, 7

²⁶ KAYSER, S. 120

²⁷ Islers Stelle als Vorsteher der Stadtbibliothek war an kein Professorenamt mehr gebunden. Mit dem Beschluss der Oberschulbehörde vom 22. Juni 1878 wurde ihm der Titel „Direktor“ zuerkannt.

²⁸ KAYSER, S. 120

Nach dem Umzug in das neue Gebäude und der Wiedereröffnung für das Publikum am 14. November 1840 beschloss man, auch in der inneren Organisation einige Veränderungen vorzunehmen, die vor allem die Vermehrung des Bestandes betrafen.

Die eingangs erwähnte Verquickung äußerer und innerer Faktoren im Erwerbungsprozess und die dabei zu befolgenden Erwerbungskriterien werden von den Hamburger Bibliothekaren im Jahresbericht für 1837, erschienen in den „Wöchentlichen Nachrichten“ vom 29. März 1838, klar formuliert:

„Die Benutzung einer Bibliothek ist allemal durch den Bestand und die Vermehrung desselben wesentlich bedingt. Der Bestand ist von der Vergangenheit gegeben, die Vermehrung schließt sich theils dem Bestande an, theils wird sie auf das Bedürfnis bezogen, ist aber durch die vorhandenen Mittel beschränkt. Aus diesen Verhältnissen müssen die *Grundsätze* abgeleitet werden, nach denen die Erwerbungen zu regeln sind ... Mit Hinweisung auf die Grundsätze, nach welchen angekauft wird, erlauben wir uns hier zu bemerken, 1) daß die Facultäts-Wissenschaften auf der Stadtbibliothek den allgemeinen Studien nachstehen und 2) daß die Fächer, auf welche andere größere Bibliotheken unserer Stadt angewiesen sind, gemäß einer schon vor Jahren getroffenen Uebereinkunft wenig oder gar nicht berücksichtigt werden. Was die Ankäufe in Bezug auf das unmittelbare Bedürfnis betrifft, so sind stets die Wünsche derer, welche die Bibliothek am meisten benutzen, sofern diese den allgemeinen Grundsätzen nicht widersprechen und die Mittel ausreichen, besonders berücksichtigt.“²⁹

Die Bibliothekare sahen sich auch mit einem Problem konfrontiert, das anscheinend ewig währt:

„Ueberflüssig wäre es vielleicht herauszuheben, daß es durchaus unmöglich ist, bei sehr beschränkten Mitteln auch nur einigermaßen mit der stets anschwellenden Masse der Literatur Schritt zu halten.“³⁰

Schwierigkeiten bei der Bestandsvermehrung ergaben sich nicht nur aus dem geringen Umfang der finanziellen Mittel, sondern auch aus der Unmöglichkeit, aus der unübersichtlichen, auf allen Wissensgebieten einsetzenden Flut von Publikationen die wichtigsten für ein bestimmtes Fach und die für die Bibliothek geeigneten herauszusuchen.

Um des Problems Herr zu werden, beschlossen die Bibliotheksleitung und ihre vorgesetzte Behörde folgende Maßnahmen:

- die Gründung einer Bibliothekskommission, die den Bibliothekaren beratend zur Seite stehen sollte (1844);
- eine neue Bibliotheksordnung, in der das Funktionieren der Bibliothek festgelegt wurde (1844);
- die Gründung eines Bibliothekskartells zur Vermeidung von Doppelanschaffungen in den Hamburger Bibliotheken (1849).

2.1. Die Bibliothekskommission (1844)

Die Professoren des Akademischen Gymnasiums erarbeiteten eine Eingabe, an deren Entstehung Petersen sicherlich entscheidend beigetragen hatte, in der die Gründung einer Bibliothekskommission vorgeschlagen wurde. Am 14. Oktober 1840 wurde die Eingabe vom Rektor des Akademischen Gymnasiums an die Bibliotheksdeputation³¹ übergeben.

Die zu bildende Bibliothekskommission sollte den beiden Bibliothekaren beratend zur Seite stehen und „die Sorge für die Vervollständigung der Bibliothek mit der Bibliotheksverwaltung ... theilen“. ³² Um eine gleichmäßige Vermehrung der in der Stadtbibliothek vertretenen Disziplinen zu gewährleisten und damit „die Vervollständigung ... nach dem competenten Urtheile eines Fachgenossen beschafft werde“³³, sollte die Bibliothekskommission nach dem an Universitätsbibliotheken üblichen Muster funktionieren, wo die Professoren der einzelnen Fakultäten beim Aufbau des Bestandes mitwirkten. Somit hätten die Professoren des Akademischen Gymnasiums bei der Vermehrung ihrer eigenen und der benachbarten Fächer beizutragen: der Professor der Klassischen Philologie wäre verantwortlich für Philologie, Philosophie und Kunstgeschichte; der Professor der biblischen Philologie für Theologie, Philosophie und

²⁹ StAH 361-1, Scholarchat IX, B, Bd. 1, Beil. 13

³⁰ *ibid.*

³¹ Seit 1840 war die Bibliotheksdeputation das Organ, durch das das Scholarchat die unmittelbare Aufsicht der Stadtbibliothek durchführte; sie bestand aus dem Protoscholarchen, dem Senior des Ministeriums, dem jeweiligen Präses der Oberalten und den jeweiligen Bibliothekaren. 1860 übernahm die Oberschulbehörde die Aufgaben des Scholarchats.

³² An die löbliche Bibliotheks-Deputation, ergebenste Bittschrift abseiten des Collegiums der Professoren des Akademischen Gymnasiums, betreffend die Errichtung einer Bibliotheks-Commission, in: StAH, 361-1, Scholarchat IX, B, Bd. 1

³³ *ibid.*

orientalische Sprachen; der Professor der Geschichte für Geschichte, Staatswissenschaften und für neuere Literatur; der Professor der Naturwissenschaften für Botanik, Naturgeschichte, für Ökonomie und Forstwissenschaft; der Professor der Mathematik und Physik für Mathematik, Physik und Chemie. Zu den Professoren sollten sich auch ein Jurist für die juristische Literatur, ein Mediziner für die Medizin und Pharmazie und je einer der Bibliothekare der Commerzbibliothek und der Patriotischen Gesellschaft gesellen. Die Mitarbeit der Vertreter der anderen großen Bibliotheken der Stadt war unbedingt erwünscht, um die seit Ebeling verfolgte Koordination der Anschaffungspolitik der größeren Hamburger Bibliotheken zu gewährleisten.³⁴

In ihrem Papier formulierten die Professoren auch die *Rechte* und *Pflichten*³⁵ der Kommissionsmitglieder, damit die Zusammenarbeit mit den Bibliothekaren zum erwünschten Ergebnis führen konnte.

Zu ihren *Rechten* zählte in erster Linie, genau über die Beschaffenheit des Bestandes informiert zu werden (insbesondere über Fortsetzungen und gehaltene Zeitschriften), ferner das Recht, bei der Anfertigung des Budgets hinzugezogen zu werden und über die Einhaltung oder Modifizierung der Vorgaben Bescheid zu erhalten, sowie das Recht, Anschaffungsvorschläge für Novitäten und Antiquaria zu machen und zu erfahren, ob sie berücksichtigt wurden oder nicht, „denn die Endbestimmung über die anzuschaffenden Bücher (musste) von den Bibliothekaren ausgehen“. Um ihre Vorschläge rechtzeitig einreichen zu können, hatten die Mitglieder der Kommission auch das Recht, beizeiten die Auktionskataloge und die Ansichtsendungen vorgelegt zu bekommen.

Ihre *Pflichten* waren:

„I. (Die) Verpflichtung, sich über den Zustand des einzelnen Faches zu orientieren, welches das respective Mitglied übernommen, und die nöthigen Mittheilungen hinsichtlich desselben zu machen ...

II. (Die) Pflicht der Anfertigung einer Liste von Desiderien in dem zu vertretenden Fache in Hinsicht auf Bücher und Zeitschriften.

III. Die Sorge für die Vervollständigung des übernommenen Faches in Hinsicht auf den Ankauf neuer Bücher und auf den Ankauf derselben in Auctionen.

IV. (Die) Verpflichtung, in den alle zwei Monate regelmässig zu haltenden Versammlungen und in den eventuellen von den Bibliothekaren, denen das Präsidium in der Bibliotheks-Commission zusteht, anzusetzenden außerordentlichen Sitzungen der Bibliotheks-Commission zu erscheinen.

V. (Ein) jährlicher Bericht über die Ergänzung der übernommenen Fächer, über das Erworbene und noch zu Erwerbende und über die stattgefundene Berücksichtigung anderweitig, etwa von Privaten ausgesprochenen Wünsche.

VI. (Die) Pflicht der Berathung über eine Verbindung mit den übrigen Bibliotheken der Stadt, namentlich über die Möglichkeit, Vertragsverhältnisse mit der Bibliothek des Commerciums und der Bibliothek der Patriotischen Gesellschaft in Hinsicht auf die Uebernahme einzelner und specieller Fächer einzuleiten und durchzuführen.“

Am 30. November 1844 wurde die Bibliothekskommission ins Leben gerufen. Wie in der Eingabe gefordert, bestand sie aus den Gymnasialprofessoren sowie aus einem der Bibliothekare der Commerzbibliothek, dem Mitdirektor des Juristischen Lesezimmers, dem Bibliothekar des Ärztlichen Vereins und dem Bibliothekar der Patriotischen Gesellschaft, zu denen ein Spezialist für Hamburgensien hinzukam.

Ihr Einsatz begann Anfang 1845. Die Arbeitsweise der Bibliothekskommission wurde durch die am 28. Februar desselben Jahres herausgegebene *Geschäftsordnung*³⁶ geregelt, die auf der Eingabe der Professoren basierte. Ihr zufolge hatten die Mitglieder mindestens zweimal jährlich zusammenzukommen, was auf Wunsch der Bibliothekare oder einzelner Mitglieder auch öfter geschehen konnte; ebenfalls waren sie verpflichtet, monatliche Verzeichnisse der Kaufvorschläge, in denen sie auch Benutzerwünsche miteinbezogen, den Bibliothekaren zukommen zu lassen; die geprüften Auktionskataloge mussten mit Angabe der Höchstpreise an die Bibliothekare rechtzeitig zurückgeschickt werden.

Die beratende Rolle der Kommission war in §1 der Geschäftsordnung festgehalten:

„Der Geschäftskreis der Commission ist durch den § 14 der revidirten Gesetze³⁷ dahin bestimmt, die Bibliothekare bei der Auswahl der anzuschaffenden Bücher berathend zu unterstützen ...“

Um die aus der Staatskasse für Neuanschaffungen zur Verfügung stehenden Mittel mit dem allergrößten Nutzen einzusetzen und Fächerüberschneidungen zu vermeiden, maß man der

³⁴ vgl. die Abschnitte 2.3. und 3.4. Das Bibliothekskartell

³⁵ An die löbliche Bibliotheksdeputation, ergebenste Bittschrift abseiten des Collegiums der Professoren des Akademischen Gymnasiums, betreffend die Errichtung einer Bibliotheks-Commission, in: StAH 361-1, Scholarchat IX, B, Bd. 1

³⁶ Geschäftsordnung für die Bibliotheks-Commission beliebt am 23. Februar 1845, in: StAH, 361-1, Scholarchat IX, B, Bd. 2

³⁷ s. Abschnitt 2.2. Revidierte Gesetze für die Hamburgische Stadtbibliothek

Zusammenarbeit zwischen den einzelnen Bibliotheken der Stadt auf dem Gebiet der Neuerwerbungen
- wie bereits in der Eingabe der Professoren - eine große Bedeutung bei:

„§. 3. Um die Mittel, welche für die Stadtbibliothek verfügt werden können, so zweckmäßig als möglich zu verwenden, werden mit Ausnahme der auf jeder größeren Bibliothek unentbehrlichen Werke nur solche Bücher angeschafft, welche die Bibliotheken des Commerciums und der patriotischen Gesellschaft weder besitzen, noch zu erwerben in Aussicht stellen. Auch auf die Bibliothek des ärztlichen Vereins und auf das juristische Lesezimmer ist die nöthige Rücksicht zu nehmen, worüber die speciellen, zwischen den verschiedenen Bibliotheken zu schließenden Kartelle das Nähere bestimmen.

§. 6. Falls irgendein Zweifel entsteht, welcher Bibliothek die Anschaffung eines Werks zukomme, so hat das Commissionsmitglied, welches solche Zweifel hegt, mit den Vorstehern der in Betracht kommenden Bibliothek Rücksprache zu nehmen, und wenn im Fall es der Stadtbibliothek zufällt, sein Budget dadurch überschritten wird, die Sache an die Commission zu bringen.

§. 10. Die Vertreter der anderen Bibliotheken verpflichten sich, wenigstens die für ihre anvertrauten Bibliotheken angeschafften Bücher spätestens alle halbe Jahre auf der Stadtbibliothek zu deponieren. Die Bibliothekare verpflichten sich, diese Erwerbungen in jeder der anderen Bibliotheken in besondere alphabetische Register eintragen zu lassen, damit man auf der Stadtbibliothek erfahren könne, ob und in welcher öffentlichen Bibliothek ein Werk zu finden sei.“

Konform mit ihrer Geschäftsordnung hatte die Bibliothekskommission „in der ersten Versammlung die 18 Hauptfächer der Bibliothek unter sich zu vertheilen, wobei die Bibliothekare den Vorschlag haben. In Uebereinstimmung mit dem § 15 der revidirten Gesetze wird über die Vertheilung der disponiblen Summe beraten, nachdem zuvor 500 M. für gelegentliche Ankäufe, welche entweder einer sofortigen Entscheidung bedürfen, oder bei besonders günstigen Conjunctionen die für ein Fach bestimmte Summe übersteigen, abgezogen sind.“ (§ 7)

Vorschläge für eine bessere Verwaltung der Bibliotheksmittel gab es schon 1835: damals wurde vorgesehen, dass das Budget für das kommende Jahr im November oder Dezember zu entwerfen sei, um nach Abzug aller übrigen Kosten festzustellen, welche Summe zur Neuanschaffung von Büchern übrig bliebe. Dieses Geld sollte dann nach folgendem Schema in 40 Teile geteilt werden:³⁸

| | |
|---|-----------------|
| 1. für Theologie | 2 Teile |
| 2. für Jurisprudenz | 2 Teile |
| 3. für Medizin | 2 Teile |
| 4. für Philosophie, Literaturgeschichte und Pädagogik | 2 Teile |
| 5. für Naturgeschichte und Chemie | 4 Teile |
| 6. für Mathematik | 1 Teil |
| 7. für Gewerbswissenschaften | 1 Teil |
| 8. für Geographie und Reisen | 2 Teile |
| 9. für Staatswissenschaften | 2 Teile |
| 10. für Geschichte | 2 Teile |
| 11. für Philologie | 2 Teile |
| 12. für Journale und Zeitschriften | 4 Teile |
| 13. für Hamburgensien | 1 Teil |
| 14. für Kupferstiche | 1 Teil |
| 15. für Liebhabereien des Bibliothekars | 2 Teile |
| 16. als Reserve | <u>10 Teile</u> |
| | 40 Teile |

Nach diesem orientativen Modell und die anderen Bestimmungen beachtend, konnten nun die für Neuanschaffungen vorgesehenen Mittel auf die 18 Fächer der Bibliothek verteilt werden.³⁹

Die Zusammenarbeit zwischen Bibliothekskommission und Bibliothekaren, die mit soviel Sorgfalt vorbereitet wurde, lief ziemlich gut an, und man könnte meinen, sie sei mit dem erhofften Erfolg weitergeführt worden. In den ersten Jahren nach ihrer Gründung wurde die Kommission in den Jahresberichten auch noch ausdrücklich erwähnt, später aber verschwand sie nach und nach aus Berichten und Protokollen.

Im Jahresbericht für das Jahr 1869 stellte Christian Petersen fest: „Kein Teil der Bibliotheksarbeit ist schwieriger als die Auswahl für den Ankauf, in keiner Beziehung erntet der Bibliothekar mehr Dank,

³⁸ Vorschläge für eine bessere Verwaltung der Bibliothek, 1835, in: StAH, 361-5I, Hochschulwesen I, Reg. Spez. C, Nr. 30

³⁹ s. Abschnitt 2.4. Bestandsvermehrung durch Kauf

aber von anderer Seite mehr Undank.“⁴⁰ Von Vorschlägen oder gar Hilfestellung irgendeiner Kommission ist nicht mehr die Rede. Sein Kollege und Nachfolger Meyer Isler äußerte sich mit klaren Worten zu diesem Thema: „Nur wenige von den Erwählten erschienen regelmäßig, denn sie fanden oft in den vorliegenden Sendungen keine Bücher, die ihnen annehmbar schienen, oder verlangten Ankäufe, welche die ihnen zugewiesenen Summen bedeutend überstiegen ... Die meisten dieser Herren zogen sich stillschweigend zurück ... So verlief diese Einrichtung völlig im Sande.“⁴¹

2.2. Revidierte Gesetze für die Hamburgische Stadtbibliothek

So wie die Arbeit der Bibliothekskommission in ihrer Geschäftsordnung festgelegt war, wurde das Funktionieren der Bibliothek in der Bibliotheksordnung geregelt.

Im Zusammenhang mit der Neuerung, dass den Bibliothekaren zukünftig eine Bibliothekskommission unterstützend zur Seite stehen sollte, überlegte die Bibliotheksdeputation, auch eine neue Bibliotheksordnung einzuführen, um die immer noch bestehende von 1751 zu ersetzen. Deshalb wurde den Bibliothekaren der Auftrag erteilt, eine neue Ordnung zu entwerfen.

Bereits im November 1843 vom Senat abgesegnet, erschienen am 1. März 1844 die „*Revidirten Gesetze für die Hamburgische Stadtbibliothek*.“⁴² Viele der Vorschläge aus der Eingabe der Professoren fanden sich darin wieder, auch solche, die die Bestandsvermehrung betrafen, und bekamen damit Gesetzesstatus.

Die Aufgaben aller am Erwerbungsprozess Beteiligten wurden in der Bibliotheksordnung definiert:

„§. 13. Der Ankauf von Büchern wird durch die Bibliothekare besorgt, welche jedoch bei einer Ausgabe von mehr als 100 M. für ein Werk auf einmal zuvor die Genehmigung des Protoscholarchen einzuholen haben, der, wenn er es für nöthig erachtet, die übrigen Deputations-Mitglieder dieserwegen zu Rathe zieht.

§. 14. In der Auswahl der anzuschaffenden Bücher werden die Bibliothekare von einer beratenden Commission unterstützt, welche aus den Professoren des Gymnasiums und für die von diesen nicht vertretenen Fächer aus einigen hiesigen geeigneten Gelehrten besteht, welche unter Genehmigung der Deputation von den Bibliothekaren um Beirath ersucht werden.

§. 15. Nachdem dieser Commission zu Anfange jeden Jahres die Mittheilung gemacht worden, über welche Summe zum Ankauf von Büchern disponirt werden kann, beräth sie über die Vertheilung dieser Summe (nach einer von der Deputation zu genehmigenden Geschäftsordnung) auf die verschiedenen Fächer der Bibliothek. Es wird sodann die beabsichtigte Vertheilung der Deputation durch die Bibliothekare zur Genehmigung vorgelegt.“

Ebenso hielt man die Kriterien der Bestandsvermehrung und die Sammelintensität der einzelnen Fächer fest.

„§. 16. Es sind, so weit die Mittel reichen, in ihrem Umfange namentlich zu vervollständigen: Bibliographie, Mathematik, Naturwissenschaften, Politische Geschichte, Kirchen-, Literatur -, Kunst- und Religions-Geschichte, Hamburgensien und alte Philologie. In der Philosophie sind außer historischen Büchern und gesammelten Werken berühmter Philosophen nur Schriften anzuschaffen, deren bleibender Werth hinreichend anerkannt und gesichert ist. Aus der schönen Literatur der neueren Völker sind nur Werke, die historischen Werth haben, besonders ältere, zu erwerben. Grammatiken und Lexika mittelalterlicher oder noch lebender aber zurückgedrängter Sprachen und Dialecte sind besonders zu berücksichtigen; von lebenden, ausgebildeten Sprachen werden Grammatiken und Lexika angeschafft, wenn sie historisch wichtig sind.

§. 17. Es gelten für die drei Facultätswissenschaften noch folgende Bestimmungen: In der Theologie werden Kritik und Exegese der Bibel, Kirchenväter und Theologen des Mittelalters insbesondere berücksichtigt. In der Jurisprudenz: Ausgaben, Kritik und Erklärung der Quellen, mit Ausnahme der neuern Gesetzsammlungen (welche auf der Commerz-Bibliothek vollständig zu finden sind). In der Medicin: die Aerzte des Alterthums und des Mittelalters, Anatomie und Physiologie.“

Um mit den kargen Mitteln, die zur Verfügung standen, die Kontinuität und Vollständigkeit der meisten Fächer zu sichern, verzichtete die Stadtbibliothek auf die Ausgewogenheit ihres Bestandes und mit ihr auf das Sammeln von Disziplinen, die den Schwerpunkt anderer Bibliotheken der Stadt bildeten.

⁴⁰ Jahresbericht für 1869, in: Intelligenz-Blatt zum Serapeum, Nr. 9, 1870, S. 66

⁴¹ ISLER, S. 65-66

⁴² Revidirte Gesetze für die Hamburgische Stadtbibliothek, in: StAH, 361-5 I, Hochschulwesen I, Reg. Gen. B, Nr. 3

2.3. Das Bibliothekskartell (1849)

Die Forderung, in der Stadtbibliothek auf das Vermehren jener Wissensgebiete zu verzichten, die den Sammelgegenstand der anderen größeren Bibliotheken Hamburgs bildeten, wiederholte sich in allen ihren Regulativen aus jener Zeit: in der Eingabe der Professoren zur Bildung der Bibliothekscommission, später in der Geschäftsordnung der Commission und ebenso in den revidierten Bibliotheksgesetzen. Von ihrer Gründung an bis ins 19. Jahrhundert war die Stadtbibliothek „eine hochangesehene Stätte wissenschaftlicher Arbeit für alle Wissensgebiete.“⁴³ Obwohl sie anfangs über keinen Kaufetat verfügte, gelang es, eine Sammlung von geistes- und naturwissenschaftlichen Werken zusammenzustellen, die „die Entwicklung der Wissenschaften in Deutschland ... widerspiegelt.“⁴⁴

Als 1801 zum ersten Mal Mittel für eine planmäßige Vermehrung der Bibliothek bereitgestellt wurden, merkte man schnell, dass diese für ein gleichmäßiges Vorgehen auf allen Wissensgebieten nicht ausreichten. Die Lösung war, jene Fächer nicht weiter auszubauen, die den Sammelschwerpunkt der anderen größeren öffentlichen und halböffentlichen Bibliotheken der Stadt bildeten; zunächst waren die Fächer der Commerzbibliothek betroffen, also Nationalökonomie, Geographie und Teile der Geschichte ebenso die Technik, gesammelt in der Patriotischen Gesellschaft, später auch die Medizin, weil Sammelgegenstand der Bibliothek des Ärztlichen Vereins, und die Jurisprudenz, die es im Juristischen Lesezimmer gab, sowie nautische und astronomische Werke, die im Observatorium und in der Navigationsschule angeschafft wurden.⁴⁵

Die Versorgung der Leser mit wissenschaftlicher Literatur war zwar weiterhin gewährleistet, nur waren sie nach und nach auf immer mehr Einrichtungen angewiesen; Ausgewogenheit und mit ihr die Kontinuität und Vollständigkeit aller Fächer wurden also nur noch auf kommunaler Ebene angestrebt.

Am Anfang des 19. Jahrhunderts sprach, wie bereits erwähnt, der Bibliothekar der Stadtbibliothek Ebeling mit den Leitern der Commerzbibliothek und der Patriotischen Gesellschaft über eine Aufteilung der Sammelaufgaben zwischen ihren Einrichtungen, ohne dass es damals zu einer schriftlichen Vereinbarung kam.

Nach 1840 entstand im Zuge der in der Stadtbibliothek eingeführten Neuerungen der Wunsch, die ehemals mündlich getroffene Vereinbarung auf ein gesetzliches Fundament zu stellen, und „es schien zweckmäßig, ein mehr ausgeführtes Kartell abzuschließen und den Behörden der respectiven Bibliotheken zur ausdrücklichen Genehmigung vorzulegen.“⁴⁶

Der Kartellgedanke hatte seinen Ursprung in der Hamburgischen Gesellschaft zur Beförderung der Künste und nützlichen Gewerbe, kurz Patriotische Gesellschaft genannt. Peter Paul Giseke, der erste Bibliothekar der Stadtbibliothek, der für eine Fächeraufteilung zwischen den Bibliotheken plädierte, war Mitglied der patriotischen Gesellschaft und versuchte schon 1792, diese Idee „bei seiner vorgesetzten Behörde durchzubringen.“⁴⁷

Damals gelang es nicht, die Idee der Bildung eines Bibliothekskartells aber ließ die Mitglieder der Patriotischen Gesellschaft nicht mehr los. Als man 1840 eine Reform der Gesellschaftsbibliothek besprach, meinte man: „Es müßte ... abseiten unserer Gesellschaft der Versuch gemacht werden, ein Kartell-Verhältniß zwischen der Stadt-, der Commerz-Bibliothek und der unserigen in's Leben zu rufen.“⁴⁸

Der aus Sparsamkeitsgründen entstandene Kartellgedanke, der auf eine Trennung der Anschaffungsgebiete der Hamburger Bibliotheken zielte, wurde nicht sofort von allen Mitgliedern der Bibliotheksdeputation bedenkenlos angenommen,⁴⁹ obwohl diese Trennung bereits 1844 in den revidierten Gesetzen und 1845 in der Geschäftsordnung der Bibliothekscommission abgesegnet worden war und im Alltag längst praktiziert wurde. Es dauerte seine Zeit und kostete Überzeugungsarbeit, bis Petersen 1848 der „hochlöblichen Bibliotheksdeputation“ „das zwischen den hiesigen Bibliotheken verhandelte Cartel zur Genehmigung“⁵⁰ vorlegen konnte. Im Protokoll der Sitzung der Bibliotheksdeputation vom 6. Juni 1848 hieß es dann schließlich: „Darauf trug der Herr Protoscholarch (Senator Merck) das zwischen der Stadtbibliothek und den übrigen größeren

⁴³ LEMCKE, S. 218

⁴⁴ *ibid.*

⁴⁵ vgl. PETERSEN, S. 120

⁴⁶ Aus dem Bericht über die Stadtbibliothek von Ostern 1847-1848, in: StAH, 361-5 I, Hochschulwesen I, Re. Spez. C, Nr. 30

⁴⁷ LEMCKE, S. 270

⁴⁸ Auszug aus dem Protokoll der Hamburgischen Gesellschaft zur Beförderung der Künste und nützlichen Gewerbe vom 19. November 1840, in: StAH, 361-1, Scholarchat IX, A, Bd. 1

⁴⁹ Bericht über die Stadtbibliothek von Ostern 1847/48, in: StAH, 361-5 I, Hochschulwesen I, Reg. Spez. C, Nr. 30

⁵⁰ Brief von Petersen an die Bibliotheksdeputation, 1848, in: StAH, 361-5 I, Hochschulwesen I, Reg. Spez. C, Nr. 30

Bibliotheken unserer Stadt verabredete und geschlossene Kartel vor, das nach einigen erläuternden Bemerkungen auch vom Herrn Protoscholarchen unterschrieben ward.“⁵¹

Die am Kartell beteiligten Bibliotheken waren: die Stadtbibliothek, die Commerzbibliothek, die Bibliothek der Patriotischen Gesellschaft, die Bibliothek des Ärztlichen Vereins und die Bibliothek des Juristischen Lesezimmers. Zweck des Kartells war, „daß die in Hamburg vorhandenen Mittel nach gleichmäßigen, das Bedürfnis wissenschaftlicher Untersuchung und des praktischen Lesens möglichst erschöpfenden Grundsätzen verwendet werden mögen.“⁵² Erfüllen konnte man ihn nur durch Vermeidung von Doppelanschaffungen, was durch die Mitgliedschaft der Bibliotheksvorsteher in der Bibliothekskommission gewährleistet schien.

In den *Bestimmungen des Kartells*⁵³ sind die von den einzelnen Bibliotheken zu sammelnden Fächer detailliert aufgeführt:

„§ I. In Bezug auf neue Anschaffungen wird die Stadtbibliothek fortfahren, unter besonderer Berücksichtigung der §§ 16 und 17 ihrer revidirten Gesetze, in allen Richtungen ihren Vorrath zu ergänzen, mit Ausnahme der folgenden, von anderen Instituten nach Maaßgabe ihrer Kräfte übernommenen, nach der Reihenfolge des Katalogs der Stadtbibliothek hier aufgeführten Fächer:

1. *Medicin (G)*. Der ärztliche Verein übernimmt die medicinische Literatur (G) mit Ausschluß derjenigen des Alterthums und des Mittelalters.

2. *Geographie und Statistik (H)*. Die Commerzbibliothek wird bei geographischen Karten und Reisebeschreibungen besondere Rücksicht auf diejenigen nehmen, welche zur Runde der außereuropäischen Welttheile beitragen, wird jedoch dabei Alles ausschließen, was vorzugsweise archäologisch, naturwissenschaftlich oder belletristisch ist.

Im statistischen Fache wird die Commerzbibliothek auch die wichtigsten Werke über die europäischen Staaten anzuschaffen fortfahren, namentlich sofern sie auf Handelsstatistik sich beziehen.

3. *Politische Geschichte (I)*. Die Commerzbibliothek übernimmt die Handelsgeschichte, die Geschichte der deutschen Städte, der Kolonien und selbständigen außereuropäischen Staaten und von 1648 (für England von 1625) an die wichtigeren, insbesondere quellenmäßigen Werke für die Geschichte sowohl des inneren Staatenlebens als der internationalen Verhältnisse der Hauptstaaten Europas.

4. Die *Geschichte der Hanse (K ABC)* übernimmt die Commerzbibliothek und * wird neben der Stadtbibliothek auch die *Hamburgensien (KD)* anzuschaffen fortfahren, da es wünschenswert bleibt, mehr als nur eine öffentliche Sammlung derselben in möglichster Vollständigkeit zu erhalten.

* sowohl diese als die Bibliothek der Gesellschaft zur Beförderung der Künste und nützlichen Gewerbe

5. *Staatswissenschaften, vorzüglich Cameralwissenschaften (LB)* mit vollständiger Sorge für das Fach der Theorie und Politik des Handels und Schiffahrtskunde (mit Einschluss der Seekarten), ferner das Eisenbahnwesen (mit Ausschluss des Technischen und des rein Juristischen) übernimmt die Commerzbibliothek.

6. *Polytechnik und Technologie (LE)* mit ihren Hülfswissenschaften übernimmt die Bibliothek der Gesellschaft zur Beförderung der Künste und nützlichen Gewerbe.

7. In Beziehung auf die *Rechtswissenschaft (M)* übernimmt die Commerzbibliothek Staatsrecht, Völkerrecht (mit Einschluss des Seevölkerrechts), Handelsrecht, Gesetzgebung, insbesondere Handelsgesetzgebung der einzelnen, auch außereuropäischen Staaten; das juristische Lesezimmer die wichtigeren deutschen particularrechtlichen und die deutschen Werke über ausländische Jurisprudenz seit 1800 (mit Ausnahme der Fächer der Commerzbibliothek); die Werke über römisches, deutsches und internationales Privatrecht, römisches und gemeinen deutschen Civil- und Criminalrecht seit 1800; die legislativen deutschen Werke in diesen Zweigen von 1800 an, mit Ausschluss der desfallsigen Ständeverhandlungen, von welchen die Commerzbibliothek die wichtigsten fortsetzt, endlich die wichtigeren deutschen kirchenrechtlichen Werke seit 1800.

8. *Bildende Kunst (N)* (mit Ausschluss derjenigen des Alterthums) und *Baukunst* (mit Ausnahme der Wasserbaukunst, für welche die Schiffahrt- und Hafen-Deputationen eine eigene Sammlung ergänzt) übernimmt die Bibliothek der Gesellschaft zur Beförderung der Künste und nützlichen Gewerbe.“

Die Kartellbestimmungen waren zwar bindend aber nicht unumstößlich:

„§ IV. Sollte die Verwaltung eines der hier vertretenen Institute in Zukunft sich veranlasst finden, von einem der gegenwärtig übernommenen Fächer zurückzutreten, so wird sie sofort der Bibliotheks-Kommission die Anzeige davon mittheilen.“

Im letzten Paragraphen der Vereinbarung heißt es:

⁵¹ StAH, 361-5 I, Hochschulwesen I, Reg. Spez. C, Nr. 30

⁵² Verabredung wegen des Cartels der öffentlichen Bibliotheken in Hamburg v. März 1849, in: StAH, 361-5 I, Hochschulwesen I, Reg. Spez. C, Nr. 30

⁵³ ibid.

„§ V. Die gegenwärtige Übereinkunft wird den betreffenden Behörden oder Vereinen zur Genehmigung vorgelegt ...“

Auch die Commerzdeputation billigte den Vertrag, hielt es aber nicht für nötig, ihn zu unterzeichnen. Die Commerzbibliothek hielt sich in ihrer Anschaffungspolitik an die getroffenen Absprachen, was für sie keine wesentliche Veränderung zu früher bedeutete: sie verzichtete nunmehr ganz auf die Erwerbung naturwissenschaftlicher Werke, die sie bis dahin gelegentlich kaufte.⁵⁴

Die „Verabredung wegen des Cartels der öffentlichen Bibliotheken in Hamburg“ vom März 1849 bedeutete für die Stadtbibliothek eine „wenig glückliche“⁵⁵ Vereinbarung, „wodurch bedauerliche große Lücken entstanden, deren notwendige Ausfüllung ... später noch vielfach Sorge bereitete.“⁵⁶ Trotz dieser Bedenken zögerte man 1896 nicht, das vor fünfzig Jahren vereinbarte Kartell zu erneuern.

2.4. Bestandsvermehrung durch Kauf

In der „Geschäftsordnung für die Hamburger Stadtbibliothek“⁵⁷ von 1853 heißt es in § 2: „Die Vervollständigung der Bibliothek geschieht durch Ankauf, Tausch und Eingang von Geschenken“.

Was den Ankauf angeht, „geschieht er entweder auf dem Wege des Buchhandels oder auf Auktionen oder unter der Hand.“ (§ 3)

Die beim Kauf eines Werks zu unternehmenden Schritte waren in der Geschäftsordnung genau vorgegeben.

Beim Kauf vom Buchhändler waren folgende Punkte zu beachten:

- „1) Durchsicht der von den verschiedenen Buchhändlern zur Ansicht und Auswahl zugesandten Bücher
- 2) Definitive Auswahl
- 3) Notirung der gewählten Bücher in den Contrabüchern der Buchhändler und Eintragung derselben in die Controllbücher der Stadtbibliothek und in deren alphabetisches Register
- 4) Eintragung in die systematische Übersicht der Erwerbungen und Numerirung innerhalb der Hauptfächer; die gegebene Nummer geht auch in die Bücher für die Buchbinder so wie die Real-Kataloge über.“

Wurde der Kauf auf einer Auktion getätigt, lief es folgendermaßen ab:

- „1) Durchsicht der Auktionen-Kataloge
 - 2) Bestimmung auf welche Bücher und ein wie hoher Auftrag gegeben werden soll
 - 3) Ausführung der Commissionsaufgabe und Eintragung derselben in das dazu bestimmte Buch.
- Dazu kommen: a) Empfang und Revision der erstandenen Bücher;
b) Notirung der Preise im Auktionsbuch
- Beim Ankauf unter der Hand fallen 1 – 3 weg, sonst stellen sich die Geschäfte wie bei Auktionen.“

Die **Hauptlieferanten** der Bibliothek waren in jener Zeit die Buchhandlungen *Perthes, Besser und Maucke* und *Hoffmann und Campe*, später kamen die *Heroldsche Buchhandlung* und *Nestler und Melle* hinzu. Petersen hatte zeitweilig den Versuch unternommen, allen Hamburger Buchhandlungen turnusmäßig Bestellungen zukommen zu lassen, nicht zuletzt um die Händler, die auch verlegerisch tätig waren, dazu zu animieren, der Stadtbibliothek Freixemplare ihrer Produktion zu überlassen⁵⁸; aber nachdem es zu Konfusionen, Doppelbestellungen und Unmut gekommen war, gab man die auf den ersten Blick gut scheinende Idee auf.⁵⁹

Die **Mittel** für die Bestandsvermehrung müssen im Kontext der Gesamtausgaben der Bibliothek betrachtet werden. Schon vor dem Umzug begonnen, nachher mit aller Kraft betrieben, hatte die Erstellung des systematischen Katalogs, des sogenannten Realkatalogs, absoluten Vorrang, um eine optimale Nutzung des Bibliotheksbestandes zu ermöglichen. Dafür beantragte Petersen mit dem Segen der Deputation immer wieder Sondergelder; man zog es vor, den Bestand langsamer wachsen zu lassen, denn „der Werth einer Bibliothek kann nicht in der Ansammlung todter Schätze, sondern darin liegen, daß sie möglichst Gemeingut werden.“⁶⁰

⁵⁴ 250 JAHRE COMMERZBIBLIOTHEK, S. 39

⁵⁵ VON MELLE, Bd. 1, S. 26

⁵⁶ ibid.

⁵⁷ StAH, 361-1, Scholarchat IX, A, Bd. 1

⁵⁸ s. Abschnitt 2.7. Pflichtablieferung

⁵⁹ ISLER, S. 81

⁶⁰ Antrag der Bibliotheks-Deputation auf Erhöhung der Staatsausgabe für die Stadt-Bibliothek um Crt. M. 3.000 jährlich, von Ostern d. J. an, in: StAH, 361-1, Scholarchat IX, A, Bd. 1

Für die Anschaffung neuer Werke begnügte man sich von 1801 bis 1859 mit den von der Kammer zur Verfügung gestellten M.⁶¹ 3.000, die nach dem Vorschlag der Bibliothekare und ab 1845 auch mit Zustimmung der Bibliothekscommission und der Genehmigung der Bibliotheksdeputation auf die 18 Hauptfächer der Bibliothek nach den Erwerbungskriterien aus den revidierten Gesetzen verteilt wurden.

Die für das Jahr 1845 vorgenommene Mittelaufteilung behielt etwa fünf Jahre lang ihre Gültigkeit. Darin sah man für Zeitschriften M. 500 vor, M. 200 waren für zufällige Ausgaben reserviert; für die einzelnen Fächer blieben M. 2.300 zum Verteilen übrig, wobei man ein Maximum von M. 300 und ein Minimum von M. 25 ansetzte.⁶²

| | |
|-----------------------------|--------|
| Bibliographie | M. 50 |
| Enzyklopädie | M. 200 |
| Philologie | M. 50 |
| Mathematik inkl. Astronomie | M. 200 |
| Naturgeschichte | M. 300 |
| Physik | M. 200 |
| Medizin | M. 100 |
| Geographie | M. 25 |
| Geschichte | M. 200 |
| Hamburgensien | M. 50 |
| Staatswissenschaft | M. 25 |
| Jurisprudenz | M. 100 |
| Kulturgeschichte | M. 300 |
| Kirchengeschichte | M. 100 |
| Theologie | M. 100 |
| Orientalische Philologie | M. 50 |
| Klassische Philologie | M. 200 |
| Neuere Philologie | M. 50 |

Im Jahresbericht 1849/50, als die Kartellbestimmungen voll zum Tragen kamen, kündigte sich eine Veränderung der Etatposten an:

„Die Erfahrung von fünf Jahren (hat) gezeigt, daß die Vertheilung über die Fächer eine etwas andere Norm verlangt und sich durchschnittlich so stellt, daß für Natur- und Kulturgeschichte fast das doppelte der ausgesetzten Summe verausgabt wurde, was natürlich anderen Fächern entzogen werden mußte und zum Theil auch sehr gut konnte, da z.B. für Medicin und Staatswissenschaften anderswo hinreichend gesorgt ist.“⁶³

Als 1859 die Beendigung des Realkatalogs in Sicht kam, erachteten Bibliotheksleitung und Oberschulbehörde, es sei nicht vermessen, eine Erhöhung des Budgets zu beantragen, was auch eine notwendig gewordene Erhöhung der Buchanschaffungsmittel bedeutete. Begründet wurde die Forderung mit der vom Zuwachs an - vornehmlich geschenkten - Büchern und vom Anstieg der Ausleih- und Benutzerzahlen verursachten Mehrarbeit. Auch wenn der Abschluss des Realkatalogs absehbar war, standen noch die Ergänzungen am Nominalkatalog und Arbeiten am Inkunabel- und am Handschriftenkatalog bevor, so dass eine Reduzierung des Personals nicht in Frage kommen konnte.

Die beantragte Erhöhung betrug M. 3.000, eine Summe, die schon in den letzten vier Jahren jährlich von der Kammer für die Vollendung des Realkatalogs gewährt wurde. Sollte diese „Erhöhung der Dotation der Bibliothek aus der Staatskasse“ nicht erfolgen, „so müßte“ – folgerte Petersen – „der Belauf der jährlich auf Ankauf von Büchern zu verwendenden Summe entweder unverhältnismäßig reducirt, oder es könnten die getroffenen Verbesserungen nicht beibehalten werden, es müssten darin schmerzliche Rückschritte geschehen.“⁶⁴

Im Januar 1860 bewilligten Senat und Bürgerschaft die beantragte Etaterhöhung auf M. 8.600 rückwirkend für das Jahr 1859 und ab 1860⁶⁵ mit der Ergänzung, daß „das Geschenk von M. 100 aus

⁶¹ M. = Mark Courant

⁶² Auszug aus dem Protokoll der Bibliotheks-Commission, 3. Januar 1845, in: StAH, 361-1, Scholarchat IX, A, Bd. 1

⁶³ Jahresbericht 1849/50, S. 23-24, in: StAH, 111-1, Senat, Cl. VII Lit. He, Nr. 1, Vol. 17a, Fasc. 11b

⁶⁴ Antrag der Bibliotheks-Deputation auf Erhöhung der Staatsausgabe für die Stadt-Bibliothek um Crt. M. 3.000 jährlich, von Ostern d. J. an, in: StAH, 361-1, Scholarchat IX, A, Bd. 1

⁶⁵ Protokoll der Sitzung der Bibliotheksdeputation, 12. Januar 1869, in: StAH, 361-1, Scholarchat IX, A, Bd. 1

der Casse der jüngsten Prätur, als auch die Bezahlung der Buchbinder-Rechnungen für die Bibliothek durch die Kammer in Zukunft wegfallen.“⁶⁶

Die Zuschüsse aus der Staatskasse, die Einnahmen der Bibliothek, deren bedeutendster Teil aus den Zinsen von Vermächtnissen stammte, zu denen die Einnahmen vom Verkauf der Dubletten, die Einnahmen der Lesezirkel⁶⁷ und weitere kleinere Summen hinzukamen, und ihre Ausgaben wurden miteinander verrechnet. Der im folgenden aufgeführte Budgetentwurf für das Jahr 1861 kann als Beispiel für diese Praxis betrachtet werden.⁶⁸

Jährliche Einnahmen der Stadtbibliothek

A) Feste Einnahmen

| | |
|--|----------|
| 1) Zinsen (Capitalien aus Vermächtnissen und Schenkungen: | |
| a) von Kammerbriefen (Wert M. 111.000) | M. 3.330 |
| b) Hypothekposten (von M 15.000 zu 4%) | „ 600 |
| c) M. 4.400 in Obligationen von Staatsanleihen zu 4% | „ 176 |
| 2) Beitrag aus der Staatskasse: | |
| - auf Rat und Bürgerschaft vom 22. Oktober 1801 | „ 3.000 |
| - auf älteren Bewilligungen nach der Bibliotheks-Ordnung vom | |
| 1. März 1751 und verschiedene 1812 zu bestimmten Summen angesetzte Leistungen | „ 1.088 |
| 3) Erhöhung des Etats um 3.000 M, im Jahr 1859 beantragt und von der | |
| Bürgerschaft am 7. Januar 1860 für ein Jahr bewilligt worden, wobei der Wunsch | |
| ausgesprochen wurde, diese Erhöhung bei Entwerfung des Budgets in Erwägung | |
| zu ziehen | „ 3.000 |
| 4) Für 100 M., die früher aus der Casse der jüngsten Prätur geschenkt wurden und | |
| 1.400 M. als Durchschnittssumme der sonst direct von der Kammer bezahlten | |
| Buchbinderkosten um die Summe abzurunden | „ 1.542 |

B) Schwankende Einnahmen:

| | |
|---|-------|
| - Recognitionsgebühren bei Heirats-Dispensen wegen naher Verwandtschaft | |
| (Hauptrecess Art. 5. Nr. 12) angenommen nach einem Durchschnitt von 7 Jahren | „ 52 |
| - Gebühren für Eintragung zum Schutz gegen Nachdruck angenommen nach | |
| nach dem Durchschnitt der früheren Jahre ⁶⁹ | „ 8 |
| - Verkauf von Dubletten aufgeschlagen auf philologischen und naturwissen- | |
| schaftlichen Lesezirkel für Zeitschriften, Beiträge der Teilnehmer anzuschlagen auf | „ 390 |

M. 13.156

Ausgaben

A) Gehälter und Verwaltungskosten:

| | |
|---|---------|
| 1) Gehalt des Bibliothekars | M. 900 |
| 2) Gehalt des 1. Secretairs | „ 2.400 |
| 3) Gehalt des 2. Secretairs | „ 1.000 |
| 4) Gehalt des 3. Secretairs | „ 1.000 |
| 5) Gehalt des Hülfsarbeiters Dr. Hoffmann | „ 700 |
| 6) Gehalt des Aufsehers der Lesezimmer, der zugl. zu anderen Arbeiten | |
| verpflichtet ist | „ 1000 |
| 7) Gehalt des Boten | „ 500 |
| 8) für 2 Gymnasiasten aus dem Wolfschen Vermächtnis | „ 150 |
| 9) an 5 Professoren des Gymnasiums aus dem Wolfschen Vermächtnis à 8 M. | „ 40 |
| 10) für Rechnungsführung (aus dem Wolfschen Vermächtnis) | „ 60 |
| 11) für Feurung nach einem Durchschnitt von 5 Jahren | „ 145 |
| 12) diverse Ausgaben: Reinhalten des Lokals, Porto, Transportkosten, Schreib- | |
| material, Utensilien durchschnittlich | „ 126 |
| B) für Bücher | „ 3.735 |
| C) Buchbinderarbeiten | „ 1.400 |

M. 13.156

⁶⁶ Protokolle und Ausschussberichte der Bürgerschaft vom 6. December 1859 bis Ende 1860

⁶⁷ s. Abschnitt 2.4.1. Lesekabinett

⁶⁸ StAH, 361-1, Scholarchat IX, A, Bd. 2

⁶⁹ s. Abschnitt 2.6. Bestandsvermehrung durch Geschenk

Für den Buchkauf blieb also 1861 die Summe von M. 3.750 übrig, die sich in den nächsten Jahren (1862⁷⁰, 1863, 1864⁷¹) nicht veränderte.

Bis 1870 stiegen die Gelder für Neuanschaffungen bis auf M. 4.600, für 1871 und 1872 waren schon M. 4.800 vorgesehen, eine weitere Erhöhung auf M. 5.000 gab es 1873.⁷²

Wegen der Preissteigerung beantragte Meyer Isler (Amtszeit: 1871-1882) im Budgetentwurf für das Jahr 1875 eine weitere Erhöhung auf M. 6.000, nachdem er bei der Finanzdeputation und der Bürgerschaft vorgefühlt hatte und mit einer Zusage rechnen konnte. 1876 war die für Neuanschaffungen vorgesehene Summe schon bei M. 7.200; für 1877 bekam die Bibliothek M. 9.000 für Bücher genehmigt, „da die oft erst Ende des Jahres erscheinenden Fortsetzungen angeschaffter Sammelwerke unvorhergesehene Mehrausgaben erforderlich machen.“ Dieser Betrag stand Isler während seiner restlichen Amtszeit, also bis 1882, unverändert zur Verfügung.⁷³

In engem Zusammenhang mit der Bestandsvermehrung steht der Etatposten für **Buchbinderarbeiten**. Seine Erhöhung wird einerseits bedingt von allgemeinen Preiserhöhungen, die auch den Buchetat belasten, andererseits durch das ständige, von steigenden Neuerwerbungszahlen verursachte Anwachsen der zu bindenden Einheiten, zu denen noch die reparaturbedürftigen Bände addiert werden müssen. So stieg der Etat für Buchbinderarbeiten von M. 1.400 im Jahr 1860 über M. 1.600 für 1872 und M. 2.000 für 1875 bis auf M. 3.300 im Jahr 1880.⁷⁴

Die Anzahl der durch **Kauf erworbenen Werke** lag bei ca. 700-1.000 im Jahr⁷⁵, die Anzahl der Neuerwerbungen insgesamt bei ca. 3-4.000, in manchen Jahren – dank vieler Geschenke – bei ca. 5.000. Isler schätzte den Bestand am Ende seiner Amtszeit 1882 auf ca. 400.000 Bände.⁷⁶

Gekauft wurden vornehmlich Fortsetzungen und teure Ausgaben, „deren Anschaffung für den Privatmann zu kostspielig“⁷⁷ gewesen wären. „Immer in Berücksichtigung der beschränkten Mittel“ war die Bibliothek auch bemüht, eine „sehr relativ bleibende Vollständigkeit“⁷⁸ zu erlangen.

Am schwierigsten gestaltete sich die bereits angesprochene Auswahl naturwissenschaftlicher Literatur, denn die Zeitschriften nahmen den größten Teil des Geldes in Anspruch, so dass für die nicht weniger wichtigen Monographien kaum noch genügend übrig blieb.

Petersen führte die Fachgruppe der Philologie der neueren Völker in der Stadtbibliothek ein und sorgte für ihre Vermehrung vor allem auf dem Gebiet der Germanistik und der spanischen und italienischen Literatur.

Die Bereicherung der Hamburgensiensammlung war eine primäre Angelegenheit der Bibliotheksverwaltung und genoss zusammen mit der Lückenergänzung des periodischen Schrifttums, vor allem der Akademie- und Gesellschaftsschriften, ihr besonderes Augenmerk.

Das schon seit 1838 bestehende Desiderienverzeichnis, in dem Kaufwünsche und –vorschläge der Benutzer festgehalten wurden, berücksichtigte man in der Anschaffungspolitik so weit als möglich.

Die wegen der vielen Geschenke immer zahlreichen **Dubletten** konnte die Bibliothek, soweit nicht anders von den Schenkern verfügt, verkaufen und das Geld ihren Einnahmen gutschreiben.

„Möchten nur die Mittel in einem geringern Missverhältnisse zu den Anforderungen der Wissenschaft und des Publicums stehen!“⁷⁹ schrieb Petersen in seinem Jahresbericht für 1845. Auch wenn die regulären Geldmittel tatsächlich beschränkt waren, so zeigte sich bei besonderen Anschaffungen der Hamburger Staat doch oft geneigt, **Sondermittel** zu bewilligen, die nicht selten von **Fremdmitteln privater Herkunft** ergänzt wurden.

So bezuschusste die Stadt 1866 mit M. 2.000 den Kauf eines Teils der Bibliothek des **Archivars Lappenberg**, bestehend aus kostbaren Exemplaren englischer und deutscher Literatur aus dem 16. und 17. Jahrhundert und aus Geschichtswerken. Lappenberg hatte wohl die Absicht geäußert, seine Bücher der Stadtbibliothek zu hinterlassen, es aber versäumt, in seinem Testament festzuhalten. Der Staatszuschuss ergänzte die von Lappenbergs Erben geschenkten M. 2.000, die die Bücher auf einer Auktion zwar verkaufen ließen, der Bibliothek aber das Mitbieten ermöglichen wollten.⁸⁰

⁷⁰ StAH, 361-1, Scholarchat IX, A, Bd. 2

⁷¹ Budgets 1863-1882, in: StAH, 361-5 I, Hochschulwesen I, Reg. Spez. C, Nr. 21, Bd. 1

⁷² ibid.

⁷³ ibid.

⁷⁴ ibid.

⁷⁵ Jahresberichte der Stadtbibliothek, in: Intelligenz-Blatt zum Serapeum, 1863-1869 und Verzeichnis der Vorlesungen 1880-1882

⁷⁶ ISLER, S. 66-67

⁷⁷ Jahresbericht für 1867, in: Intelligenz-Blatt zum Serapeum, Nr. 10, 1868, S. 74

⁷⁸ ibid., S. 75

⁷⁹ Jahresbericht für 1843, in: Verzeichnis der öffentlichen und Privat-Vorlesungen, 1848, S. V

⁸⁰ ISLER, S. 74

1875 konnte mit zusätzlich genehmigten Geldern die sehr wertvolle, hauptsächlich aus musikalischen Handschriften und Drucken bestehende Bibliothek *Chrysander* angekauft werden.⁸¹

Auf einen 1876 gestellten Antrag des Naturwissenschaftlichen Vereins wurden M. 1.000 zum Kauf von naturwissenschaftlichen Werken einmalig bewilligt.⁸²

Weitere Sondermittel gab es 1879 zum Erwerb „einer ansehnlichen Zahl meist kostbarer Schriften“, um die „Sammlung der Autographa Lutheri und der ... Flugschriften zur Geschichte der Reformation“⁸³ zu ergänzen.

So sehr sich die Bibliotheksdirektion über zusätzliche Mittel zur Bestandsvermehrung freute, erachtete sie deren Einsatz bei Kaufvorschlägen von Außenstehenden nicht immer für notwendig. Als die Mathematische Gesellschaft 1881 in einer Eingabe an die Oberschulbehörde das Fehlen wichtiger mathematischer Literatur in der Stadtbibliothek beklagte und die Summe von M. 2.000 zur Ergänzung des mathematischen Bestandes beantragte, hielt der von den Mathematikern übergangene Direktor Isler dagegen, dass die Forderungen zu speziell seien und die Mathematik kaum vom Publikum verlangt würde. Die Oberschulbehörde neigte dazu, den Mathematikern nachzugeben, Isler beharrte jedoch auf seiner Position. Schließlich verzichtete auch der damalige Präses der Oberschulbehörde, Bürgermeister Kirchenpauer, darauf, beim Senat einen Zuschuss zum Ankauf mathematischer Literatur für die Stadtbibliothek zu beantragen. Isler schlug vor, „das verlangte Geld der Gesellschaft direct in Händen zu geben und es ihr zu überlassen, sich damit eine eigene Bibliothek einzurichten, über die sie selbständig verfügt. Dadurch wird ihnen nicht das Mindeste entzogen, sie haben ihren Willen, und die Stadtbibliothek bleibt unbehelligt.“⁸⁴

Auf eine weitere, nach Islers Ausscheiden aus der Bibliothek eingereichte Anfrage der Mathematischen Gesellschaft von 1884 vertröstete Kirchenpauer diese auf die Entscheidung der sich gerade neu bildenden Bibliothekscommission.⁸⁵

Die Stadtbibliothek informierte über ihre **Neuerwerbungen** in der lokalen Presse. Als ihre Anzahl anstieg, gab es sogar eigene Beilagen. Um die Publikationskosten zu sparen, legte man später die Verzeichnisse in der Bibliothek aus.⁸⁶

2.4.1 Lesekabinett

Am 11. November 1843 reichten die Bibliothekare bei der Bibliotheksdeputation eine Eingabe ein, in der eine Vereinbarung mit dem Verlag *Perthes, Besser und Maucke* zur Übernahme eines Teils der Zeitschriften aus dessen wissenschaftlichem Lesekabinett nach beendigem Umlauf befürwortet wurde. Die Bibliotheksdeputation erteilte die Erlaubnis, mit dem betreffenden Verlag die Verhandlungen aufzunehmen, denn ein Erfolg hätte für die Stadtbibliothek eine Verminderung der Ausgaben für Zeitschriften (bis dahin M. 500) und eine entsprechende Erhöhung der Summe zum Ankauf von Büchern bedeutet.⁸⁷

Die Vereinbarung zwischen der Stadtbibliothek und dem Verlag *Perthes, Besser und Maucke* kam im November 1844 zustande mit dem Zusatz einer beiderseitigen dreimonatigen Kündigungsfrist. Es wurde festgelegt:⁸⁸

- dass der Stadtbibliothek am Ende des Jahres ca. 50 Titel mit einem Neupreis von M 536,4 für M. 305,3 geliefert würden mit der Möglichkeit einer Verbesserung der preislichen Bedingungen im zweiten Jahr;
- dass die Zeitschriften von Anfang an als gekauft betrachtet werden konnten;
- dass die Stadtbibliothek das Vorrecht hatte, auch Fortsetzungen zu gleichen oder besseren Bedingungen zu beziehen;
- dass die Zeitschriften mit ersetzten beschädigten Bogen in sauberem Zustand geliefert werden.

Weil nach einigen Jahren die Buchhandlung ihr Lesekabinett aufgab, äußerte die Bibliotheksverwaltung in der Deputationssitzung vom 9. Dezember 1848 den Wunsch, selbst ein „auf Subskription zu begründendes Journalzimmer“⁸⁹ zu eröffnen, wenn sich eine Mindestzahl von 200 Interessenten melden sollte. So kam mit der Genehmigung des Senats ein philologischer Lesezirkel

⁸¹ StAH, 361-5 I, Hochschulwesen I, Reg. Spez. C, Nr. 29a, Bd. 1

⁸² Antrag des „Vereins für Naturwissenschaftliche Unterhaltung in Hamburg“ auf Ergänzung des naturwissenschaftlichen Bücherbestandes, 1876, in: StAH, 361-5 I, Hochschulwesen I, Reg. Spez. C, Nr. 28, Bd. 1

⁸³ Jahresbericht für 1879, in: Verzeichnis der öffentlichen und Privat-Vorlesungen, 1880, S. V

⁸⁴ Antrag der Mathematischen Gesellschaft zu Hamburg auf Ergänzung der mathematischen Literatur, 24. Mai 1881, in: StAH, 361-5 I, Hochschulwesen I, Reg. Spez. C, Nr. 28, Bd. 1

⁸⁵ *ibid.*

⁸⁶ ISLER, S. 82-83

⁸⁷ StAH, 361-1, Scholarchat IX, A, Bd. 1

⁸⁸ StAH, 111-1, Senat, Cl. VII Lit., He., No. 1, Vol. 17a, Fasc. 1c

⁸⁹ StAH, 361-1, Scholarchat IX, A, Bd. 1

zustande, der 1855 von einem naturwissenschaftlichen ergänzt wurde, nachdem die Patriotische Gesellschaft ein Jahr zuvor den eigenen Lesezirkel naturwissenschaftlicher Journale gekündigt hatte. Vom Betreiben der beiden Zirkel wurde – wie in der Deputationssitzung vom 29. Januar 1855 verkündet – ein Ertrag von ca. 400 M. im Jahr erwartet.⁹⁰

Der naturwissenschaftliche Zirkel kam vornehmlich auf Antrag des Naturwissenschaftlichen Vereins zustande und war wegen der teuren Zeitschriften mit hohen Kosten für die Bibliothek verbunden. Nach dem ersten Jahr begannen Subskribenten zu kündigen, so dass die Bibliothek das Unterfangen aufgeben musste und es erst wieder aufnahm, als sich der Naturwissenschaftliche Verein bereit erklärte, sich unabhängig von der Anzahl der Teilnehmer mit einem festen Betrag von M. 360 im Jahr zu beteiligen.

Von den Abonnenten wurde ein Beitrag von M. 12 (M. 18 für Altonaer) für das philologische Lesezimmer und von M. 21,60 für das naturwissenschaftliche verlangt. Die Einnahmen der Bibliothek betrugen ca. M. 600-700 im Jahr, ihre Ausgaben dafür ca. M. 1.600-1.800. Nach dem Umlauf der im wöchentlichen Turnus wechselnden Zeitschriften verblieb das Eigentumsrecht bei der Bibliothek.⁹¹

2.5. Bestandsvermehrung durch Tausch

Schon seit 1830 war die Hamburger Stadtbibliothek Mitglied im „1817 im Rahmen der UB Marburg gegründete(n) und vom Preußischen Kultusministerium 1820 amtlich anerkannte(n)“⁹² Akademischen Tauschverein. Sie betrachtete diese Mitgliedschaft als eine Möglichkeit, sich „Monographien, und zwar die neuesten, ... zahlreich und ohne besondere Kosten“⁹³ zu verschaffen; anbieten konnte sie in Ermangelung einer Universität in Hamburg nur Schulschriften.

Im Jahresbericht für das Verwaltungsjahr von Ostern 1844 bis Ostern 1845 beklagte sich Petersen, dass die Hamburger Stadtbibliothek zwar „gegen Einsendung unserer Schulschriften in den Verein aufgenommen“ sei, jedoch „ohne völlige Gleichstellung zu erlangen, da einige Universitäten sich geweigert haben, unsere Aufnahme anzuerkennen.“⁹⁴ Um endlich als vollständiger Partner betrachtet zu werden, schlug er als „passendes Aequivalent“ vor, den „Abdruck der Propositionen E. E. Rath's an die erbesessene Bürgerschaft“ zum Tausch anzubieten, denn „die officiellen Verhandlungen eines deutschen Bundesstaates dieser Art“ dürften „Interesse genug für die Universitätsbibliotheken haben und zu der Erwartung berechtigen, daß die Universitäten gerne bereit sein werden, in Erwiderung derselben mit ihren Sendungen fortzufahren oder auf einen Austausch zuerst einzugehen.“⁹⁵

Für Petersen war es unerlässlich, dass die Stadtbibliothek als bedeutende wissenschaftliche Bibliothek die Publikationen der akademischen Welt dem forschenden Publikum nicht vorenthalten konnte und in ihrem Bestand nachwies.

Auch wenn er den Vorteil für die Stadtbibliothek für nicht ganz so groß hielt wie im Falle des Tauschvereins der Universitätschriften, befürwortete Petersen auch den Eintritt in den Verein zum Austausch von Schulprogrammen, in dem Hamburg ein gleichwertiger Partner sein konnte, „da wir in diesem Fall zwei gegen eins zu bieten im Stande sind, wogegen wir in der Uebereinkunft mit den Universitäten 10-20 gegen drei erhalten.“⁹⁶

Petersens Bemühungen waren von Erfolg gekrönt, denn in späteren Jahresberichten werden durch Tausch mit Universitäten und Gymnasien erworbene Dissertationen und Programme sowie durch Tausch mit Akademien und anderen wissenschaftlichen Anstalten erworbene Sammelwerke und Gelegenheitsschriften erwähnt. Die Anzahl der auf diesem Wege eingegangenen Bände bewegte sich bei ca. 1.000 im Jahr.⁹⁷ Im Jahresbericht 1869 hieß es sogar in Bezug auf ein Fach, das die Stadtbibliothek nicht mehr primär sammelte: „Die Medicin wird fast nur im Tausch mit den Universitäten durch Dissertationen ... vermehrt.“⁹⁸

1872 begannen die Tauschbeziehungen der Hamburger Stadtbibliothek mit der Kaiserlichen Universitäts- und Landesbibliothek Straßburg, die zunächst ab 1875 die in Hamburg gedruckten amtlichen Publikationen im Austausch für Universitätschriften erhielt.⁹⁹

Die amtlichen Druckschriften dienten auch in der Beziehung mit dem British Museum als Tauschobjekt.¹⁰⁰

⁹⁰ ibid.

⁹¹ ISLER, S. 78

⁹² BUZAS, S. 126-127

⁹³ PETERSEN, S. 212

⁹⁴ Jahresbericht 1844/45, S. 2[a]-3, in: StAH, 111-1, Senat C VII Lit., He., No. 1, Vol. 17a, Fasc. 11b

⁹⁵ ibid., S. 3

⁹⁶ ibid., S. 3[a]

⁹⁷ Jahresbericht 1862-1865, in: Intelligenz-Blatt zum Serapeum, 1863-1866

⁹⁸ Jahresbericht 1868, in: Intelligenz-Blatt zum Serapeum, Nr. 9, 1870, S. 66

⁹⁹ StAH, 361-5 I, Hochschulwesen I, Reg. Spez. C, Nr. 36, Bd. 1

Auch Dubletten wurden oft auswärtigen oder anderen Hamburger Bibliotheken zum Tausch angeboten, wie in mehreren Jahresberichten (1846, 1872) angedeutet wird oder z.B. aus dem Protokoll der Bibliotheksdeputationssitzung vom 6. April 1847 zu erfahren ist, in der Petersen über den mit den Bibliotheken zu Kopenhagen und Breslau eingeleiteten Dublettentausch und einen Austausch von Werken mit der Bibliothek des Ärztlichen Vereins berichtete.¹⁰¹

2.6. Bestandsvermehrung durch Geschenk

Die Stadtbibliothek verdankte schon seit ihrer Gründung „die Mehrzahl der Bücher dem patriotischen Sinn ihrer Mitbürger.“¹⁰²

Alle Geschenke aufzuzählen, die sie in der Zeit 1840–1882 erhielt, machte keinen Sinn, deshalb werde ich mich darauf beschränken, einige wertvolle, die die Vielfalt der Zuwendungen illustrieren sollen, zu erwähnen.

Als eine der bedeutenden deutschen Bibliotheken wurde die Hamburger Stadtbibliothek von *Regierungen und Fürsten* bedacht, die ihr die von ihnen geförderten Werke, meist Prachtexemplare, zukommen ließen; darunter waren: König Friedrich Wilhelm IV. von Preußen, der König von Sachsen, der Kaiser von Russland, die belgische und die brasilianische Regierung. Ebenso schickten in- und ausländische *Akademien und wissenschaftliche Gesellschaften* Teile ihrer Schriften; Publikationen kamen von der Akademie der Wissenschaften in Wien und St. Petersburg, von der Hof- und Staatsbibliothek und der Historischen Kommission in München, vom British Museum, vom Smithsonian Institute in Washington und von vielen anderen Institutionen.

Der Hamburger *Senat* überließ ihr die von ihm als Geschenk erhaltenen Werke und beteiligte sich mit dem Kauf teurer Ausgaben an der Vermehrung des Bestandes.

Die größte Zahl der Geschenke jedoch kam von Privatpersonen, nicht selten als komplette Büchersammlung, manchmal als Geldzuwendung.

Auch die Averhoffsche Stiftung tat sich bei der Unterstützung der Stadtbibliothek öfter hervor. Als 1843 die Bücher des *Senators Mönckeberg* zum Verkauf standen und Petersen dem Scholarchat empfahl, die Nummern 1-2.745 des Auktionskatalogs für M. 4.000 zu erwerben, spendete die Averhoffsche Stiftung M. 1.000. Weitere M. 2.900 Spendengelder sammelte der damalige Protoscholarch Pehmöller, so dass wertvolle Werke zur Geschichte, Kirchengeschichte und die Inkunabeln der Mönckeberg-Sammlung gekauft werden konnten.¹⁰³ Die einst ebenfalls zur dieser Sammlung gehörenden „125 Druckschriften aus dem Zeitalter der Reformation, von denen die sogenannten Autographa Lutheri die Mehrzahl“¹⁰⁴ bildeten, wurden von *Pastor Mönckeberg*, dem Sohn des Senators, 1861 der Stadtbibliothek geschenkt.

Die Averhoffsche Stiftung sprang abermals 1855 mit M. 300 ein, damit auf einer Berliner Auktion die Bibelsammlung, die Hymnologie- und einzelne Teile der deutschen Literatursammlung aus der Bibliothek des *Professors Heyse* gekauft werden konnten.¹⁰⁵

Weitere 2.000 Bände zur Bereicherung der Hymnologie kamen 1851 hinzu, als sie die Witwe des Hauptpastors *Senior August Hermann Rambach* der Stadtbibliothek schenkte.¹⁰⁶ Ergänzt wurde dieser Bestand von den 70-80 Bänden aus dem Besitz des Pastors *Johannes Geffcken*.¹⁰⁷ Die größtenteils niederdeutschen und niederländischen Handschriften und Inkunabeln, die „für die Geschichte dieser Dialecte von grosser Bedeutung“¹⁰⁸ und gleichzeitig „Denkmäler des Zustandes der Wissenschaft und der Cultur überhaupt im 14. und 15. Jahrhundert“ sind, verdankte die Bibliothek wiederum dem Wohlwollen der Bürger, die die zum Kauf erforderliche Summe aufbrachten.¹⁰⁹

Werke zur Hymnologie fanden sich ebenfalls unter den 3.000 Bänden der Sammlung des Arztes *Nikolaus Heinrich Julius*, die auch Bücher zur Armen- und Gefängniskunde sowie neuere spanische

¹⁰⁰ *ibid.*

¹⁰¹ StAH, 361-1, Scholarchat IX, A, Bd. 1

¹⁰² Jahresbericht 1868/69, in: Intelligenz-Blatt zum Serapeum, Nr. 10, 1869, S. 73

¹⁰³ StAH, 361-1, Scholarchat IX, A, Bd. 1

¹⁰⁴ Jahresbericht 1861, in: Intelligenz-Blatt zum Serapeum, Nr. 13, 1862, S. 98

¹⁰⁵ StAH, 361-1, Scholarchat IX, A, Bd. 1

¹⁰⁶ ISLER, S. 70

¹⁰⁷ *ibid.*

¹⁰⁸ Jahresbericht 1865, in: Intelligenz-Blatt zum Serapem, Nr. 9, 1867, S. 66

¹⁰⁹ *ibid.*

und italienische Literatur und Stammbücher mit Autographen von berühmten Personen enthielt und die er teilweise noch zu Lebzeiten der Stadtbibliothek übergab; nach seinem Tode 1862 wurden die restlichen Bände nachgeliefert.¹¹⁰

1856 hinterließ *Hans Schröder* aus Altona, der Verfasser des „Lexikons der hamburgischen Schriftsteller bis zur Gegenwart“, seine ca. 8.000 Bände reiche Büchersammlung mit Werken hauptsächlich deutscher Literatur aus dem 17. und 18. Jahrhundert, darunter auch 19 Sammelbände mit insgesamt 115 Theatertexten aus der zweiten Hälfte des 18. Jahrhunderts. Ein bedeutender Teil dieser Bibliothek stammte von seinem Großvater, dem Romanschriftsteller *Johann Gottwerth Müller*. Nachdem die Dubletten entsprechend Schröders Willen an andere Bibliotheken weitergegeben wurden, blieben noch ca. 4-5.000 Bände für die Stadtbibliothek übrig.¹¹¹

1863 erhielt die Bibliothek den handschriftlichen Nachlass des vaterländischen Dichters *K. G. Prätzel*.¹¹²

1867 bekam die Stadtbibliothek von *Carl Helmcke* eine Sammlung von 144 Bänden historischen Inhalts, die Friedrich Schiller gehört hatten und von ihm für seine historischen und dramatischen Arbeiten benutzt wurden. Die Bücher stammten von Karl Schiller, dem älteren Sohn des Dichters, der sie 1851 zusammen mit einem Verzeichnis - allerdings unterschiedlichen Inhalts - von der Hand seines Vaters an den Berliner Buchhändler Stargardt verkaufte. Die Erwartungen, die Sammlung bald profitabel weiterzuverkaufen, erfüllten sich nach größeren Anstrengungen nicht einmal 1859, dem Jahr der Feierlichkeiten zu Schillers hundertstem Geburtstag. So landete sie 1860 schließlich beim Hamburger Buchhändler J. S. Meyer, der seinerseits Schwierigkeiten mit der Veräußerung hatte. Deshalb beschloss er 1862, die Sammlung zu verlosen, und verschickte 150 Lose an begüterte Hamburger. Der Gewinner war der Kaufmann und Oberrichter Carl Helmcke, der Bücher und Verzeichnis an die Stadtbibliothek weitergab. Hier wurden sie zunächst gesondert aufgestellt und besonders gekennzeichnet. Leider integrierte man sie später in den Gesamtbestand, und einige Bände schieden bei dieser Gelegenheit als Dubletten aus. Anlässlich einer 1905 von der Stadtbibliothek veranstalteten Schillerausstellung wurden die 114 von der Sammlung noch übriggebliebenen Bände wieder dem Allgemeinbestand entnommen und von da an in einem speziell dafür angefertigten Schrank aufbewahrt.¹¹³

Elise Campe, geb. Hoffmann, hinterließ 1872 der Stadtbibliothek ihre Autographensammlung von berühmten Männern und Frauen des 18. und 19. Jahrhunderts und einige frühere Urkunden mit Unterschriften der Kaiser (1.400 Konvolute).¹¹⁴

Der Reeder und zeitweilige Eigentümer des Stadttheaters, *Robert Miles Sloman*, machte 1873 der Stadtbibliothek 264 Bände zum Geschenk. Es handelte sich um eine Sammlung von älteren Schauspielen, von Operntexten des 18. Jahrhunderts und Theaterzetteln aus dem Nachlass des Theaterdirektors Friedrich Ludwig Schröder. Dabei waren auch ein mit Karl Maria von Webers Autograph versehenes Textbuch des „Freischütz“ sowie Theatermanuskripte von Schillerschen Stücken, das der „Braut von Messina“ sogar mit den eigenhändigen Bühnenanweisungen des Dichters.¹¹⁵

Geschenkt und teilweise gekauft wurden auch Manuskripte zur Geschichte des Hamburger Stadttheaters aus der Zeit des Direktors *Friedrich Ludwig Schröder*; es waren Rechnungsbücher und Notizen über aufgeführte Stücke und die mitwirkenden Schauspieler.¹¹⁶

Weiter erwähnenswerte Sammlungen, die der Bibliothek geschenkt oder vermacht wurden, sind die 861 Werke und 400 Broschüren juristischen Inhalts von den *Erben des Bürgermeisters Kellinghusen* (1879)¹¹⁷ und die wertvollen 1846 Bücher des Sammlers *J. P. R. Tiemann* (1881), zu denen eine Erstausgabe von Schillers „Räubern“ sowie andere Schriften Schillers und auch Goethes in Erstausgaben gehörten.¹¹⁸ Die *Jakobikirche* überließ der Stadtbibliothek theologische Handschriften

¹¹⁰ Jahresbericht 1857, in: Intelligenz-Blatt zum Serapeum, Nr. 10, 1858, S. 73

¹¹¹ StAH, 361-1, Scholarchat IX, A, Bd. 1

¹¹² Jahresbericht 1862, in: Intelligenz-Blatt zum Serapeum, Nr. 10, 1863, S. 74

¹¹³ Jahresbericht 1905, in: Jahrbuch der Hamburgischen Wissenschaftlichen Anstalten, 1906, S. 219

¹¹⁴ Jahresbericht 1872, in: Verzeichnis der öffentlichen und Privat-Vorlesungen, 1873, S. V

¹¹⁵ Jahresbericht 1873, in: Verzeichnis der öffentlichen und Privat-Vorlesungen, 1874, S. V-VI

¹¹⁶ Jahresbericht 1879, in: Verzeichnis der öffentlichen und Privat-Vorlesungen, 1880, S. IV

¹¹⁷ Jahresbericht 1879, in: Verzeichnis der öffentlichen und Privat-Vorlesungen, 1880, S. IV

¹¹⁸ Jahresbericht 1881, in: Verzeichnis der öffentlichen und Privat-Vorlesungen, 1882, S. VIII

und alte Drucke¹¹⁹, der *naturwissenschaftliche Verein* ungefähr 300 vorwiegend mineralogische Bände.¹²⁰

Auf dem Gebiete der Musikalien konnte sich Hamburg - nicht zuletzt durch den Kauf der Chrysanderschen Bibliothek - einer kostbaren Sammlung rühmen, die 1875 von 129 wertvollen Bänden mit Händelschen Kompositionen bereichert wurde. Ein *Konsortium von Hamburger Musikliebhabern* hatte schon 1868 für 800 Pfund Sterling diese Handschriften in London gekauft, die Opern und Oratorien von Händel in der Abschrift des Musikers und Händel-Bewunderers Christoph Schmid enthielten und mit den eigenen Notizen des Komponisten versehen waren, der Schmid Abschriften bei der Aufführung seiner Werke benutzte. Die Bände waren zunächst in der Stadtbibliothek in einem gesonderten Schrank lediglich deponiert und dienten der Händel-Gesellschaft für die von Chrysander vorbereiteten Werkausgabe. Der Erwerb der Chrysanderschen Sammlung jedoch bewog das Konsortium, die sogenannten Händelschen Handexemplare der Stadtbibliothek als Eigentum zu überlassen, und zwei seiner Mitglieder, *Gültzow* und *J. H. Gossler*, 95 musikalische Werke aus dem 18. Jahrhundert hinzuzufügen.

Im selben Jahr wurden die neuen Ausgaben der Werke von J. S. Bach und Händel geschenkt, *G. D. Otten* übergab 1876 weitere neuere Musikalien, so dass Isler zu Recht folgern konnte: „Durch alle diese großmüthigen Zuwendungen ist unsere musikalische Bibliothek in die Reihe der wichtigeren in den Ländern deutscher Zunge gebracht.“¹²¹

Am 14. Juni 1877 war die im Testament festgelegte Sperrfrist der Korrespondenz des 1827 verstorbenen ehemaligen Direktors des Johanneums, *Johannes Gurlitt*, abgelaufen, so dass seine der Stadtbibliothek hinterlassenen Briefe nunmehr der Forschung zur Verfügung gestellt werden konnten.¹²²

Die Bürger vermachten ihrer Bibliothek öfter Geldmittel zur Vermehrung des Bestandes. In der hier besprochenen Zeit erhielt sie 1855 ein Legat von M. 7.500, von dem lediglich die Zinsen für die Bedürfnisse der Anstalt ausgegeben werden konnten¹²³, und 1881 M. 1.500 „mit der Bestimmung, dass dieser Betrag zinstragend belegt, die Zinsen abgesondert gebucht und sobald sie eine entsprechende Höhe erreicht haben, zur Anschaffung eines der Bibliothek fehlenden seltenen oder größeren Werkes verwandt werden.“¹²⁴

Die bei den vielen Zuwendungen nicht ausbleibenden Dubletten versuchte man, entweder zu verkaufen, was oft nicht allzu viel einbrachte, zum Tausch anzubieten oder als Hilfeleistung für erlittene Verluste an andere Bibliotheken weiterzuverschenken - wie z. B. nach dem großen Hamburger Brand von 1842 an die Bibliothek des Ärztlichen Vereins (186 Bände)¹²⁵ oder an die Straßburger Universitätsbibliothek, die Dubletten im Wert von M. 500 erhielt.¹²⁶ Manchmal verschenkte man die Dubletten in Erwartung von Gegengeschenken, als eine Art Tausch sozusagen: „Auch an das Germanische Museum zu Nürnberg wurden Dubletten abgegeben, wofür hin und wieder Gegengeschenke eintrafen.“¹²⁷

1853 schloss Hamburg mit der englischen Regierung einen Vertrag „wegen gegenseitigen Schutzes der Autorenrechte wider den Nachdruck.“¹²⁸ In diesem Vertrag hieß es: „Diejenigen, welche diesen Schutz für Werke, die zuerst innerhalb des großbritannischen Gebietes erschienen sind, in Anspruch nehmen, (müssen) das Werk in ein Verzeichnis eintragen lassen, welches zu diesem Zweck auf der hiesigen Stadtbibliothek geführt wird.“ Für die Verwaltung der Stadtbibliothek bedeutete dies zwar Mehrarbeit, aber auch eine Bereicherung des Bestandes, denn „dabei ist jedesmal ein Exemplar des Werkes einzuliefern, welches gehörig bezeichnet wird. Das Eigenthum desselben verbleibt der Bibliothek. Ebenso ist mit Musikalien, Kupferstichen, Steindrucken und dergleichen zu verfahren.“

Ein ähnlicher Vertrag existierte ab 1856 auch mit Frankreich.¹²⁹

Urteilt man nach den eingenommenen Gebühren, die mit 8 M. im Jahresbudget angegeben wurden

¹¹⁹ ISLER, S. 69

¹²⁰ Jahresbericht 1843/44, in: StAH, 111-1, Senat, Cl. VII Lit., He. Nr. 1, Vol. 17a, Fasc. 11b

¹²¹ ISLER, S. 75

¹²² *ibid.*, S. 76

¹²³ Protokoll der Sitzung der Bibliotheksdeputation, 15. April 1855, in: 361-1, Scholarchat IX, A, Bd. 1

¹²⁴ ISLER, S. 77

¹²⁵ *ibid.*, S. 85

¹²⁶ StAH, 361-5 I, Hochschulwesen I, Reg. Gen. B, Nr. 1

¹²⁷ ISLER, S. 85

¹²⁸ Bekanntmachung, in: StAH, 361-1, Scholarchat IX, A, Bd. 1

¹²⁹ ISLER, S. 64

(bei 12 Schl. Pro Werk), waren die Werke dieser Provenienz nicht sehr zahlreich.¹³⁰ Verzeichnisse der erhaltenen Geschenke wurden zusammen mit den durch Kauf erworbenen Schriften in der Hamburger Presse veröffentlicht, meistens im „Hamburger Correspondenten“.

2.7. Pflichtablieferung¹³¹

In der Geschäftsordnung der Stadtbibliothek¹³² von 1853 kam die Pflichtablieferung je eines in Hamburg gedruckten oder verlegten Exemplars als Möglichkeit der Bestandsvermehrung nicht vor. Der Zugang dieser Schriften wurde zwar mit besonderer Aufmerksamkeit registriert und überwacht, wie es aus dem § 12 der revidierten Gesetze von 1844 hervorgeht:

„Die Bibliothekare haben darüber zu wachen, dass, bestehenden Verfügungen und Vereinbarungen gemäß, von allen hieselbst gedruckten oder verlegten Schriften und Büchern ein Exemplar an die Stadtbibliothek abgeliefert werde, wes Endes ihnen der Protoscholarch ein betreffendes Verzeichnis, welches ihm vom Censor eingeliefert wird, zustellt.“¹³³

Trotzdem betrachtete man sie als eine Art besonderes Geschenk.¹³⁴ Der Begriff „Pflichtexemplare“ fehlte im Vokabular der damaligen Hamburger Bibliothekare, die eher von Freiexemplaren sprachen. Erst gegen Ende des 19. Jahrhunderts tauchte er verstärkt in deren Sprachgebrauch auf.

Im März 1696 übergab der Bibliothekar Surland dem Senat eine Eingabe, „daß die hier gedruckten Sachen an die Bibliothek möchten abgegeben werden.“¹³⁵ Aus welchem Grund Surland sein Gesuch einreichte, ist nicht bekannt. Es wurde jedenfalls nach der Zustimmung der Oberalten durch den Senatsbeschluss vom 24. April 1696 positiv beschieden, bestätigt und erweitert: „daß alle hiesigen Buchführer und Drucker, von allen Büchern, Schriften und Advisen so allhie gedruckt, oder von ... hiesige verlegt wurden, ein Exemplar an die Stadt Bibliothek geben sollen.“¹³⁶

Im Artikel 32 des Hauptrezesses vom 6. Oktober 1712 und im § 6 der mit ihm verabschiedeten revidierten Buchdrucker-Ordnung wurde der Beschluss: „auch jedesmahl ein Exemplar von allen hier gedruckten Büchern zu der Stadt-Bibliothek gratis zu liefern“,¹³⁷ wiederholt, jedoch in einer eingeschränkten Version, in der lediglich von „gedruckten“ Schriften die Rede war, was noch weitreichende Konsequenzen haben sollte.¹³⁸

Am 28. Mai 1732 wurde der Senatsbeschluss von 1696 erneuert und die Polizei „beauftragt, darüber zu wachen.“¹³⁹

Großen Zuspruch fand dieses Gesetz nie, weder bei Druckern noch bei Verlegern, nach der französischen Zeit schienen sie es sogar völlig ignorieren zu wollen. Dem Senatsprotokoll vom 6. August 1828 ist zu entnehmen, dass sich der damalige Protoscholarch Dr. Abendroth beschwert hatte, dass Buchhändler und Buchdrucker ihrer Abgabepflicht eines Gratisexemplars an die Stadtbibliothek nicht nachkämen, weshalb „Conclusum et Commisum dem Wohlweisen Ersten Polizeiherrn sämtliche Buchhändler und Buchdrucker verfordern zu lassen und ihnen aufzugeben bei 5 Cr. Strafe für jeden Contraventionsfall, von jedem hier gedruckten Buche ein Exemplar der Stadtbibliothek gratis einzuliefern.“ Den Bibliothekaren wurde aufgetragen, jährlich über die Einhaltung des Gesetzes zu berichten und die Zuwiderhandelnden dem „wohlweisen Polizeiherrn“ zu melden.¹⁴⁰ Die Bibliotheksverwaltung schickte also jährlich im Namen des Protoscholarchen eine Aufforderung¹⁴¹ an die Drucker und wohl auch an die im Senatsprotokoll miterwähnten Buchhändler (die damals auch als Verleger tätig waren), „dem in Uebereinstimmung mit § 32 des Hauptrecesses erlassenen und durch die Polizeibehörde bekannt gemachten Concluso Amplissimi Senatus d. d. 6. August 1828 entsprechend, von allen in seiner Druckerei im Jahr 18 ... gedruckten Büchern, Schriften und Blättern ein Exemplar **gratis** an die Stadtbibliothek zu liefern mit doppeltem Verzeichnis, deren eines er vom

¹³⁰ StAH, 361-1, Scholarchat IX, A, Bd. 2

¹³¹ Das Thema wird ausführlich behandelt von Dr. Otto-Ernst Krawehl, dem Erwerbsleiter der Staats- und Universitätsbibliothek Hamburg, in seinem Beitrag „Sogenannte Pflichtexemplare“ aus der „Festschrift für Horst Gronemeyer zum 60. Geburtstag“, Hamburg 1993.

¹³² StAH, 361-1, Scholarchat IX, A, Bd. 1

¹³³ Revidierte Gesetze für die Hamburgische Stadtbibliothek, in: StAH, 361-5 I, Hochschulwesen I, Reg. Gen. B, Nr. 2

¹³⁴ KRAWEHL, „Sogenannte Pflichtexemplare“, S. 725

¹³⁵ PETERSEN, S. 43

¹³⁶ StAH, 361-1, Scholarchat IX, D, Nr. 1, Bl. 1

¹³⁷ Abschrift des Archivars Lappenberg aus: Westphalen, Geschichte der Haupt-Grundgesetze, Bd. 1, S. 356, in: StAH, 361-1, Scholarchat IX, D, Nr. 1, Bl. 2

¹³⁸ vgl. dazu Abschnitt 3.7. Pflichtablieferung

¹³⁹ PETERSEN, S. 43

¹⁴⁰ StAH, 361-1, Scholarchat IX, D, Nr. 1, Bl. 5

¹⁴¹ Aufforderung an die Drucker, in: StAH, 361-1, Scholarchat, D, Nr. 1, Bl. 8

Bibliothekar unterschrieben als Quittung zurück erhalten wird.“ Die Forderung wurde begründet: „da es ... zum Nutzen des Publicums gereicht, die Erzeugnisse der Hamburgischen Presse möglichst vollständig auf der öffentlichen Stadtbibliothek vereinigt zu sehen.“

Die Schwierigkeiten mit den Buchherstellern scheinen ein Dauerproblem gewesen zu sein, denn im Protokoll des Protoscholarchen von 1837 wird an eine allgemeine Einforderungsaktion von 1836 erinnert, infolge derer die Buchdrucker wohl sämtlich ablieferten und „mehrere hiesige Buchhändler sich schriftlich verpflichteten, ein Exemplar ihrer Verlagsartikel der Stadtbibliothek abzuliefern.“¹⁴² Es ging um die Buchhandlungen: *Perthes, Besser & Maucke*, *Nestler & Melle*, *Erié*, *Schuberth & Niemeyer* und *Johann Gottlieb Herold*, die sich - zumindest in der allernächsten Zeit - an ihr Versprechen hielten.

Der Ratsbuchdrucker Meissner bedurfte einer besonderen Anordnung des Senates, um neben den Schriften, „die er für Privatpersonen drucke“, auch jene „abzugeben, welche für den Senat, die Kammer und die einzelnen Administrationsbehörden gedruckt wurden“. Petersen maß gerade diesen die größte Bedeutung¹⁴³ bei, denn er fand es unabdingbar, „auf einer öffentlichen Bibliothek alle die einzelnen Zweige der Administration und Gesetzgebung betreffenden Schriften zusammen zu haben.“¹⁴⁴

Dass die Buchdrucker zur Ablieferung eines Freixemplars an die Stadtbibliothek verpflichtet waren, war allen klar, in Bezug auf eine gesetzliche Ablieferungspflicht der Verleger jedoch gab es offensichtlich Unsicherheiten, denn in den Aufforderungsformularen jener Zeit sind nur die Drucker genannt. Aus den Scholarchatsprotokollen ist ersichtlich, dass auch die Verleger immer wieder zur Ablieferung aufgefordert wurden, dass man aber „weil sie nicht gesetzlich verpflichtet seien, auf manche Schwierigkeit stoße.“¹⁴⁵ Zu Islers Zeiten wurde an die Verleger nicht die bestimmter formulierte und vom Protoscholarchen unterzeichnete Aufforderung für die Drucker verschickt, sondern eine vom Direktor der Anstalt unterschriebene Bitte zur Überlassung eines Gratisexemplars:

„Der Wunsch, alles auf Hamburg Bezügliche so wie die in Hamburg erschienenen Schriften selbst geringen Umfangs auf der Stadtbibliothek vollständig zu sammeln, veranlasst den Unterzeichneten, die Bitte, uns Ihre Verlagsartikel auch in diesem Jahre zuzuschicken, recht dringend auszusprechen. Diese Schriften werden bei uns in erster Linie namentlich vom Auslande gesucht: die Erfahrung lehrt, dass viele derselben binnen kurzer Zeit aus dem Verkehr verschwinden und nicht mehr anzuschaffen sind; selbst die Verleger pflegen sie in späterer Zeit bei uns zu suchen, da, so viel bekannt, keine andere Bibliothek verpflichtet ist, dieselben in derjenigen Vollständigkeit zu sammeln, welche dem literarischen Bedürfnisse der Mit- und Nachwelt entspricht.“¹⁴⁶

Petersen schlug als Anreiz¹⁴⁷ für die Verleger vor: „zu einiger Entschädigung bei denjenigen, welche dieser Aufforderung folge leisteten, ein(en) Theil der ... Werke, welche die Bibliothek ... kaufe, ...nach einer gewissen Reihenfolge“ zu ordern. In diesem Zusammenhang stellte er mit etwas Bitterkeit fest, dass der Verleger Campe, obwohl einer der Hauptlieferanten der Stadtbibliothek, sich vor der Abgabe von Freixemplaren drückte.¹⁴⁸

Am 23. Oktober 1843 beschloss der Senat, „daß der Censor der Bibliothek alle 6 Monate ein Verzeichnis der von ihm censirten Bücher und Schriften dem Protoscholarchen unter Beifügung des Namens der Drucker zuzustellen habe.“¹⁴⁹ Das positive Ergebnis dieser Maßnahme wurde mit Zufriedenheit von Petersen in seinem Jahresbericht für 1844¹⁵⁰ registriert:

„Ich freue mich benachrichtigen zu können, daß es gelungen ist, dieses Jahr besonders mit Hilfe des von Herrn Censor eingegebenen Verzeichnisses wenigstens nach und nach die hier gedruckten Schriften und Bücher in einer Vollständigkeit zusammen zu bringen, wie dies bisher nicht der Fall war.“

Was die Verleger anging, kamen die meisten dem freiwillig gegebenen Versprechen nach, die restlichen wurden um Abgabe gebeten.

Wahrscheinlich wegen ihrer praktischen Wirkung bei der Beschaffung der Hamburger Schriften fand die Zensurliste Eingang in die revidierten Gesetze.

¹⁴² StAH, 361-1, Scholarchat IX, A, Bd. 1

¹⁴³ vgl. dazu auch Abschnitt 2.5. Bestandsvermehrung durch Tausch

¹⁴⁴ Jahresbericht 1844, in: StAH 361-1, Scholarchat IX, A, Bd. 1

¹⁴⁵ Brief von Petersen an das Scholarchat, 14. Juni 1844, in: StAH, 361-1, Scholarchat IX, A, Bd. 1

¹⁴⁶ StAH, 361-5 I, Hochschulwesen I, Reg. Spez. C, Nr. 45a, Bd. 1

¹⁴⁷ vgl. dazu Abschnitt 2.4. Bestandsvermehrung durch Kauf

¹⁴⁸ Protokoll der Bibliotheksdeputationssitzung vom 30. November 1844, in: StAH, 361-1, Scholarchat IX, A, Bd. 1

¹⁴⁹ StAH, 361-1, Scholarchat IX, A, Bd. 1

¹⁵⁰ StAH, 361-1, Scholarchat IX, B, Bd. 2, Beil. 4

Durch die Aufhebung der Zensur 1849 wurden die Bibliothekare ihres Arbeitsinstruments, des Zensorverzeichnisses, beraubt und mussten nun wieder mit erheblichem Aufwand in Erfahrung bringen, was einzufordern war.

In den folgenden Jahren kamen Drucker und Verleger mal mit mehr und mal mit weniger Gewissenhaftigkeit ihrer gesetzlichen Verpflichtung bzw. ihrem Versprechen nach, an die sie immer wieder von der Verwaltung der Stadtbibliothek erinnert wurden. „Die bedeutenderen unter ihnen leisten Folge, andere nehmen keine Notiz davon oder erklären, nichts für die Bibliothek Geeignetes gedruckt zu haben.“¹⁵¹ Wegen der Ungenauigkeit des Gesetzes gab es zusätzliche Schwierigkeiten: „zuweilen verlangten die Verleger, daß ihnen alle Exemplare abgeliefert würden, dann verwiesen die Drucker auf die Verleger, und diese erklärten, nicht gezwungen werden zu können; bei illustrierten Werken konnte nur der Text, nicht die Tafeln von den Buchdruckern gebracht werden,“¹⁵² denn die Kupferstiche und Steindrucke waren im Gesetz nicht erwähnt, ebensowenig Noten und Landkarten.

In den Jahresberichten wurde den Druckern, aber vor allem den Verlegern dafür gedankt, dass sie die Stadtbibliothek mit ihren Erzeugnissen bedachten. (Es waren zusammen um die 250 Bände im Jahr). Auf die Bedeutung dieser Druckerzeugnisse gerade für die Hamburgensiensammlung, vor allem der Gelegenheitsschriften und der periodischen Publikationen, deren kurze Lebensdauer eine spätere Beschaffung erschwerten, wenn nicht gar unmöglich machten, wurde oft hingewiesen. Denn Drucker und Verleger lieferten durch die Schenkung eines Exemplars nicht nur „einen Beitrag zur Geschichte der Hamburgischen Litteratur und litterarischen Industrie unserer Stadt, sondern (stifteten) auch sich selbst und ihrem Geschäfte ein bleibendes Andenken.“¹⁵³

2.8. Zusammenfassung

Die Neuerungen, die in Christian Petersens Amtszeit und zum Großteil auf seine Initiative hin eingeführt wurden, markierten einen Wendepunkt in der Entwicklung der Stadtbibliothek, vor allem in der Bestandsvermehrung.

Die Gründung der Bibliothekskommission führte dazu, dass sich – zumindest ansatzweise – Fachspezialisten, wie in Universitätsbibliotheken üblich, um die Literaturbeschaffung kümmerten.

Das Bibliothekskartell sollte einen optimalen Einsatz der Geldmittel ermöglichen; das Ziel war eine gleichmäßige Vermehrung aller gesammelten Wissensgebiete und eine Koordinierung der Erwerbung der größeren Bibliotheken Hamburgs. Die Stadtbibliothek musste auf ihre Universalität verzichten, was in der Praxis jedoch schon seit Ebelings Amtszeit geschah.

Von Bedeutung für die Versorgung mit der neuesten Forschungsliteratur war die Mitgliedschaft im Akademischen Tauschverein. Sie sicherte den Kontakt zu Akademien und Universitätsbibliotheken und damit den kostenlosen Erhalt von Dissertationen und Akademieschriften.

Das Bemühen um das Sammeln der über und in Hamburg erschienenen Literatur nahm einen zentralen Platz in der Arbeit der Bibliotheksverwaltung in der Zeit 1840-1882 ein, denn die Bedeutung dieses Schrifttums für die Leserschaft der Gegenwart und die wissenschaftliche Forschung der Zukunft war den Bibliothekaren sehr wohl bewusst.

3. Erwerbungspolitik 1883-1901

3.1. Die Wissenschaftlichen Anstalten und das Allgemeine Vorlesungswesen

Seit der Mitte des 19. Jahrhunderts hatte das Akademische Gymnasium kaum noch Schüler, von Interesse waren nur noch die von den Gymnasial-Professoren für die Allgemeinheit gehaltenen öffentlichen Vorlesungen. Jahrzehntlang dachte man über eine Reorganisation des Gymnasiums oder einen Ersatz dafür nach; es wurde die Bildung einer philosophischen oder einer naturwissenschaftlichen Fakultät oder einer Handelsakademie erwogen, sogar die Gründung einer Universität war angedacht worden. In den 70er Jahren des 19. Jahrhunderts bildete sich unter dem Vorsitz des Bürgermeisters Kirchenpauer eine Senats- und Bürgerschaftskommission, die die Lage analysieren und eine Lösung vorschlagen sollte. Das Ergebnis war der Entwurf zur Bildung einer „Wissenschaftlichen Akademie“, bestehend aus einer historisch-philosophischen und einer naturwissenschaftlich-mathematischen Abteilung mit 5 Professoren, die neben Forschungs- und

¹⁵¹ ISLER, S. 80

¹⁵² *ibid.*

¹⁵³ Jahresbericht 1868/69, in: Intelligenz-Blatt zum Serapeum, Nr. 10, 1869, S. 73

Publikationsaufgaben auch eine „auf gemeinverständliche Vorlesungen beschränkte Lehrtätigkeit“ übernehmen sollten. Der Vorschlag stieß zwar auf keine Zustimmung, Teile des Entwurfs aber wurden übernommen, geringfügig geändert, und am 21. Mai 1883 wurde das „Gesetz betreffend die Auflösung des Gymnasiums und Veränderungen in der Organisation der wissenschaftlichen Anstalten“ erlassen.¹⁵⁴

Ein Ersatz für das Akademische Gymnasium wurde also nicht geschaffen; an seine Stelle traten die Wissenschaftlichen Anstalten und das Allgemeine Vorlesungswesen, Einrichtungen, die sich einst aus ihm heraus gebildet hatten und nun selbständig existierten. Die vorgesetzte Behörde dieser Einrichtungen war die Oberschulbehörde, und zwar ihre Erste Sektion.

Zu den wissenschaftlichen Anstalten gehörten: der Botanische Garten, die Sternwarte, das Chemische Staatslaboratorium, das Physikalische Kabinett, das Museum für Kunst und Gewerbe, das Naturhistorische Museum und die Stadtbibliothek. Ihr publizistisches Organ war das „Jahrbuch der Hamburgischen Wissenschaftlichen Anstalten“, das von 1883-1920 erschien und in dem außer Beiträgen der mitarbeitenden Wissenschaftler auch die Jahresberichte der einzelnen Institutionen veröffentlicht wurden.

Die Direktoren der Wissenschaftlichen Anstalten wurden per Gesetz¹⁵⁵ dazu verpflichtet, zusammen mit anderen dazu beauftragten Gelehrten öffentliche und nicht öffentliche Vorträge zu Themen aus ihren Fachrichtungen zu halten.

Der Direktor der Stadtbibliothek hatte „alljährlich eine das Publikum über den Handschriften- oder Bücherbestand der Stadtbibliothek orientierende Schrift oder Abhandlung aus den Gebieten der Bibliographie und der Bibliothekswissenschaft zu veröffentlichen.“ (§ 5)

Für die Organisation der öffentlichen Vorlesungen, die unter anderem auf dem Gebiete der Geschichte, der Philosophie, der Literatur, der Sprachwissenschaften, der Nationalökonomie, der Mathematik und anderer Naturwissenschaften gehalten wurden, war im Jahresbudget der Oberschulbehörde ein Posten von M. 12.000 veranschlagt. (§ 7)

3.2. Die Bibliothekskommission und die Bestandsvermehrung durch Kauf 1883-1891

Nach Meyer Islers Pensionierung 1882 wurde 1883 die Leitung der Bibliothek an einen Oberlehrer des Johanneums, den Romanisten Franz Eyssenhardt, übertragen. Bei den vorausgegangenen Überlegungen zur Postenbesetzung war der Präses der Oberschulbehörde Kirchenpauer der einzige, der einen Bibliotheksfachmann für die Stelle in Betracht zog.¹⁵⁶ Allgemein aber hielt man damals bibliothekarische Kenntnisse für nicht besonders wichtig, und Eyssenhardt wurde Direktor. Leider bewies er bei der Ausübung seines Amtes keine allzu glückliche Hand. Er hatte wohl unzureichende Vorstellungen von der Leitung der größten Bibliothek der Stadt, der Hauptinformationsquelle für die lokalen wissenschaftlichen Bestrebungen, mit ca. 400.000 Bänden und einer recht intensiven Benutzung innerhalb und außerhalb Hamburgs. Liest man die zahlreichen Akten aus seiner Zeit, hat man manchmal den Eindruck, dass ihm der Überblick und die Fähigkeit zur realistischen Einschätzung fehlten. Hinzu kam, dass er ziemlich ungeschickt im Umgang mit den Menschen war, „auf die es ankam“. Etwas hart urteilt Werner von Melle über Eyssenhardt: „Er erwies sich, ... für die Leitung einer großen Bibliothek als wenig geeignet, denn er zeigte sich ... dem Publikum gegenüber zu wenig entgegenkommend und war auch in anderen Dingen ein sich allzu streng an die Regel haltender Bürokrat.“¹⁵⁷

Mit der Ernennung Franz Eyssenhardts zum Bibliotheksdirektor nahm der Gedanke einer Erneuerung der Bibliothekskommission wieder Gestalt an. Die alte Kommission hatte sich klanglos zerstreut, und jahrzehntelang mussten die Bibliotheksvorsteher allein, ohne sachkundige Unterstützung mit den Fragen der Bestandsvermehrung zurechtkommen. Die Initiative für die Gründung einer Bibliothekskommission ging diesmal nicht mehr von der Bibliothek, sondern von der vorgesetzten Behörde aus, die die Notwendigkeit einer hilfeleistenden Versammlung von Fachleuten unterschiedlicher Wissensgebiete erkannte, weil „ohne Schuld der früheren Bibliothekare die Vermehrung des Bücherschatzes nicht planmäßig vor sich gegangen sei.“¹⁵⁸

¹⁵⁴ vgl. VON MELLE, Bd. 1, S. 10-19

¹⁵⁵ Gesetz zur Auflösung des Akademischen Gymnasiums, 21. Mai 1883, in: StAH, 361-5 I, Hochschulwesen I, Reg. Gen. B, Nr. 2

¹⁵⁶ VON MELLE, Bd. 1, S. 27

¹⁵⁷ ibid.

¹⁵⁸ Auszug aus dem Protokoll der Kommissionssitzung, 8. Januar 1884, in: StAH, 361-5 I, Hochschulwesen I, Reg. Spez. C, Nr. 3, Bd. 1

Im § 2 des „Gesetzes betreffend die Auflösung des Akademischen Gymnasiums“ wird die Bildung einer Bibliothekskommission bestimmt, die sich die Zuständigkeit für die Erwerbung mit dem Bibliotheksdirektor teilen soll:

„Die Stadtbibliothek steht unter der Verwaltung eines Directors; demselben wird namentlich auch um bei der Anschaffung von Büchern mitzuwirken, eine von der Oberschulbehörde zu ernennende, aus Vertretern der hauptsächlich wissenschaftlichen Fächern bestehende Commission beigeordnet, über deren Befugnisse die Oberschulbehörde nähere Bestimmung treffen wird.“¹⁵⁹

Die Oberschulbehörde legte die Zahl der Kommissionsmitglieder zunächst auf 11 fest; zwei sollten aus ihren eigenen Reihen stammen, die übrigen neun für die Wissenschaftsfächer zuständig sein. Später erhöhte man die Anzahl der Mitglieder auf 14, den Direktor der Stadtbibliothek miteingeschlossen.¹⁶⁰

Direktor Eyssenhardt bekam den Auftrag, einen Entwurf für die Geschäftsordnung und Vorschläge für die Zusammensetzung der Kommission vorzulegen.

Am 10. Dezember 1883 erschienen die „*Instructionen für die Bibliotheks-Commission*“¹⁶¹, die ihre Arbeitsweise und ihre Aufgaben bestimmten.

Da ihre Verantwortung in der Bestandsvermehrung lag, war es notwendig, dass die Kommissionsmitglieder zunächst den bereits vorhandenen Bestand des eigenen Fachgebietes genau kennenlernten, um später in der Lage zu sein, die richtigen Anschaffungsentscheidungen auf dem Gebiet der Neuerscheinungen und der Ergänzung von Lücken, auch von inhaltlichen, zu treffen.

Um eine gleichmäßige Vermehrung des Gesamtbestandes zu gewährleisten, wurde beschlossen, am Anfang eines jeden Jahres die Anschaffungsschwerpunkte neu festzulegen.

Die Kommission war dem Direktor beigeordnet, der selbst Sitz und Stimme hatte; er war verpflichtet, Bericht über erfolgte Anschaffungen zu erstatten und die Zustimmung beim Kauf eines Werkes, das teurer als M. 300 war, einzuholen.

Der Vorsitzende der Kommission wurde von der Oberschulbehörde ernannt.

Vielleicht aus den Erfahrungen mit der vorherigen Kommission, deren Mitglieder einfach ersatzlos wegblieben, gab es in den Instruktionen, wohl um die Teilnehmer nicht zu sehr zu strapazieren, die Bestimmung, dass in jedem Jahr ein Viertel der Mitglieder nach ihrem Amtsalter ausscheiden musste, wobei in den ersten drei Jahren das Los über die Reihenfolge entschied.

1884 ging die nach Eyssenhardts Vorschlägen zusammengesetzte Kommission dazu über, das Rüstzeug für ihre Vorgehensweise auszuarbeiten. Ihre Ergebnisse fasste sie in den „*Beschlüssen der Bibliotheks-Commission betreffend die Vertheilung der Berichterstattung unter ihre Mitglieder und einige der für die Ergänzung und Vermehrung der Stadtbibliothek in den verschiedenen Fächern ihres Bücherbestandes massgebende Grundsätze vom 8. Januar, 3. Mai und 8. Juli 1884*“.¹⁶²

Wie in den Instruktionen bestimmt, war der erste Schritt der Kommission die Aufteilung der Fächer auf die Mitglieder, die sich über den Fachbestand sowohl der Stadtbibliothek als auch der anderen Bibliotheken kundig machen und darüber Bericht erstatten wollten.

In einem zweiten und dritten Schritt legten die Kommissionsmitglieder in Anlehnung an die §§ 16 und 17 der revidierten Bibliotheksgesetze von 1844 die Sammelprinzipien und die Sammelintensität der einzelnen Fächer fest und beschlossen in der Sitzung vom 3. Mai 1884:

„1) die Bibliographie, wie auch bisher geschehen, in ihrem ganzen Umfange zu vervollständigen;

2) von den Anschaffungen für Mathematik principiell die Lehrbücher auszuschliessen, dagegen thunlichst für den Erwerb, bez. die Vervollständigung der älteren und neueren classischen Werke zu sorgen;

3) die Naturwissenschaften unter Berücksichtigung der für die Zwecke des Naturhistorischen Museums besonders wünschenswerthen Reisewerke und der für die Verwaltung des Botanischen Gartens wichtigen, die nordische Flora betreffenden Schriften thunlichst zu vervollständigen;

¹⁵⁹ Gesetz zur Auflösung des Akademischen Gymnasiums, 21. Mai 1883, in: StAH, 361-5 I, Hochschulwesen I, Reg. Gen. B, Nr. 2

¹⁶⁰ Auszug aus dem Protokoll der Sitzung der 1. Sektion der Oberschulbehörde, 28. Juni 1883, in: StAH, 361-5 I, Hochschulwesen I, Reg. Gen. B, Nr. 2

¹⁶¹ StAH, 361-5 I, Hochschulwesen I, Reg. Gen. B, Nr. 2

¹⁶² *ibid.*

4) auf die Vervollständigung der Medicin im Allgemeinen zu verzichten, namentlich aber Schriften über menschliche Anatomie gar nicht anzuschaffen, und Aerzte des Alterthums und des Mittelalters nur insofern zu berücksichtigen, als sie auch für philologische Zwecke in Betracht kommen;

5) in der Jurisprudenz die Anschaffungen wie bisher auf Ausgaben, Kritik und Erklärung der nicht modernen Quellen zu beschränken, jedoch thunlichst dahin zu wirken, dass die Fachbibliotheken, besonders die staatlichen, dem Forschenden leichter als bisher zugänglich gemacht werden;

6) in der Theologie es bei dem bisherigen Verfahren bewenden zu lassen, ausserdem aber die Vervollständigung der der Bibliothek grösstentheils geschenkweise überlassenen bedeutenden Sammlungen, z. B. der hymnologischen und der Bibelsammlung, ins Auge zu fassen.“

In einer weiteren Sitzung, am 8. Juli 1884, beschäftigte man sich mit den Vervollständigungsgrundsätzen der restlichen Fächer der Stadtbibliothek und beschloss:

„1) die historischen Zeitschriften und Quellensammlungen des In- und Auslandes besonders zu berücksichtigen, ausserdem die etwa unvollständig vorhandenen Bücher und Zeitschriften, soweit diese für die politische Geschichte noch jetzt von Bedeutung sind, zu ergänzen;

2) bei Ergänzung der Kirchengeschichte die hiesige Gegend besonders zu berücksichtigen und bei Ergänzung der Streitschriften die auswärtigen, namentlich die holländischen, zu beachten;

3) für die Litteraturgeschichte weniger die einzelnen Litteraturwerke selbst, als die Litteraturgeschichten ins Auge zu fassen;

4) die Ergänzung der Kunstgeschichte auf die antike Kunst zu beschränken;

5) die bezüglich der Religionsgeschichte bestehenden Normen vorläufig beizubehalten;

6) Hamburgensien thunlichst vollständig zu erwerben, auch ohne Rücksicht auf etwa schon in anderen öffentlichen Bibliotheken Vorhandenes;

7) die alte Philologie durch Anschaffung der grossen kritischen Ausgaben zu vervollständigen;

8) bezüglich Philosophie von genaueren Bestimmungen bis auf Weiteres abzusehen, aber jedenfalls über das in § 16 der Gesetze vom 1. März 1844 bezeichnete Mass nicht hinauszugehen;

9) die schöne Litteratur der neueren Völker durch Anschaffung, bez. Vervollständigung der Serienausgaben deutscher, englischer und französischer Schriftsteller zu completieren;

10) übrigens die moderne Philologie durch Beschaffung der von Akademien und von Gelehrten Gesellschaften etc. herausgegebenen Memoiren, Abhandlungen etc. zu bereichern.“

Nachdem all diese Grundsätze und Bestimmungen, also das theoretische Fundament detailliert ausgearbeitet war, konnte man zur praktischen Umsetzung übergehen. Zu Petersens und Islers Zeiten hatte sich die Bibliothekskommission noch recht zurückhaltend gezeigt und war schließlich allmählich verschwunden. In der Amtszeit Eyssenahrds hingegen schien sie, das Schicksal der Bibliothek ernsthaft mitbestimmen zu wollen.

Das **Budget**¹⁶³ des Jahres 1884 stellte der Direktor noch allein zusammen und beantragte für den Bücherkauf eine Erhöhung von M. 9.000 auf M. 12.000. Die Oberschulbehörde folgte seiner Argumentation, dass einerseits die Buchpreise auf dem deutschen Markt gestiegen seien, andererseits die Naturwissenschaften so hohe Summen verschlangen, dass Neuanschaffungen auf dem Gebiet der restlichen Fächer und die Ergänzung von Lücken kaum noch möglich wären, und genehmigte die Erhöhung.

Auch 1885 überließ die immer noch etwas rat- und orientierungslose Kommission den Budgetentwurf Eyssenhardt allein. Dieser beantragte eine erneute Erhöhung des Kaufetats, und zwar auf M. 16.000, mit der Begründung des letzten Jahres: hohe Preise, hohe Buchproduktion; außerdem meinte er, dass, wenn eine einmalige Bewilligung zur Lückenergänzung nicht in Betracht käme, diese wenigstens mit Ankäufen aus dem regulären Etat gefüllt werden sollten. Diesmal hatte er keinen Erfolg und der Anschaffungsposten blieb 1885 bei M. 12.000.

Der Misserfolg des Vorjahres entmutigte Eyssenhardt nicht, für das Jahr 1886 beantragte er M 18.000 für Neuanschaffungen. Ein offensichtlicher Grund für die Höhe des Betrages war die Tatsache, dass schon im ersten Quartal des laufenden Jahres ein Drittel der zur Verfügung stehenden Mittel verbraucht war, nämlich M. 6.708,06.

Seine Bemühungen fruchteten erst 1888, als ihm M. 16.000 für den Buchkauf bewilligt wurden, ein paar Jahre später, 1892, sogar M. 24.000, eine Summe, die dann bis 1904 unverändert blieb.

Das alte Problem der **Lückenergänzung** verfolgte Eyssenhardt seine ganze Amtszeit hindurch, ohne dass er im Stande gewesen wäre, es zu lösen oder wenigstens zu mildern. Er versuchte immer

¹⁶³ Budgetentwürfe 1884-1904, in: StAH, 361-5 I, Hochschulwesen I, Reg. Spez. C, 21, Bd. 1-3

wieder, die Oberschulbehörde davon zu überzeugen, dass eine einmalige Bewilligung von zusätzlichen Geldern einen guten Teil der Lücken schließen könnte. Deshalb beantragte er bereits 1883 zusätzliche M. 10.000, wurde aber auf das Urteil der sich gerade bildenden Kommission vertröstet.¹⁶⁴

Dann meinte er, fürs erste einen einmaligen Zuschuss von M. 19.000 „zur Auffüllung dringender Lücken“ auf dem Gebiet der deutschen Literatur, der modernen Kultursprachen, der klassischen Philologie und der Geschichte zu benötigen, und schickte an den Präses der Oberschulbehörde einen Brief und ein Verzeichnis, das – wie er selbst zugab – nicht das Ergebnis einer systematischen Durchsicht des Bestandes war, sondern eher „der täglichen Erfahrung“ und „gelegentlicher Bemerkungen.“¹⁶⁵ Dass mit derartigen Argumenten seine Forderung erfolglos blieb, ist nicht verwunderlich.

Auf Betreiben der Bibliothekskommission, die sich ein genaues Bild vom Umfang der fehlenden Literatur machen wollte, erstellte Eyssenhardt 1885 ein weiteres, 101 Seiten langes Verzeichnis von Monographien, Schriftenreihen und Zeitschriften im Wert von M. 104.345,36, das folgende Fächer enthielt: Diplomatie, Bibliothekswissenschaft, klassische Philologie, alte Geschichte, Geographie und Archäologie, „die in ganzem Umfange in der Stadtbibliothek zu pflegen sind.“¹⁶⁶

Im Mai desselben Jahres war der in den „*Beschlüssen der Bibliotheks-Kommission*“ angekündigte Bericht über die anderen Bibliotheken der Stadt endlich fertig. Es stellte sich heraus, dass es in den 46 Hamburger Bibliotheken – vor allem in den Handbibliotheken der anderen Wissenschaftlichen Anstalten – durchaus Bestände gab, die angesichts der erschreckenden Summen, die für die Bestandsergänzung ermittelt wurden, in den Anschaffungsvorschlägen der Kommissionsmitglieder berücksichtigt werden konnten.¹⁶⁷

Man wollte sich zunächst auf die periodischen Schriften konzentrieren und Vorschlagslisten mit neu anzuschaffenden oder zu ergänzenden Zeitschriften zusammenstellen.

Im November 1885 wurde ein Verzeichnis der zur Anschaffung empfohlenen naturwissenschaftlichen periodischen Schriften im Wert von M. 31.376,10 vom Fachreferenten für Naturwissenschaften eingereicht.¹⁶⁸ Ein weiteres – diesmal von lückenhaften Akademieschriften – auf Ersuchen der Kommission von Eyssenhardt erstellt, wurde Anfang 1886 Bürgermeister Kirchenpauer übergeben. Für diese Ergänzungen würden M. 50.156 nötig sein.¹⁶⁹

All diese Verzeichnisse und die riesigen Summen, die für die Lückenergänzungen zusammenkamen, ließen nur einen Schluss zu: dass es unmöglich sein würde, alle Lücken in allen Bereichen zu schließen. Den einzigen Ausweg sah man im Verzicht: z.B. auf Denkschriften, auf kleine französische Akademieschriften, auf Reihen mit nur wenigen Bänden. Angefangene Reihen sollten hingegen unbedingt ergänzt werden sowie jene Monographien, „deren Anschaffung wegen ihres hohen Preises, wegen ihrer Seltenheit oder aus ähnlichen Gründen den bei dem Fach beteiligten Privatgelehrten nicht wohl zuzumuthen“¹⁷⁰ waren – ein Prinzip, das schon Petersen befolgt hatte.

Im Sommer 1891 reichte der Bibliotheksdirektor als Anlage zum Budgetentwurf für 1892 eine Zusammenfassung ein, die auf den verschiedenen 1883-1885 entstandenen Lückenlisten basierte und in der die nötigen Summen für die Ergänzung einzelner Fächer genannt wurden:¹⁷¹

| | |
|----------------------------------|------------------|
| Zeitschriften und Verwandte | fehlen M. 4.705 |
| Provençalisch und Altfranzösisch | fehlen M. 1.779 |
| Musik | fehlen M. 764 |
| Paläographie | fehlen M. 7.458 |
| Griechische Klassiker | fehlen M. 11.168 |
| Lateinische Klassiker | fehlen M. 8.488 |
| Geschichte, Archäologie etc | fehlen M. 77.230 |
| Theologie | fehlen M. 3.724 |
| Zoologie | fehlen M. 26.338 |

¹⁶⁴ Auszug aus dem Protokoll der Sitzung der 1. Sektion, 25. Oktober 1883, in: StAH, 361-5 I, Hochschulwesen I, Reg. Spez. C, Nr. 28, Bd. 1

¹⁶⁵ Brief von Eyssenhardt an Kirchenpauer, 3. November 1883, in: StAH, 361-5 I, Hochschulwesen I, Reg. Spez. C, Nr. 28, Bd. 1

¹⁶⁶ Brief von Eyssenhardt an Kirchenpauer, 13. März 1885, in: StAH, 361-5 I, Hochschulwesen I, Reg. Spez. C, Nr. 28, Bd. 1

¹⁶⁷ Protokoll der Kommissionssitzung, 19. Mai 1885, in: StAH, 361-5 I, Hochschulwesen I, Reg. Spez. C, Nr. 28, Bd. 1

¹⁶⁸ Auszug aus dem Protokoll der Kommissionssitzung, 22. November 1885, in: StAH, 361-5 I, Hochschulwesen I, Reg. Spez. C, Nr. 28, Bd. 1

¹⁶⁹ Brief von Eyssenhardt an Kirchenpauer, 15. Januar 1886, in: StAH, 361-5 I, Hochschulwesen I, Reg. Spez. C, Nr. 28, Bd. 1

¹⁷⁰ Auszug aus dem Protokoll der Kommissionssitzung, 7. November 1885, in: StAH, 361-5 I, Hochschulwesen I, Reg. Spez. C, Nr. 28, Bd. 1

¹⁷¹ Budgetentwurf für 1892, in StAH, 361-5 I, Hochschulwesen I, Reg. Spez. C, Nr. 21, Bd. 2

Gesamt: fehlen M. 141.654

Weder Bibliotheksverwaltung noch Bibliothekskommission waren in der Lage mit Hilfe dieser konkreten Daten, einen gut durchdachten und argumentierten, mit Beharrlichkeit und Geduld durchzuführenden Plan zu konzipieren, um die nötigen Geldmittel für einen allmählichen Abbau der Lücken bewilligt zu bekommen. Wie es geht, Gelder für bestimmte langfristige Vorhaben loszueisen, hatte Petersen mit seinem Realkatalog-Projekt vorgemacht, und später wusste auch Robert Münzel die Lückenergänzung konsequent zu verfolgen.

Als Versuch einer systematischen Lückenergänzung könnte der 1885 gestellte Antrag auf eine einmalige Bewilligung von vorläufig M. 11.000 für naturwissenschaftliche Zeitschriften und von M. 2.000 für die Aktualisierung der mathematischen Literatur infolge eines erneuten Bittbriefes der Mathematischen Gesellschaft gedeutet werden.¹⁷² Ungeschickterweise wurde er mit einem Antrag auf **Sondermittel** für den Ankauf der *Nicolai-Partheyschen* Bibliothek verbunden, einer Sammlung von ca. 13.000 Bänden geisteswissenschaftlichen Inhalts, vor allem aus dem Gebiet der deutschen Literatur.¹⁷³ Daher fiel der Beschluss der Oberschulbehörde nicht sehr günstig aus:

„Die Anträge auf Gewährung von M. 2.000 für Mathematik und M. 11.000 für Naturwissenschaften zur Ergänzung der Lücken bis zur Entscheidung über den gleichzeitig empfohlenen staatsseitigen Ankauf der Nicolai-Partheyschen Bibliothek auszusetzen; dagegen den Herrn Präses zu ersuchen, beim Senat Namens der Oberschulbehörde zu befürworten, daß diese Bibliothek für M. 12.000 staatsseitig angekauft werde.“¹⁷⁴

Sondermittel im Wert von M 5.000 gab es auch 1889 zum Erwerb von 16.000 Bänden aus der Sammlung des Klopstockforschers *Friedrich August Cropp*. Es handelte sich vorwiegend um Werke deutscher Literatur: Originalausgaben von Goethe, Schiller, Klopstock, Lessing, Musenalmanache und Gedichtsammlungen, zahlreiche Streit- und Gegenschriften aus der Zeit des Xenienkampfes.¹⁷⁵

Zieht man nun eine Bilanz der ersten sechs Jahre der Zusammenarbeit zwischen Bibliotheksverwaltung und Bibliothekskommission, in die auch noch der Ärger und der verlorene Prozess mit den Verlegern¹⁷⁶ fielen, muss man gestehen, dass große Erfolge ausgeblieben und diese Jahre eher von einer gewissen Orientierungs- und Hilflosigkeit geprägt waren.

3.2.1. Die Lesezirkel

Die beiden Lesezirkel, der naturwissenschaftliche und der philologisch-historische, die Eyssenhardt von seinem Vorgänger übernahm, empfand er als keine besonders gerechte Einrichtung. Dass nur einige wenige für einen geringen jährlichen Beitrag das Privileg haben sollten, die neuesten, mit öffentlichen Geldern gekauften Zeitschriftennummern für sich zu reklamieren, gefiel ihm nicht. Nachdem sich andere Bibliotheksbenutzer darüber beschwert hatten, beschloss er schon 1885, „die neueingehenden Nummern der Journale im Lesezimmer zur Lektüre auszulegen.“

Seine Entscheidung kam selbstverständlich auf die Sitzungstagesordnung der Ersten Sektion und wurde „bis auf Weiteres ausgesetzt.“

Wenigstens in Bezug auf die Lesezirkel blieb Eyssenhardt weiterer Ärger erspart, denn 1886 löste sich der naturwissenschaftliche selbst auf, die Auflösung des philologisch-historischen durfte der Bibliotheksdirektor dann wegen der zu klein gewordenen Teilnehmerzahl für das nächste Jahr ankündigen.¹⁷⁷

3.3. Die Bibliothekskommission und die Bestandsvermehrung durch Kauf 1892-1901

Zur Steigerung der Effizienz der Zusammenarbeit zwischen Kommission und Verwaltung beschloss 1892 die Erste Sektion der Oberschulbehörde, die Bibliothekskommission auf fünf Mitglieder zu reduzieren, ihre Befugnisse jedoch zu erweitern und ihr einige der Aufgaben der Ersten Sektion zu übertragen. Die Kommission sollte „als eine Art vorprüfender Ausschuss der Ersten Sektion“ fungieren

¹⁷² Brief von Lazarus (Mathematische Gesellschaft) an die Oberschulbehörde, 1. Dezember 1885, in: StAH, 361-5 I, Hochschulwesen I, Reg. Spez. C, Nr. 28, Bd. 1

¹⁷³ Auszug aus dem Protokoll der Kommissionssitzung, 22. Dezember 1885, in: StAH, 361-5 I, Hochschulwesen I, Reg. Spez. C, Nr. 28, Bd. 1

¹⁷⁴ Auszug aus dem Protokoll der Sitzung der 1. Sektion, 29. Dezember 1885, in: StAH, 361-5 I, Hochschulwesen I, Reg. Spez. C, Nr. 28, Bd. 1

¹⁷⁵ Jahresbericht 1889, in: Jahrbuch der Hamburgischen Wissenschaftlichen Anstalten, 1890

¹⁷⁶ s. Abschnitt 3.7. Pflichtablieferung

¹⁷⁷ StAH, 361-5 I, Hochschulwesen I, Reg. Spez. C, Nr. 41

und die Verwaltung kontrollieren. Zwei ihrer Mitglieder mussten der Ersten Sektion angehören, die restlichen drei wurden von ihr auf drei Jahre gewählt; 1892 gehörten zur Bibliothekskommission der Syndikus¹⁷⁸ Werner von Melle und der bibliophile Rechtsanwalt Levy als Zugehörige der Oberschulbehörde, außerdem der Staatsarchivar Hagedorn, Pastor Bertheau und der Chemiker Emil Wohlwill. Der Direktor der Stadtbibliothek trat mit Stimmrecht der Kommission bei. Als hilfeleistendes Gremium in Fragen der „planmäßige(n) Ergänzung und Vermehrung der Bibliothek“ gab es noch ein Kollegium von Sachverständigen.¹⁷⁹

Die mit neuen Befugnissen ausgestattete und mit erweiterten Aufgaben betraute Bibliothekskommission brauchte ein komplexeres Regelwerk für ihre Arbeit als die „Instruktionen“ vom 10. Dezember 1883. Deshalb wurden am 4. Februar 1892 von der Ersten Sektion die „Bestimmungen betreffend die Bibliothekskommission“¹⁸⁰ erlassen.

„Nach diesen hatte die Kommission die Aufgabe, den Direktor mit ihrem Rate zu unterstützen, die von ihm ausgehenden Vorschläge zu prüfen, sowie ihrerseits Vorschläge zur Ausbildung der Bibliothek und zur Verbesserung ihrer Einrichtungen zu machen. Sie hatte regelmäßige Revisionen der Bücherbestände zu veranlassen und zu Ende jedes Jahres die Gesichtspunkte anzugeben, nach denen im nächsten Jahre Neuanschaffungen zu erfolgen hatten. Für größere Erwerbungen war eine Genehmigung der Kommission erforderlich.“¹⁸¹

Schon ziemlich früh trübte sich die Atmosphäre zwischen dem Direktor und der neuen Kommission, denn allzu oft vertrat man verschiedene Positionen. Auch untereinander waren sich die Kommissionsmitglieder nicht immer einig, was Dr. Levy zu der Bemerkung veranlasste: „in der Bibliothekskommission (ist) immer einer zur Strafe des anderen da.“¹⁸²

Eyssenhardt musste sich den Vorwurf gefallen lassen, bisher bei der Bestandsvermehrung nicht planmäßig, sondern zufällig vorgegangen zu sein und die Naturwissenschaften vernachlässigt zu haben.¹⁸³ Die Kommission erwartete klare Anschaffungsrichtlinien, die der Direktor scheinbar nicht bieten konnte. Was Eyssenhardt zu seiner Rechtfertigung vorbrachte, dass er sich bisher auf die Romanistik und die politische Geschichte konzentriert und die Dialektologie als Fach eingeführt hatte, dass nun die deutsche Literatur und Literaturgeschichte auf seiner Prioritätenliste stünden und dass für die Naturwissenschaften ein Großteil des Kaufetats ausgegeben würde, konnten die Kommissionsmitglieder so nicht nachvollziehen. Auch fand das wahllose Anschaffen von Desiderien keinen sehr großen Anklang.¹⁸⁴ Es bedürfe deshalb „der geregelten Mitwirkung der Sachverständigen, die allein im Stande seien, nach bestimmten Grundsätzen gewisse Kategorien von Werken auszuschließen resp. zu bevorzugen,“ was bei „beschränkten Mitteln das Wichtigere“ sei, urteilte die Kommission.¹⁸⁵ Eyssenhardt wurde nach und nach zu einer Art Vollstreckungsgehilfen der Kommission und der Sachverständigen degradiert, er hatte - ohne viel Spielraum für Eigeninitiative - nur noch die Publikationen von deren Vorschlagslisten anzuschaffen, um anschließend über die Ausführung Bericht zu erstatten.

Später musste er sogar die periodische Kontrolle des Akzessionskataloges seitens der Sachverständigen hinnehmen, die festzustellen hatten, inwieweit ihre Kaufvorschläge befolgt wurden. Obwohl man versuchte, die Arbeit dieser Sachverständigen so einfach und bequem wie möglich zu machen, indem sie die Literatúrauswahl nicht mehr anhand der Ansichtsendungen in der Bibliothek, sondern aus den Buchhändlerverzeichnissen „Hinrichs“ und „Friedländer“ treffen konnten,¹⁸⁶ reichten manche von ihnen ihre Anschaffungsvorschläge spät oder gar nicht ein. In diesen Fällen musste Eyssenhardt doch von sich aus handeln und Erwerbungsentscheidungen treffen, was wiederum die Kommission nicht besonders gerne sah. Als Grund für verspätete oder ausgebliebene Kaufvorschläge gaben einige Sachverständige die Unkenntnis der zur Verfügung stehenden Mittel an, was die Entscheidungen erschwerte. Vielleicht deswegen, vielleicht auch weil Eyssenhardt oft schon im vorletzten Quartal kaum noch Geld übrig hatte, beschloss die Kommission „im Interesse einer gleichmäßigen Verwendung der Buchanschaffungsgelder, regelmäßig am Anfang eines jeden Jahres

¹⁷⁸ Der Syndikus war ein vom Senat gewählter Beamter mit beratender Funktion, der einen Teil der ihm vom Senat übertragenen Amtsgeschäfte der Senatoren selbständig erledigte.

¹⁷⁹ Auszug aus dem Protokoll der Kommissionssitzung, 29. Dezember 1891, in: StAH, 361-5 I, Hochschulwesen I, Reg. Spez. C, Nr. 3, Bd. 1

¹⁸⁰ StAH, 361-5 I, Hochschulwesen I, Reg. Gen. B, Nr. 2

¹⁸¹ VON MELLE, Bd. 1, S. 28

¹⁸² ibid.

¹⁸³ Auszug aus dem Protokoll der Kommissionssitzung, 12. März 1892, in: StAH, 361-5 I, Hochschulwesen I, Reg. Spez. C, Nr. 28, Bd. 2

¹⁸⁴ Brief von Eyssenhardt an von Melle, 30. April 1892, in: StAH, 361-5 I, Hochschulwesen I, Reg. Spez. C, Nr. 28, Bd. 2

¹⁸⁵ Auszug aus dem Protokoll der Kommissionssitzung, 7. März 1893, in: StAH, 361-5 I, Hochschulwesen I, Reg. Spez. C, Nr. 3, Bd. 1

¹⁸⁶ Auszug aus dem Protokoll der Kommissionssitzung, 14. April 1896, in: StAH, 361-5 I, Hochschulwesen I, Reg. Spez. C, Nr. 3, Bd. 1

die für jeden einzelnen Wissenschaftszweig zu ausgebende Summe festzulegen“. Weil Vorschläge des Direktors dazu ausblieben, nahmen sich die Kommissionsmitglieder selber der Aufgabe der Fächerkontingentierung an.

Als Ausgangspunkt dienten die von 1891 bis 1895 getätigten Anschaffungen, die zum Erstaunen der Analysierenden doch eine gewisse – maliziös als „sicher nicht beabsichtigt“ abgetane -Planmäßigkeit erkennen ließen und folgendes Bild ergaben:¹⁸⁷

- A. Bibliographie; B. Allgemeine Enzyklopädie; C. Philosophie = 9%
- B. Mathematik; E. Physik; F. Naturgeschichte; G. Medizin = 25%
- C. Geographie und Statistik; I. Politische Geschichte; K. Hanseatica = 25%
- D. Staatswissenschaften; M. Jurisprudenz = 2%
- E. Kultur- und Kulturgeschichte = 14%
- F. Kirchengeschichte; P. Zoologie = 9%
- G. Orientalische Sprachen = 5%
- H. Klassische Philologie = 4%
- I. Philologie der neuen Völker = 16%

Nach den ermittelten Anteilen der jeweiligen Fächer am Kaufetat, konnten die zur Verfügung stehenden M. 24.000 aufgeteilt werden:

- M. 7.000 - für Zeitschriften
- M. 3.000 - Reserve für Sonderfälle
- M. 1.260 – A, B, C
- M. 4.480 – D, E, F, G
- M. 1.680 – H, I, K
- M. 280 – L, M
- M. 1.400 – N
- M. 2.100 – O, P
- M. 2.800 – Q, R, S

Dieses Modell diente Eyssenhardt als Unterlage für seinen ersten Verteilungsentwurf für das Jahr 1897. Von der Kommission in dieser Form akzeptiert, wurde er erst 1903 von Direktor Münzel in einigen Punkten geändert.¹⁸⁸

- I) Bücher:** A, B, C: nicht mehr als M. 1.200
D, E, F, G: nicht mehr als M. 3.500
H, I, K: nicht mehr als M. 2.800
L, M: nicht mehr als M. 300
N: nicht mehr als M. 2.000
O, P: nicht mehr als M. 2.200
Q, R, S: nicht mehr als M. 3.000

II) Für Zeitschriften aus allen Gebieten:M. 6.500

III) Für dringend notwendige Bücheranschaffungen oder Ergänzungen – Reserve: M. 2.500

Die **Lückenergänzung** beschäftigte selbstverständlich auch die Mitglieder der neuen Kommission und die für die Vermehrung der Bibliotheksfächer verantwortlichen Sachverständigen. Um sich einen Überblick zu verschaffen, aktualisierte man die 1883-1885 erstellten Listen.¹⁸⁹

Die allergrößte Sorge bereiteten, wie immer, die Naturwissenschaften; der Vorschlag, auf Neuanschaffungen zu verzichten, um die ältere Literatur endlich zu komplettieren, führte zu kontroversen Diskussionen innerhalb der Kommission und wurde verworfen. Letztendlich einigte man sich darauf, 40% der für die Naturwissenschaften reservierten Summe für Ergänzungen insbesondere der Zeitschriftenliteratur zu verwenden.¹⁹⁰

¹⁸⁷ Bericht von Bertheau und Wohlwill, in: StAH, 361-5 I, Hochschulwesen I, Reg. Spez. C, Nr. 28, Bd. 2

¹⁸⁸ StAH, 361-5 I, Hochschulwesen I, Reg. Spez. C, Nr. 28, Bd. 3

¹⁸⁹ Auszug aus dem Protokoll der Kommissionssitzung, 28. Januar 1892, in: StAH, 361-5 I, Hochschulwesen I, Reg. Spez. C, Nr. 28, Bd. 2

¹⁹⁰ Auszug aus dem Protokoll der Kommissionssitzung, 19. Mai 1900, in: StAH, 361-5 I, Hochschulwesen I, Reg. Gen. B, Nr. 7

Eine Verbesserung der Situation kündigte sich 1898 an, als die Oberschulbehörde auf Initiative von Werner von Melle die Zuweisung der Zinserträge aus dem Vermögen der Wissenschaftlichen Anstalten zusätzlich zu den regulären Staatsausgaben beantragte.

In seiner Begründung schrieb von Melle:

„Die Summe, die der Stadtbibliothek alljährlich im Staatsbudget zur Verfügung gestellt wird, dient im wesentlichen der Anschaffung neu erscheinender Bücher. Nur ein verhältnismäßig geringer Teil kann zur Ausfüllung früherer Lücken verwandt werden. Diese Lücken aus älterer und neuerer Zeit sind aber nicht unerheblich, was bei der großen Zahl der von der Bibliothek zu berücksichtigenden Wissenschaftsgebiete und den, insbesondere früher, nicht sehr beträchtlichen Anschaffungsmitteln begreiflich erscheint. Es ist daher nicht nur den Intentionen der Geber entsprechend, sondern auch aus sachlichen Gründen dringend wünschenswert, daß die fraglichen Kapitalien, bzw. ihr Zinsertrag (der nach dem Willen vieler der Geber nur in Betracht kommt) jetzt zu einer teilweisen Ausfüllung der erwähnten Lücken verwandt wird.“¹⁹¹

Senat und Bürgerschaft folgten der Begründung und beschieden den Antrag positiv, so dass ab 1900 der Stadtbibliothek die Zinsen von M. 199.867,38 Kapital, d.h. etwa M. 4.500 jährlich zur Verfügung standen.¹⁹²

Als Grundlage für die Verwendung der ersten M. 9.000 des Jahres 1900 und 1901 sollte das 1892 entstandene, aktualisierte und mit Desiderien ergänzte Lückenverzeichnis dienen.¹⁹³ Für die folgenden Jahre war das Konzept einer planmäßigen Ergänzung noch zu erarbeiten, was dem nächsten Bibliotheksdirektor, Robert Münzel, vorbehalten blieb, der auch in den Genuss der ersten Zinsauszahlung kam, die erst 1903 erfolgte.

Der **Dublettenverkauf** ging auch unter Eyssenhardts Amtsleitung weiter, doch schienen einige Pannen passiert zu sein; unvorsichtigerweise wurden Handexemplare von Verfassern oder Exemplare mit Randbemerkungen verkauft, was die Kommission dazu veranlasste, ein Dubletten-Register anlegen zu lassen.¹⁹⁴

Die Versuche der Stadtbibliothek aus dieser Zeit, ihre Sammlung mit einigen **Handschriften** zu bereichern, scheiterten öfter an einer Art Konkurrenzkampf mit dem Staatsarchiv, in dem Eyssenhardt, von Kommission und Behörde alleingelassen, nur unterliegen konnte.

1894 wurden der Stadtbibliothek sieben Briefe der in Hamburg geborenen Sängerin Schröder-Devrient zum Kauf angeboten, die der Direktor mit der Begründung ablehnte, dass sie weder von allgemein historischem noch von speziellem Hamburger Interesse wären. Staatsarchivar Hagedorn, Mitglied der Bibliothekskommission, erwarb daraufhin für M. 20 (3 M. / Stück) die Briefe für das Archiv und schrieb daraufhin an Senator Stammann, den Präses der Oberschulbehörde: die Briefe „haben eine bedeutsame Episode in dem Leben der Künstlerin zum Gegenstande und legen Zeugnis ab vom Adel ihrer Gesinnung. (Sie) erscheinen mir daher wohl wert, aufbewahrt zu werden.“¹⁹⁵

Im Januar 1895 setzte Eyssenhardt von Melle vom Verkauf der Bibliothek des verstorbenen Professors Hamann in Kenntnis mit schon beigefügten Anschaffungsvorschlägen, in denen, wie er erklärte, die handschriftlichen Stücke noch nicht berücksichtigt werden konnten, weil ihr Wert noch nicht festgelegt sei.¹⁹⁶ Zwei Mitglieder der Kommission, Archivar Hagedorn und Pastor Bertheau, übernahmen es, den betreffenden Bücher- und Handschriftenbestand für einen eventuellen Erwerb für die Stadtbibliothek in Augenschein zu nehmen. Inzwischen übergab man die Hamannsche Bibliothek an das Antiquariat Döring, von wo sie dann vom Staatsarchiv gekauft wurde. Großzügig bot Hagedorn der Stadtbibliothek ein Verzeichnis der Druckschriften an, damit sie sich die für ihren Bestand passenden aussuchen könne, allerdings im Austausch von Archiv-Material, „welches mit Rücksicht auf seine Beschaffenheit richtiger einem Archiv zugewiesen, als in einer Bibliothek aufbewahrt wird.“¹⁹⁷ Da von den Hamannschen Handschriften keine Rede mehr war, antwortete Eyssenhardt resigniert: „Indem ich den mir gefälligst zur Verfügung gestellten Katalog der Bibliothek des verstorbenen Pastors Dr. Hamann in der Anlage zurückgebe, beehre ich mich ergebenst zu bemerken, daß die Stadtbibliothek einen erheblichen Theil der in demselben verzeichneten Werke bereits besitzt, und der Rest für uns nicht zur Anschaffung geeignet ist.“¹⁹⁸

¹⁹¹ VON MELLE, Bd. 1, S. 32

¹⁹² Verhandlungen zwischen Senat und Bürgerschaft im Jahre 1898, S. 714

¹⁹³ Auszug aus dem Protokoll der Kommissionssitzung, 18. Mai 1901, in: StAH, 361-5 I, Hochschulwesen I, Reg. Spez. C, Nr. 28b, Bd. 1

¹⁹⁴ Auszug aus dem Protokoll der Kommissionssitzung, 7. März 1893, in: StAH, 361-5 I, Hochschulwesen I, Reg. Gen. B, Nr. 1

¹⁹⁵ Brief von Hagedorn an Stammann, in: StAH, 361-5 I, Hochschulwesen I, Reg. Spez. C, Nr. 29a, Bd. 2

¹⁹⁶ Brief von Eyssenhardt an von Melle, 8. Januar 1895, in: StAH, 361-5 I, Hochschulwesen I, Reg. Spez. C, Nr. 29a, Bd. 2

¹⁹⁷ Brief von Hagedorn an Eyssenhardt, 10. Mai 1897, in: StAH, 361-5 I, Hochschulwesen I, Reg. Spez. C, Nr. 29a, Bd. 2

¹⁹⁸ Brief von Eyssenhardt an Hagedorn, 15. Mai 1897, in: StAH, 361-5 I, Hochschulwesen I, Reg. Spez. C, Nr. 29a, Bd. 2

Im September 1896 beantragte Eyssenhardt die Teilnahme an einer Autographen-Auktion bei Stargard in Berlin, „an deren letzten Tage ... eine Hamburgensie ersten Ranges zum Verkauf kommt“, für die er ein Höchstgebot von 500 M. empfahl. Die Bibliothekskommission hatte über das Mitmachen bei Auktionen zu bestimmen, also gaben die Mitglieder ihre Urteile dazu ab. Archivar Hagedorn meinte, dass die desolade finanzielle Situation der Stadtbibliothek ihr solche Anschaffungen nicht erlaube, außerdem wäre ein Archiv der richtige Ort für die angebotene Hamburgensie, und deshalb habe er, noch bevor ihn Eyssenhardts Antrag erreichte, bereits beim Senat Schritte unternommen, das Manuskript für das Staatsarchiv zu erwerben.¹⁹⁹

In den „Hamburger Nachrichten“ vom 13. Oktober 1896 war zu lesen:

„Das Rechnungsbuch der Kirchen-Musiken in Hamburg, geführt von dem Komponisten K. Ph. Emanuel Bach, dem sogenannten ‚Hamburger Bach‘, seinen Vorgängern und Nachfolgern, das mit seinen vollgeschriebenen hundert Folioseiten einen wichtigen Beitrag zur hamburgischen Musikgeschichte bietet und über öffentliche und private Festlichkeiten und feierliche Handlungen der alten Hansestadt Aufschluß giebt, wurde vom Hamburger Senat für das dortige Stadtarchiv zum Preise von M. 260 angekauft.“²⁰⁰

Glücklos war Eyssenhardt auch, als es ihm 1896 endlich gelang, eine Handschrift zu erstehen, denn es handelte sich dabei um eine Fälschung. Eine Frau Kyrieleis bot ihm von ihrem Mann gefälschte Luther-Autographen zum Kauf an, die geschickt in fünf Bänden verschiedener Auflagen einer Ausgabe des Augustinus verstreut waren. Dass er nicht mehr als 300 M. selbständig ausgeben durfte, wusste die Betrügerin zu erfahren und überließ ihm die Fälschungen für M. 299. Eyssenhardt war nicht der einzige, den das Fälscherpaar, das schließlich in Berlin gefasst und verurteilt wurde, hereingelegt hatte; Opfer gab es auch in anderen Orten Deutschlands, in Italien und in der Schweiz. Trotzdem wurde er von der Kommission scharf kritisiert. Die Konsequenz war, dass er in Zukunft bei Anschaffungen von Handschriften, auch wenn sie weniger als M. 300 kosteten, die Zustimmung der Sachverständigen einzuholen hatte.²⁰¹

Der **Zuwachs** des Bestandes durch Käuferwerbungen ist für diese Zeit kaum zu ermitteln, denn in den Jahresberichten wurden gekaufte und geschenkte Werke zusammen gezählt; im Schnitt waren es ungefähr 6.000 neue Bände im Jahr. Die Anzahl der gehaltenen Zeitschriftentitel stieg von 166 - 1883 auf 395 - 1892; in seinem ersten Jahresbericht 1902 gab Robert Münzel eine Zahl von 448 periodischen Schriften an.²⁰²

Der für **Buchbinderarbeiten** vorgesehene Posten stieg von M. 3.300 für 1882 auf M.10.000 für 1901.²⁰³

Informationen über die **Neuerwerbungen** der Stadtbibliothek und über ihre gesamte Tätigkeit wurden der Öffentlichkeit in den im „Jahrbuch der Hamburgischen Wissenschaftlichen Anstalten“ erscheinenden Jahresberichten präsentiert. Eyssenhardts Berichte waren mehr als sparsam, allzu viele Fakten waren ihnen nicht zu entnehmen, und das fiel umso mehr auf, als alle anderen Wissenschaftlichen Anstalten sehr substantielle Beiträge lieferten. Natürlich zog sich der Bibliotheksdirektor deswegen die Kritik der Bibliothekskommission zu, die er aber zu ignorieren pflegte.²⁰⁴

3.4. Das Bibliothekskartell (1896)

Angesichts der Diskrepanzen zwischen den finanziellen Mitteln der Stadtbibliothek und den Summen, die sich bei der Ermittlung der Bestandslücken herauskristallisierten, war es nur eine Frage der Zeit, bis das Thema des Bibliothekskartells und seiner eventuellen Erweiterung die Verantwortlichen wieder beschäftigen würde. Schon 1885 erstellte die Bibliothekskommission ein Verzeichnis der 46 Hamburger Bibliotheken, um zu prüfen, welche Bestände sich mit denen der Stadtbibliothek überschneiden.

Als erstes wurden die Fachbibliotheken der anderen Wissenschaftlichen Anstalten einer näheren Beobachtung unterzogen, die, obwohl öffentlich zugänglich, vornehmlich für die Mitarbeiter existierten.

¹⁹⁹ StAH, 361-5 I, Hochschulwesen I, Reg. Spez. C, Nr. 29a, Bd. 2

²⁰⁰ ibid.

²⁰¹ ibid.

²⁰² Jahresberichte 1883-1901, in: Jahrbuch der Hamburgischen Wissenschaftlichen Anstalten, 1884-1902

²⁰³ StAH, 361-5 I, Hochschulwesen I, Reg. Spez., Nr. 21, Bd. 1-3

²⁰⁴ StAH, 361-5 I, Hochschulwesen I, Reg. Spez. C, Nr. 19

Die Oberschulbehörde entschied, dass zwischen der Stadtbibliothek und den Anstaltsbibliotheken „Doppelanschaffungen fernerhin thunlichst vermieden“ werden sollten und „Verzeichnisse der Büchersammlungen der genannten Anstalten auf der Stadtbibliothek zu Jedermanns Einsicht“ auszuliegen hätten.²⁰⁵

In einer Kommissionssitzung im Dezember 1894 wurde moniert, die Stadtbibliothek schaffe Werke über neuere Geschichte an, obwohl diese nach den Kartellbestimmungen von 1849 von der Commerzbibliothek gesammelt würden. Als Eyssenhardt dazu bemerkte: „das Cartel sei indeß veraltet und in mehreren Punkten thatsächlich aufgehoben; eine Bibliothek wie die Stadtbibliothek dürfe auf die Anschaffung von Werken über die neuere politische Geschichte nicht verzichten“, beschloss die Kommission, sich für das Wiederinkrafttreten des Kartells einzusetzen und die Erste Sektion um ihre Zustimmung zu bitten.²⁰⁶ Die Behörde ging sogar noch weiter; sie erachtete es für wünschenswert, das Kartell auch auf Bibliotheken auszudehnen, die erst nach 1849 gegründet wurden.²⁰⁷

Mit viel Eifer nahm man die Verhandlungen zunächst mit jenen Bibliotheken auf, die bereits dem Kartell angehörten, mit der Commerzbibliothek, mit der Bibliothek der Patriotischen Gesellschaft, mit dem Juristischen Lesezimmer und mit der Bibliothek des Ärztlichen Vereins, um festzustellen, inwiefern man die Kartellvereinbarungen zur Vermeidung von Doppelanschaffungen noch einhielt.

Die Commerzbibliothek und die Stadtbibliothek hielten sich im wesentlichen an die ihnen zugewiesenen Fächer mit der Ausnahme der politischen Geschichte, die beide Bibliotheken sammelten, obwohl sie im Kartell der Commerzbibliothek zugeteilt war.

(Zur Erinnerung: § 3. „Politische Geschichte (I). Die Commerzbibliothek übernimmt die Handelsgeschichte, die Geschichte der deutschen Städte, der Kolonien und selbständigen außereuropäischen Staaten und von 1648 (für England von 1625“) an die wichtigeren, insbesondere quellenmäßigen Werke für die Geschichte sowohl des inneren Staatenlebens, als der internationalen Verhältnisse der Hauptstaaten Europas.“)

Eyssenhardt vertrat seine Meinung, dass die Handelsgeschichte, die Geschichte der Kolonien und der außereuropäischen Staaten der Commerzbibliothek überlassen bleiben konnten, dass aber Werke der europäischen Geschichte ohne jede zeitliche oder inhaltliche Einschränkung, die ohnehin so gut wie unmöglich einzuhalten waren, auch in die Stadtbibliothek gehörten und nicht nur Handbücher und Nachschlagewerke, zumal die Commerzbibliothek dieses Fach nur in „letzter Linie“ pflegte, wenn es ihre Geldmittel zuließen. Er plädierte für die Streichung des Passus aus den Kartellvereinbarungen und für die völlige Entscheidungsfreiheit der Bibliotheken. Seine Ansicht wurde nicht ganz akzeptiert; man stand der Stadtbibliothek lediglich die Anschaffung von historischen Schriften von Interesse für das breite Publikum auch für die Zeit nach 1648 zu, die Sammlung der für einen kleineren Kreis von Geschichtsforschern bestimmten Quellenwerke und Monographien jedoch blieb weiterhin nach den in § 3 angegebenen Zeitgrenzen zwischen Stadtbibliothek und Commerzbibliothek aufgeteilt.²⁰⁸

Eyssenhardt fand sich in seiner Anschauung bestätigt, als in einem am 1. Juli 1899 im „Hamburgischen Correspondenten“ erschienenen Artikel genau diese Aufteilung kritisiert wurde:

„Die Stadtbibliothek ...ist verurtheilt, für gewisse Gebiete, z.B. das wichtigste Gebiet: die Geschichte, alsbald zu einer für das Publikum unbrauchbaren Anstalt herabzusinken. Man höre und staune, die Oberschulbehörde hat verfügt, daß die Stadtbibliothek Anschaffungen auf dem Gebiet der Geschichte nur bis zur Zeit vor dem 30jährigen Kriege machen darf. „Die Werke aus der Zeit nach dem 30jährigen Kriege würden von der Commerz-Bibliothek beschafft!“

Die große Stadt Hamburg kann es sich also in ihrer einzigen öffentlichen Bibliothek nicht leisten, das Gesamtgebiet der Geschichte auf der Höhe zu halten, nein, sie ist gezwungen, die ganze neuere und neueste Geschichte einer Bibliothek zu überlassen, die privater Natur ist, die der Handelskammer untersteht und nur über bescheidene Mittel verfügt, die es ihr nicht gestatten, viel mehr als die bedeutendsten neuen Werke zu beschaffen – weil es naturgemäß ihre Hauptaufgabe ist, geographische und volkswirtschaftliche Werke in möglichster Vollzähligkeit zu leisten.

Soll die Stadtbibliothek nicht eine Raritätenanstalt alter Geschichtswerke werden, sondern fernlich den Bedürfnissen des lesenden Publikums dienen, so ist es dringend erforderlich, daß die Verfügung aufgehoben werde.“²⁰⁹

Aufgeschreckt verlangte die Oberschulbehörde eine Erklärung von der Bibliothekskommission. Diese verwies auf die von der Behörde mitbefürworteten Kartellbestimmungen, wollte sich aber noch einmal

²⁰⁵ Auszug aus dem Protokoll der Sitzung der 1. Sektion, 17. November 1892, in: StAH, 361-5 I, Hochschulwesen I, Reg. Spez. C, Nr. 30

²⁰⁶ Auszug aus dem Protokoll der 1. Sektion, 6. Dezember 1894, in: StAH, 361-5 I, Hochschulwesen I, Reg. Spez. C, Nr. 30

²⁰⁷ Auszug aus dem Protokoll der Sitzung der 1. Sektion, 3. Januar 1895, in: StAH, 361-5 I, Hochschulwesen I, Reg. Spez. C, Nr. 30

²⁰⁸ Auszug aus dem Protokoll der Kommissionssitzung, Kartell mit der Commerzbibliothek, Beschluss vom 26. Februar 1895, in: StAH, 361-5 I, Hochschulwesen I, Reg. Spez., C, Nr. 30

²⁰⁹ StAH, 361-5 I, Hochschulwesen I, Reg. Spez., C, Nr. 30

der Sache annehmen.²¹⁰ Mit der Untersuchung betraute man ausgerechnet Dr. Hagedorn, dem die Teilung der Fächer nie weit genug gegangen war. In seinem späteren Bericht kam er zu dem Schluss, dass die finanziellen Mittel der Stadtbibliothek die Einhaltung der Kartellbestimmungen erzwingen, und schlug für den § 3 lediglich eine etwas weiter gefasste Formulierung vor:

„*Politische Geschichte* (I). Die Commerz-Bibliothek übernimmt die Handelsgeschichte, die Geschichte der Kolonien und außereuropäischen Staaten und von 1648, für England von 1625, an die wichtigeren Darstellungen und Quellschriften für die innere und äußere Geschichte der Hauptstaaten Europas. Der Stadtbibliothek bleibt es unbenommen, für die neuere Geschichte der europäischen Staaten seit 1648 bzw. 1625 neben Handbüchern, Nachschlagewerken und dergleichen einen allgemeinen Überblick gewährenden Werken auch die wichtigsten darstellenden Werke von allgemeinem Interesse anzuschaffen. Von der Anschaffung auf diesem Gebiete seitens der Stadtbibliothek sind demnach alle Quellenpublikationen und die nur für die Spezialforschung in Betracht kommenden Einzeldarstellungen mit Einschluss der gesamten Memoirenliteratur ausgeschlossen.“²¹¹

Trotz der Einwände des Bibliotheksdirektors blieb man bei dieser Bestimmung,²¹² der schließlich auch die Oberschulbehörde zustimmte.

Die praktische Durchführung der Vermeidung von Doppelanschaffungen setzte ständige Rückfragen der Bibliotheksvorsteher voraus, vor allem in zweifelhaften Fällen.

Mit der Bibliothek der Patriotischen Gesellschaft, die hauptsächlich bildende Kunst und Technik sammelte, vereinbarte man, sich vorrangig über Anschaffungen auf dem Gebiet der Kunst des Altertums zu verständigen, bei denen es möglicherweise zu Überschneidungen mit der Stadtbibliothek hätte kommen können. Obwohl die Bibliothek der Patriotischen Gesellschaft nicht ganz öffentlich war, denn sie durfte nur auf Empfehlung eines Vereinsmitgliedes benutzt werden, zögerte die Bibliothekskommission nicht, diesen Bestand bei den Neuanschaffungen für die Stadtbibliothek mitberücksichtigen zu wollen. Die Patriotische Gesellschaft übernahm es, ihrerseits mit dem Museum für Kunst und Gewerbe und der Kunsthalle in Verbindung zu treten, um Maßnahmen zur Vermeidung von Doppelanschaffungen auch mit diesen Einrichtungen zu vereinbaren.²¹³

Weil zwischen den Fächern der Stadtbibliothek und jenen der Bibliothek des Ärztlichen Vereins, die bereits eigene Anschaffungsabsprachen mit dem Medizinischen Kollegium hatte, keine Überschneidungen zu befürchten waren, brauchten auch keine weiteren Maßnahmen erdacht zu werden.²¹⁴

Genauso wenig brauchte man Überlappungen mit dem Juristischen Lesezimmer zu befürchten, denn die Stadtbibliothek schaffte so gut wie keine juristische Literatur an; trotzdem wurde ein Exemplar des gedruckten Katalogs des Lesezimmers für die Stadtbibliothek erbeten,²¹⁵ wahrscheinlich als Informationsinstrument für die Leser.

Weil die Gefahr der Überschneidungen und Doppelanschaffungen zwischen der Stadtbibliothek und der Commerzbibliothek - bedingt durch ihre Fächerkonstellation - am größten war, wollte man es nicht bei den üblichen Rückfragen belassen, sondern beschloss, einen gemeinsamen Zettelkatalog der Anschaffungen aus den Gebieten der jeweils anderen Bibliothek anzulegen.²¹⁶

Die gegenseitige Nachfrage bei zweifelhaften Neuerwerbungen wurde auch mit der Bibliothek der Gelehrtenschule des Johanneums verabredet, die 1895 ca. 22.000 Bände über Geschichte, Kultur- und Literaturgeschichte, Geographie und klassische Philologie umfasste. Auch eine Abschrift dieses Katalogs kam in die Stadtbibliothek.²¹⁷

²¹⁰ Auszug aus dem Protokoll der Sitzung der 1. Sektion, 4. Juli 1899, in: StAH, 361-5 I, Hochschulwesen I, Reg. Gen. B, Nr. 7

²¹¹ Bericht von Hagedorn, 12. April 1899, in: StAH, 361-5 I, Hochschulwesen I, Reg. Spez. C, Nr. 30

²¹² Auszug aus dem Protokoll der Kommissionssitzung, 10. Juni 1902, in: StAH, 361-5 I, Hochschulwesen I, Reg. Spez. C, Nr. 30

²¹³ Auszug aus dem Protokoll der Kommissionssitzung, 28. Januar 1896, in: StAH, 361-5 I, Hochschulwesen I, Reg. Spez. C, Nr. 30

²¹⁴ *ibid.*

²¹⁵ Auszug aus dem Protokoll der Kommissionssitzung, 14. Januar 1896, in: StAH, 361-5 I, Hochschulwesen I, Reg. Spez. C, Nr. 30

²¹⁶ Auszug aus dem Protokoll der Kommissionssitzung, 26. Februar 1895, in: StAH, 361-5 I, Hochschulwesen I, Reg. Spez. C, Nr. 30

²¹⁷ *ibid.*

3.5. Bestandsvermehrung durch Tausch

Die über Tausch erworbenen Publikationen wurden von Eyssenhardt nicht gezählt, er erwähnte in seinen Jahresberichten lediglich, dass die Stadtbibliothek mit 145 Instituten im Schriftentausch stand, denen sie seit 1883 auch das „Jahrbuch der Hamburgischen Wissenschaftlichen Anstalten“ anbot.

Im Jahre 1884 traf die Oberschulbehörde mit dem Naturwissenschaftlichen Verein eine Vereinbarung, die vorsah, dass all die wissenschaftlichen Gegenstände, die der Verein erwarb, an die Museen des Hamburgischen Staates, alle naturwissenschaftlichen Werke an die Stadtbibliothek gehen sollen. Der Staat verpflichtete sich im Gegenzug, passende Versammlungsräume zur Verfügung zu stellen, und ermöglichte den Vereinsmitgliedern eine bevorzugte Benutzung der öffentlichen Sammlungen. So mussten die der Stadtbibliothek überlassenen Werke spätestens vier Wochen nach ihrer Abgabe für Vereinsmitglieder zur Ausleihe bereitgestellt sein.

Weil der Naturwissenschaftliche Verein eigene Tauschbeziehungen unterhielt, die auch nach dem Vertragsabschluß mit der Oberschulbehörde weitergeführt wurden, konnte auch die Stadtbibliothek davon profitieren.²¹⁸

3.6. Bestandsvermehrung durch Geschenk²¹⁹

Sehr üppig war der Fluss der Geschenke in der Amtszeit von Franz Eyssenhardt nicht. Es kamen die bei großen Bibliotheken üblichen Zuwendungen von *Fürsten* und *Regierungen*, von *Akademien* und *wissenschaftlichen Gesellschaften*. Auch der *Senat* leitete selbstverständlich die von ihm erhaltenen Werke an die Stadtbibliothek weiter.

Erwähnenswert aus dieser Zeit ist die von *Senator Rapp* 1888 hinterlassene Bibliothek, von der zuerst 3.000 Bände geliefert wurden. Die restlichen übergab 1904 Dr. Strebel, der auf sein lebenslanges Nutzungsrecht verzichtete. Die in Mexiko erworbene Sammlung war eine bedeutende Quelle für die Erforschung der Sprache und der Geschichte des alten Mexiko.

Eine etwa 200 Bände umfassende Sammlung über Geographie, Geschichte und Statistik Argentiniens schenkte 1890 ein *Konsul der Argentinischen Republik*.

1889 hinterließ *Bürgermeister Kirchenpauer* 600 Bände, 1892 kamen um die 600 Bände aus der Sammlung des früher bereits erwähnten Musikdirektors *G. D. Otten*.

Im Jahr 1888 bekam die Stadtbibliothek ein Geschenk, das zu den wertvollsten zählt, die sie je erhielt. Es ist das Testament Ludwig van Beethovens, das sogenannte Heiligenstädter Testament.

Die Averhoffsche Stiftung erwies sich auch unter dieser Direktion spendabel und überwies 1888 M. 1.500 zur Ergänzung der arabischen Literatur, ein Jahr später M. 200 zur Anschaffung des Faksimile des „Code Vaticanus“ Gr. 1209. Eine weitere Geldspende von M. 2.500 zur Anschaffung religionswissenschaftlicher Werke kam 1890 von *Dr. Schleiden*, der auch etwa 200 Bände seiner Büchersammlung der Bibliothek vermachte.

Die Altbestände der Stadtbibliothek, vor allem die Handschriften, waren oft das Objekt wissenschaftlicher Untersuchungen. Die daraus entstandenen Publikationen wurden zwar in den Jahresberichten erwähnt, die Bibliothek kam aber nicht immer in den Genuss von Belegexemplaren. Daher beschloss man 1884, „Vorkehrungen zu treffen, daß demjenigen, welcher der Stadtbibliothek gehörige ältere Drucke oder handschriftliche Werke ganz oder auszugsweise zu veröffentlichen beabsichtigt, zur Bedingung gemacht werde, der Bibliothek mindestens ein Exemplar der Publication zum Geschenke zu machen, in welcher er das entliehene Werk ganz oder theilweise reproducirt.“²²⁰

3.7. Pflichtablieferung

Genau wie seine Vorgänger schickte auch Direktor Eyssenhardt Aufforderungsschreiben an die Hamburger Drucker und Verleger, um sie an die Ablieferung ihrer Werke an die Stadtbibliothek zu erinnern. Das Ergebnis war nicht ermutigender als in früheren Zeiten.²²¹

²¹⁸ StAH, 361-5 I, Hochschulwesen I, Reg. Gen. B, Nr. 7

²¹⁹ Die Angaben stammen aus den Jahresberichten 1883-1901, in: Jahrbuch der Hamburgischen Wissenschaftlichen Anstalten, 1884-1902.

²²⁰ Auszug aus dem Protokoll der Kommissionssitzung, 3. Mai 1884, in: StAH, 361-5 I, Hochschulwesen I, Reg. Gen. B 7, Bl. 11

²²¹ Auszug aus dem Protokoll der Kommissionssitzung, 3. Mai 1884, in: StAH, 361-5 I, Hochschulwesen I, Reg. Spez. C, Nr. 45a, Bd. 1, Bl. 2

Einer Forderung der Bibliothekskommission vom 8. Juli 1884 folgend, wandte er sich erneut an „die hiesigen Buchhändler und Buchdrucker“, um sie „durch ein offenes Schreiben an die in § 12 der revidierten Gesetze vom 1. März 1844 enthaltenen Vorschriften zu erinnern“ und sie „zur Ablieferung je eines Exemplars aller hieselbst gedruckten und verlegten Schriften an die Stadtbibliothek aufzufordern.“²²²

Der Verlagsbuchhändler Ludwig Friederichsen zweifelte die Rechtmäßigkeit von Eyssenhardts Forderung und damit auch die der Behörde an,²²³ worin er durch ein juristisches Gutachten bestärkt wurde;²²⁴ auch beschwerte er sich beim Präses der Oberschulbehörde, Bürgermeister Kirchenpauer, über die Direktion der Stadtbibliothek, die ihn auf seine Anfrage nach möglichen Geschäftsbeziehungen mit dem etwas merkwürdigen Argument abspeiste, seine Spezialität (Anthropologie, Ethnographie, Astronomie, Meteorologie, naturwissenschaftliche Literatur allgemein) passe nicht zu den von der Bibliothek gesammelten Fächern.

Auch der Verleger Ernst Maass, Inhaber der 1882 von Leipzig nach Hamburg übergesiedelten Verlagshandlung Leopold Voss, war nicht gut auf die Leitung der Stadtbibliothek zu sprechen. Seine Büchersendungen wurden weder bestätigt, noch bedankte man sich dafür; im Gegenteil, der insistierende Verleger wurde mit einer Aufforderung zur Ablieferung nach den „gesetzlichen Bestimmungen“ brüskiert. Als er Näheres über die erwähnten „gesetzlichen Bestimmungen“ erfahren wollte, verwies man ihn auf den Präses und drohte mit „weiteren Schritten“. Konsterniert beschwerte sich Maass bei Bürgermeister Kirchenpauer über Eyssenhardts Schreiben, „welches ... meines Erachtens ... nicht in die Form gekleidet war, welche der Vorstand eines Instituts demjenigen gegenüber zu wahren hat, welcher ausdrücklich betont, nach seinen Kräften zur Mehrung desselben beitragen zu wollen.“²²⁵

Der Hamburg-Altonaer Buchhändler-Verein konnte als Vertreter der Zunft bei dem sich anbahnenden Konflikt nicht tatenlos zusehen und verlangte ebenfalls nach Erklärungen über die „gesetzlichen Bestimmungen.“²²⁶

In dieser schon reichlich aufgeheizten Atmosphäre beschloss die Oberschulbehörde am 18. März 1885, gegen den standhaft Freixemplare verweigernden Verleger Friederichsen zu klagen, und beauftragte damit die Kanzlei Stammann, Nolte & Schroeder.²²⁷

Natürlich hatte sie juristische Gutachten erstellen lassen, von denen manche vom Prozess abrieten.²²⁸

Der ehemalige Bibliotheksdirektor Meyer Isler riet ebenfalls davon ab. Von seinem Kollegen um Rat gefragt, wies er darauf hin, dass sich in § 12 der revidierten Gesetze („Die Bibliothekare haben darüber zu wachen, dass, bestehenden Verfügungen und Vereinbarungen gemäß, von allen hieselbst gedruckten oder verlegten Schriften und Büchern ein Exemplar an die Stadtbibliothek abgeliefert werde ...“)²²⁹ die Formulierung „die bestehenden Verfügungen“ auf die Drucker, das Wort „Vereinbarungen“ auf die Buchhändler und Verleger bezog und dass „die Anwendbarkeit des (Ablieferungs-)Gesetzes auf (die Verleger) immer bezweifelt“ wurde.²³⁰ Daher beschloss man, Islers Meinung „von den Acten auszuschließen“, ²³¹ denn sie hätte die Position der Oberschulbehörde nicht gerade gestärkt.

Der Verlauf und der Ausgang des Prozesses sind in einer Aktennotiz vom Dezember 1885 zusammengefasst:

„Das hiesige Landgericht verurtheilte am 13. Juni 1885 die beklagte Verlagshandlung, dagegen hob das Oberlandesgericht am 18. Dec. 1885 das Urtheil wieder auf und wies die Klage der Oberschulbehörde ab, hauptsächlich aus dem Grunde, weil in Art. 6. der Revidirten Buchdruckerordnung von 1712 und dem Art. 32 des Hauptrecesses von 1712 nur die Gratislieferung von allen in Hamburg gedruckten Schriften u. Büchern angeordnet sei. Durch diese Bestimmung werde *nur den hiesigen Druckern, nicht den hiesigen Verlegern* eine Verpflichtung zur Lieferung von Pflichtexemplaren an die Stadtbibliothek auferlegt. Ob diese Verpflichtung gegen die Buchdrucker gegenwärtig noch geltend gemacht werden könne, sei dem vorliegenden Rechtsberichte nicht zu entnehmen.“²³²

²²² Auszug aus dem Protokoll der Kommissionssitzung, 8. Juli 1884, in: StAH, 361-5 I, Hochschulwesen I, Reg. Spez. C, Nr. 45s, Bd. 1, Bl. 4

²²³ Brief von Friederichsen an Kirchenpauer, 23. Juni 1884, in: StAH, 361-5 I, Hochschulwesen I, Reg. Spez. C, Nr. 45a, Bd. 1, Bl. 4

²²⁴ Sind die Hamburgischen Verleger zur Gratisablieferung von Pflichtexemplaren an die Stadtbibliothek verpflichtet?

Gutachten des Anwalts J. Seebloom, 28. Juli 1884, in: StAH, 361-5 I, Hochschulwesen I, Reg. Spez. C, Nr. 45a, Bd. 1, Bl. 6

²²⁵ Brief von Maass an Kirchenpauer, 19. Juni 1885, in: StAH, 361-5 I, Hochschulwesen I, Reg. Spez. C, Nr. 45a, Bd. 1, Bl. 4

²²⁶ Brief des Buchhändler-Vereins an Eyssenhardt, 13. Februar 1885, in: StAH, 361-5 I, Hochschulwesen I, Reg. Spez. C, Nr. 45a, Bd. 1, Bl. 4

²²⁷ StAH, 361-5 I, Hochschulwesen I, Reg. Spez. C, Nr. 45a, Bd. 1, Bl. 31

²²⁸ *ibid.*, Bl. 11

²²⁹ StAH, 361-5 I, Hochschulwesen I, Reg. Gen. B, Nr. 3

²³⁰ Brief von Isler an Eyssenhardt, 16. Januar 1885, in: StAH, 361-5 I, Hochschulwesen I, Reg. Spez. C, Nr. 45a, Bd. 1, Bl. 16

²³¹ Auszug aus dem Protokoll der Sitzung der 1. Sektion, 28. Februar 1885, in: StAH, 361-5 I, Hochschulwesen I, Reg. Spez., C, Nr. 45a, Bd. 1, Bl. 28

²³² StAH, 361-5 I, Hochschulwesen I, Reg. Gen. B, Nr. 8, Bl. 1

Nach dieser Niederlage hätte man eigentlich ein eindeutiges Pflichtexemplargesetz erwartet. Stattdessen wagte es die völlig verunsicherte Oberschulbehörde nicht einmal mehr, Gratisexemplare von den Buchdruckern einzufordern. Mit dem Hamburg-Altonaer Buchhändler-Verein trat sie in Verhandlungen, um von den Verlegern eine freiwillige Ablieferung ihrer Werke zu erreichen.²³³

Ausgerechnet Ernst Maass und Ludwig Friederichsen verfassten das Rundschreiben an ihre Kollegen, um „der Oberschulbehörde den Beweis (zu) liefern ..., daß die Hamburger Verleger gern bereit sind, ihren Kräften entsprechende Opfer gemeinnützigen Bestrebungen gegenüber zu bringen“; in dem Brief wurde gebeten, „von Ihren zukünftigen Verlagsartikeln der Stadtbibliothek nach Erscheinen je ein Exemplar gratis, soweit die Verhältnisse dies gestatten, übersenden zu wollen.“²³⁴

Der gedemütigte Direktor Eyssenhardt, der so sehr zum Prozess gedrängt hatte und nun nicht einmal an den Verhandlungen mit den Buchhändlern teilnehmen durfte, bekam den Auftrag, die praktische Durchführung dieser so überraschenden und großzügigen Vereinbarung zu überwachen, indem er „die hiesigen Buchhandlungen einmal jährlich um Ablieferung eines Exemplars der bei ihnen erschienenen Werke“ ersuchte, „die Empfangnahme des Eingangs“ besorgte, „die Vollständigkeit desselben durch Vergleichung mit den betreffenden Verzeichnissen“ feststellte und „auch den jedesmaligen Eingang durch Empfangsbescheinigung dankend“ bestätigte.²³⁵

Leider musste er in den ersten zwei Jahren feststellen, dass die Verlage der freiwillig eingegangenen Ablieferungsverpflichtung nicht so richtig nachkamen: 1886 wurden von 187 erschienenen Publikationen lediglich 51 abgegeben; 1887 empfing die Bibliothek von 280 erschienenen Verlagsartikeln 76.²³⁶

Der Entschluss, die Verleger durch den Präses der Oberschulbehörde statt durch den Direktor der Stadtbibliothek zur Abgabe ihrer Schriften aufzufordern, brachte einen kleinen Erfolg. Den lapidaren Angaben Eyssenhardts in seinen Jahresberichten ist zu entnehmen, dass 1889 von 316 erschienenen Werken 107 an die Stadtbibliothek abgegeben wurden; 1890 wurden von 264 erschienenen Werken 241 abgeliefert; 1891 sind 372 Werke in Hamburg erschienen, davon 214 abgegeben; 1892 waren von 215 erschienenen 140 abgeliefert worden; 1893 war das Verhältnis 335 erschienene Schriften zu 207 abgelieferten. Mit dem Jahresbericht 1895 bricht die Zählung der von Verlagen abgelieferten Werke ab.²³⁷

Auch wiederholte Gespräche mit dem Buchhändler-Verein konnten das Unterfangen nicht mehr beleben. In der Ersten Sektion fasste man den Entschluss, „bis auf Weiters von der Einforderung der sogenannten Pflichtexemplare Abstand zu nehmen.“ Trotzdem erstellte Eyssenhardt auf Wunsch der Bibliothekskommission die Verzeichnisse der abzuliefernden Schriften weiter.²³⁸

In den folgenden Jahresberichten (1896-1902) wurden keine von den Hamburger Verlagen abgegebenen Publikationen mehr erwähnt, so dass die resignierte Reaktion der Bibliothekskommission verständlich ist:

„Nach den bisher gemachten Erfahrungen erscheint es ... aussichtslos, zur Zeit eine Änderung in diesem Verhalten der Verleger herbeizuführen. Unter solchen Verhältnissen wird beschlossen, auf die Einreichung des jährlichen Verzeichnisses über die nicht gelieferten Pflichtexemplare Seitens der Stadtbibliothek für die Zukunft zu verzichten.“²³⁹

3.8. Zusammenfassung

Franz Eyssenhardts Amtszeit war keine besonders gute Zeit für die Stadtbibliothek. Die Bibliothekskommission wurde wiederbelebt und mit weitaus mehr Kompetenzen ausgestattet als jene von 1844; zusammen mit den Sachverständigen war sie nicht nur für die Bestandsvermehrung zuständig, sondern auch Kontrollorgan für die Bibliotheksverwaltung, was nicht unbedingt für klare Verhältnisse sorgte.

Auch das Bibliothekskartell wurde erneuert, und man versuchte, weitaus mehr Bibliotheken miteinzubeziehen, als ursprünglich vorgesehen. Man kann sich des Eindrucks nicht erwehren, dass

²³³ Auszug aus dem Protokoll der Sitzung der 1. Sektion, 23. Februar 1886, in: StAH, 361-5 I, Hochschulwesen I, Reg. Spez. C, Nr. 45a, Bd. 1, Bl. 41

²³⁴ Rundschreiben an alle Buchhändler Hamburgs, April 1886, in: StAH, 361-5 I, Hochschulwesen I, Reg. Spez. C, Nr. 45a, Bd. 1, Bl. 44

²³⁵ Auszug aus dem Protokoll der Sitzung der 1. Sektion, 20. Mai 1886, in: StAH, 361-5 I, Hochschulwesen I, Reg. Gen. B, Nr. 8, Bl. 2

²³⁶ Jahresberichte 1883-1901, in: Jahrbuch der Hamburgischen Wissenschaftlichen Anstalten, 1884-1902

²³⁷ *ibid.*

²³⁸ Auszug aus dem Protokoll der Sitzung der 1. Sektion, 10. Dezember 1895, in: StAH, 361-5 I, Hochschulwesen I, Reg. Spez. C, Nr. 45a, Bd. 3

²³⁹ Auszug aus dem Protokoll der Kommissionssitzung, 18. Mai 1901, in: StAH, 361-5 I, Hochschulwesen I, Reg. Spez. C, Nr. 45a, Bd. 3

sich der Staat immer mehr aus der Verantwortung verabschieden wollte, die Bürger mit wissenschaftlicher Literatur zu versorgen, um diese Verantwortung privaten und halbprivaten Einrichtungen zu überlassen.

Nachdem die Abgabepflicht von Freiemplaren an die Stadtbibliothek vom Gericht für null und nichtig erklärt wurde, kam kein Pflichtexemplargesetz zustande, sondern nur der Versuch, sich wieder einmal mit den Buchhändlern zu arrangieren.

Die Zeit von 1883 bis 1901 war für die Stadtbibliothek eine Periode von chaotischen Verhältnissen und fehlender Weitsicht. Es stellt sich die Frage, ob Eyssenhardt tatsächlich von seiner Aufgabe überfordert war? Am Anfang hat er sicherlich die allgemeine Situation und seine finanziellen Möglichkeiten verkannt. Später aber, sprach man ihm einfach jede Entscheidungskompetenz und Unterstützung ab, so dass es zwischen ihm und der Bibliothekskommission nur noch böses Blut gab. Leider war keiner der Beteiligten in der Lage, Maßnahmen zum Wohle der Bibliothek einzuleiten, die die große Verliererin dieser zwanzig Jahre war.

4. Erwerbungspolitik 1902 – 1921

4.1. Wissenschaftliche Anstalten und Allgemeines Vorlesungswesen

Am Ende des 19. und zu Beginn des 20. Jahrhunderts hatte Hamburg trotz einer fehlenden Universität ein reges wissenschaftliches Leben, in dem die Wissenschaftlichen Anstalten und das Allgemeine Vorlesungswesen einen zentralen Platz einnahmen. Die öffentlichen Vorlesungen erfreuten sich großen Zulaufs und wurden immer zahlreicher. Man achtete darauf, dass sie alle Wissensgebiete abdeckten, dass aufeinander aufbauende Vorlesungen und praktische Übungskurse angeboten wurden, die sich regelmäßig wiederholten, und dass man auch die Fortbildungsbedürfnisse der Lehrer berücksichtigte.²⁴⁰

Der Ausbau des Vorlesungswesens machte die Errichtung eines Forums notwendig, das sich um seine Belange kümmerte und seine Interessen bei der Oberschulbehörde vertrat. Dieses Forum war der Professorenkonvent, dessen Bildung im „Gesetz betreffend die Wissenschaftlichen Anstalten“²⁴¹ vom 11. Oktober 1901 beschlossen wurde. Ihm gehörten sowohl die Direktoren der Wissenschaftlichen Anstalten als auch die „zum Halten von Vorlesungen festangestellten Gelehrten“ an, die zusammen jährlich einen Vorsitzenden aus ihrer Mitte wählten. (§ 5)

Der Professorenkonvent hatte die Aufgabe, der Oberschulbehörde Bericht über die Aktivitäten der Wissenschaftlichen Anstalten zu erstatten, den Plan der Vorlesungen aufzustellen und das „Jahrbuch der Wissenschaftlichen Anstalten“ herauszugeben. Außerdem konnte er selbständige Anträge an die Oberschulbehörde richten, wenn es um die Wissenschaftlichen Anstalten oder im allgemeinen um die „Förderung der Wissenschaft und Kunst in Hamburg“ (§ 6) ging.

Eine wichtige Rolle - nicht nur in der Entwicklung des Allgemeinen Vorlesungswesens, sondern in der damaligen geistig-politischen Szene Hamburgs überhaupt - spielte der bereits im Zusammenhang mit der Bibliothekskommission erwähnte Werner von Melle (1853-1937). Von Haus aus Jurist, verfolgte er während seines gesamten politischen Lebens - ob als Syndikus, als Senator oder später als Bürgermeister - ein einziges Ziel: die Gründung einer Hamburger Universität. „Seine Politik ging dahin, Stein auf Stein zu schichten, bis der Bau so weit gewachsen wäre, von selbst die Vollendung nötig zu machen.“²⁴²

Ein bedeutender Schritt in Richtung Universität war die Gründung der „Wissenschaftlichen Stiftung“, die - unabhängig von Staatsfinanzen - „mit ihren Mitteln der Förderung des wissenschaftlichen Lebens dienen“ sollte, „insbesondere durch Berufung von Gelehrten und durch Ermöglichung von Forschungsreisen und Forschungsarbeiten größeren Umfangs.“²⁴³

Auch die von der Wissenschaftlichen Stiftung verpflichteten Gelehrten konnten ständige Professuren innehaben und gehörten ebenfalls dem Professorenkonvent an. Durch sie stieg die Anzahl der angebotenen Vorlesungen noch mehr an, so dass die Errichtung eines Vorlesungsgebäudes immer dringlicher wurde. 1907 erklärte sich der Kaufmann Edmund Siemers, ein Mitbegründer der Wissenschaftlichen Stiftung, bereit, den Bau zu finanzieren, allerdings unter der Bedingung, dass er an zentraler Stelle zwischen Moorweide und Grindelallee errichtet würde mit genügend Platz für Erweiterungsbauten und dass der Staat für Heizung, Beleuchtung und Erhaltung des Gebäudes Sorge

²⁴⁰ SCHREIBER, S. 63

²⁴¹ StAH, 361-5 I, Hochschulwesen I, Reg. Spez. C, Nr. 3, Bd. 2

²⁴² SCHIEFLER, S. 73

²⁴³ ibid., S. 360

trage. Senat und Bürgerschaft waren einverstanden, und 1911 konnte das neue Vorlesungsgebäude eingeweiht werden.

„Einen neuen Schritt auf dem Weg zur Hochschule bedeutete die Gründung des Kolonialinstituts“²⁴⁴ im Jahre 1908. Das Kolonialinstitut hatte eine doppelte Aufgabe zu erfüllen: einerseits bildete es die Kolonialbeamten aus und bereitete sie für ihren Einsatz in Übersee vor, andererseits sollte damit eine zentrale Stelle für alle die Kolonien betreffenden Forschungen geschaffen werden.²⁴⁵

Die Professoren des Kolonialinstituts bildeten den Professorenrat, der mit dem Professorenkonvent der Wissenschaftlichen Anstalten in enger Verbindung stand, genauso wie das Kolonialinstitut und das Allgemeine Vorlesungswesen, die sich gegenseitig ergänzten. Beide Einrichtungen wurden immer weiter ausgebaut, so dass sie 1911/12 zusammen 395 Vorlesungen anboten, gehalten von 203 Dozenten auf den Gebieten der Theologie, der Missionskunde, der Rechtswissenschaft, der Kolonialpolitik, der Volkswirtschaftslehre, der Medizin und der Hygiene, der Literatur und der Sprachwissenschaft, der Anthropologie, der Geographie, der Mathematik, der Physik und der Chemie.²⁴⁶

Angesichts dieser Masse von Lehrveranstaltungen hielten die Universitätsbefürworter, unter ihnen auch Werner von Melle, die Zeit für gekommen, um endlich die Universität ins Leben zu rufen. Am 20. Dezember 1912 stellte der Senat einen Antrag an die Bürgerschaft *„betreffend den Ausbau des Kolonialinstituts und des Allgemeinen Vorlesungswesens zu einer Universität“*, die eine philosophisch-naturwissenschaftliche, eine juristische und eine kolonialwissenschaftliche Fakultät umfassen sollte. In diesem Antrag ist auch ein Bericht des Direktors der Stadtbibliothek Robert Münzel enthalten, in dem er zu verstehen gab, dass die Stadtbibliothek geeignet und bereit sei, die Literaturversorgung einer Universität zu übernehmen, weil sie „für die Fächer, die sie durch Anschaffungen pflegt, manchen deutschen Universitätsbibliotheken überlegen, fast allen übrigen gleichwertig ist und nur hinter Göttingen, Straßburg und vielleicht Leipzig zurücksteht.“²⁴⁷

Im Oktober des nächsten Jahres wurde der Senatsantrag abgelehnt, und der Traum einer Hamburger Universität schien ausgeträumt.

Nach dem Krieg war es im Herbst 1918 wegen Überfüllung der Universitäten notwendig geworden, den von der Front zurückgekehrten Studenten akademische Kurse anzubieten, die von den preußischen und den Reichsbehörden für das laufende Semester angerechnet wurden. Um ihr Studium in Hamburg fortführen zu können, verlangten die Studenten, „dass das Provisorium durch Errichtung einer Universität zu einer endgültigen Einrichtung umgewandelt werde.“²⁴⁸

Am 18. März 1919 lehnte die scheidende Bürgerschaft die Universitätsvorlage erneut ab, am 28. März 1919 jedoch stimmte die neu gewählte Bürgerschaft endlich der Gründung der Hamburger Universität zu. Die Stadtbibliothek wurde dazu bestimmt, die neue Universität mit Literatur zu versorgen. Durch das *Erste Hamburger Hochschulgesetz* vom 4. Februar 1921 wurde sie in eine Staats- und Universitätsbibliothek umgewandelt und behielt nicht nur ihre zentrale Rolle in der Literaturversorgung der Universität, sondern übernahm auch offiziell landesbibliothekarische Aufgaben, die sie eigentlich schon lange erfüllte.

4.2. Robert Münzel und die Stadtbibliothek

Nach dem Tod Franz Eyssenhardts 1901 begann die Suche nach einem geeigneten Kandidaten für die Stelle des Direktors der Stadtbibliothek. Dass es diesmal nur ein Fachmann sein konnte, stand außer Frage, zumindest für Werner von Melle, der wusste, dass, falls es zur Errichtung einer Universität kommen sollte, der Stadtbibliothek eine eminent wichtige Rolle zufiele, auf die sie noch vorbereitet werden musste. Er hörte sich in Fachkreisen um, und man empfahl ihm von mehreren Seiten den stellvertretenden Direktor der Königlichen Universitätsbibliothek in Berlin, Robert Münzel.

Münzel hatte von 1878 bis 1884 in Bonn an der renommierten „Bonner Philologenschule“ klassische Philologie und Geschichte studiert. Seine bibliothekarische Laufbahn begann er 1884 in Bonn, von wo er 1888 nach Berlin an die Königliche Bibliothek wechselte. 1891 wurde er als Stellvertreter des Direktors an die Universitätsbibliothek in Marburg versetzt. 1900 kehrte er nach Berlin zurück, diesmal als Vertreter des Direktors der Königlichen Universitätsbibliothek.

Am 26. März 1902 schließlich trat er seine Stelle als Direktor der Hamburger Stadtbibliothek an. Es war, wie von Melle treffend bemerkte, „ein großer Wendepunkt in der Entwicklungsgeschichte der Bibliothek.“²⁴⁹

²⁴⁴ SCHIEFLER, S. 364

²⁴⁵ *ibid.*, S. 365

²⁴⁶ *ibid.*, S. 366

²⁴⁷ Errichtung einer Universität, S. 129

²⁴⁸ SCHIEFLER, S. 401

²⁴⁹ VON MELLE, Bd. 1, S 247

Bibliothekskommission und Bibliothekskartell waren bisher die bestimmenden Faktoren, Münzel wusste aber damit umzugehen und der Bibliothek den Stempel seiner Persönlichkeit aufzudrücken. 1904 äußerte er sich in einem Brief zu der Hamburger Situation:

„Als ich hierher kam, war die Selbständigkeit der Bibliothek aufs äußerste eingeschränkt und gefährdet, ich habe begonnen, mit vorsichtiger Hand die Fesseln zu lösen, leicht ist dies nicht, besonders wenn die auf meinen Vorgänger zugeschnittenen Bestimmungen gesetzlich oder wenigstens durch amtliche Verfügung festgelegt sind.“²⁵⁰

Im Kräfteverhältnis zwischen **Bibliothekskommission** und Bibliotheksverwaltung war zu Eyssenhardts Zeit das Gleichgewicht eindeutig zugunsten der ersteren verschoben. Durch seine Fachkompetenz, durch die Entschiedenheit, mit der er seine Ziele verfolgte, durch sein Organisationstalent und nicht zuletzt durch seine „bestrickende Liebenswürdigkeit“²⁵¹ baute Münzel ein – wie sein Nachfolger Gustav Wahl es nannte – „einzigartiges ideales Verhältnis“²⁵² zur vorgesetzten Behörde auf. Kommission und Sachverständige folgten den von ihm vorgegebenen Richtungen und erfüllten endlich ihre Bestimmung: sie unterstützten den Bibliotheksdirektor.

In Bezug auf das **Bibliothekskartell**, das Münzel als keine besonders glückliche Einrichtung empfand, hatte er einige Veränderungsvorschläge: die Bibliotheken der Wissenschaftlichen Anstalten sollten grundsätzlich vom Kartell ausgeschlossen werden, weil sie primär als Handapparate den dortigen Angestellten dienten und deshalb Präsenzbibliotheken sein sollten; im Falle der viel diskutierten „politischen Geschichte“ sollte in den Kartellbestimmungen das tatsächliche Verhältnis, durch einen Beschluss der Kommission vom 10. Juni 1902 geregelt, neben dem rechtlichen erwähnt werden, nämlich dass die Stadtbibliothek alle notwendigen Werke dieses Faches kaufte – selbstverständlich nach Verständigung mit der Commerzbibliothek, die es nur „in letzter Linie“ pflegte.

Um die Orientierung der Leser zu erleichtern, befürwortete Münzel die Veröffentlichung einer veränderten Fassung der Kartellbestimmungen und einer aktualisierten Fassung der 1885 von der Kommission zusammengestellten Broschüre der Hamburger Bibliotheken mit ihren Erwerbungsprofilen und ihrer Zugänglichkeit, die als Bibliotheksführer hätte dienen können.

1903 stellten Bibliotheksbenutzer in einem Brief an die Oberschulbehörde die gleichen Forderungen. Unverständlicherweise hielt diese aber von einer Veröffentlichung der Kartellbestimmungen oder eines Bibliotheksführers nicht allzuviel.²⁵³

4. 3. Bestandsvermehrung durch Kauf

Um die Entwicklung der Bibliothek so genau wie möglich zu dokumentieren, führte Münzel neue statistische Erhebungsmethoden ein, die den Beschlüssen des Vereins Deutscher Bibliothekare folgten und – weil einheitlich – Vergleiche zwischen Bibliotheken erlaubten.

Konkret sah es für die Erwerbung so aus, dass das Zugangsverzeichnis über folgende Punkte Aufschluss zu geben hatte:

- 1) über den Zuwachs der Bibliothek;
- 2) über den rechnerischen Verkehr mit den Lieferanten;
- 3) über den Zuwachs einzelner Sammlungen;
- 4) über die Verwendung der Posten nach Zeitschriften, Fortsetzungen, Novitäten, antiquarischen Anschaffungen.

Von Bedeutung für die Erwerbungspolitik waren auch die Negativantworten auf Benutzeranfragen, denn sie gaben Hinweise auf die Leistungsfähigkeit des Bibliotheksbestandes.²⁵⁴

²⁵⁰ Brief von Münzel an Ermann, seinen ehemaligen Vorgesetzten an der Königlichen Universitätsbibliothek in Berlin, Bibliotheksdirektor in Breslau, 5. November 1904, in: SCHREIBER, S. 425

²⁵¹ BURG, in: Robert Münzel zum Gedächtnis, S. 26

²⁵² WAHL, S. 20

²⁵³ StAH, 361-5 I, Hochschulwesen I, Reg. Spez. C, Nr. 30

²⁵⁴ Jahresbericht 1903, in: Jahrbuch der Wissenschaftlichen Anstalten, 1904

Für die Bestandsvermehrung standen Münzel in den ersten zwei Jahren M. 24.000 zur Verfügung. Die zu Eyssenhardts Zeit vorgenommene Aufteilung nach Fächern sollte weiter bestehen bleiben mit dem Unterschied, dass Münzel die Zeitschriften zu den einzelnen Monographienposten hinzugerechnet haben wollte, wobei die Reserve weiterhin bei M. 2.500 blieb.²⁵⁵

| | <u>Bücher</u> | <u>Zs.</u> |
|---|---------------|------------|
| A. Bibliographie; B. Allgemeine Enzyklopädie; C. Philosophie | M. 1.200 + | M. 900 |
| D. Mathematik; E. Physik; F. Naturwissenschaften; G. Medizin | M. 3.500 + | M. 2.900 |
| H. Geographie und Statistik; I. Politische Geschichte; K. Hanseatica | M. 2.800 + | M. 500 |
| L. Staatswissenschaften; M. Jurisprudenz | M. 300 | - |
| N. Kultur- und Kunstgeschichte | M. 2.000 + | M. 850 |
| O. Kirchengeschichte; P. Zoologie | M. 2.200 + | M. 300 |
| Q. Orientalische Philologie; R. Klassische Philologie; S. Philologie der neuen Völker | M. 3.000 + | M. 1.050 |

Für das Jahr 1905 beantragte der Bibliotheksdirektor eine Erhöhung um M. 6.000 des seit 1892 unverändert gebliebenen Kaufetats auf M. 30.000, die auch bewilligt wurde.²⁵⁶

Zunächst 1906 als Sonderposten eingeführt, wurde ab dem folgenden Jahr ein ständiger Posten von M. 3.000 für die Teilnahme am Papyrussammler eingerichtet.²⁵⁷

Eine weitere Erhöhung, diesmal von M. 10.000, wurde für 1911 beantragt und auch genehmigt. Begründet wurde sie mit der Steigerung des Umfangs der literarischen Produktion vor allem auf dem Gebiet der Naturwissenschaften, aber auch der Psychologie oder der Papyrussammlung und mit der Pflicht der Bibliotheken, die neueste Literatur für interessierte Leser bereitzuhalten.²⁵⁸

Die im Sommer 1913 für 1914 beantragte Erhöhung um M. 5.000 wurde nicht bewilligt, so dass es Münzel im nächsten Jahr wiederum versuchte, diesmal begründet mit der Notwendigkeit der Vervollständigung der Hamburgensien und der niederdeutschen Drucke. Inzwischen war der Krieg ausgebrochen, also konnte von einer Steigerung der Mittel keine Rede mehr sein. Im Gegenteil, im September 1914 schickte die Finanzdeputation einen Auszug aus ihrem Protokoll an die Wissenschaftlichen Anstalten, in dem gefordert wurde: „dass im nächsten Jahre ... Ausgaben für die Vermehrung der einzelnen Sammlungen überhaupt nicht gemacht werden sollten.“²⁵⁹

Münzel erklärte sich bereit, auf die enorme Summe von M. 10.000 zu verzichten und mit M. 30.000 zurechtzukommen, aber er stellte auch klar, dass die Stadtbibliothek keinesfalls mehr entbehren könnte, was aus seiner Darstellung der Fakten hervorging: 1913 wurden für Zeitschriften und Fortsetzungen, die unter allen Umständen weiter bezogen werden mussten, M. 17.635,20 bzw.

M. 9.681,42 ausgegeben; davon ausgehend, dass die Schriften aus dem feindlichen Ausland, die ungefähr M. 3.400 kosteten, nicht mehr geliefert würden, blieben der Verwaltung noch ca. M. 6.100 für die Vervollständigung der Weltkriegssammlung²⁶⁰ und zum Erwerb der wichtigsten deutschen Novitäten.

Die Finanzdeputation gab sich mit der Ersparnis von M. 10.000 für 1915 zufrieden.²⁶¹

Für die nächsten beiden Jahre der Amtszeit Münzels, also für 1916 und 1917, bewilligte der Staat M. 35.000 für Neuanschaffungen.²⁶²

Verfolgt man die Angaben aus den Jahresberichten, stellt man fest, dass mehr als die Hälfte der regulären Mittel zum Kauf von Zeitschriften ausgegeben wurden, auf deren Anschaffung - vor allem der naturwissenschaftlichen - unmöglich verzichtet werden konnte. 1912 ist die Zahl der laufenden Periodika mit 2.622 angegeben.

Der Zuwachs der durch Kauf erworbenen Monographien betrug zwischen 1903 und 1916 ca. 71.700 Bände, also ungefähr 5.500 Bände im Jahr.

Münzel beklagte oft die Tatsache, dass von den nach dem Zeitschriftenkauf übriggebliebenen Mitteln jährlich fast doppelt soviel für den Kauf von Antiquaria wie für Novitäten ausgegeben wurde, ein von den vielen Bestandslücken verursachter Missstand.

²⁵⁵ StAH, 361-5 I, Hochschulwesen I, Reg. Spez. C, Nr. 28, Bd. 3

²⁵⁶ StAH, 361-5 I, Hochschulwesen I, Reg. Spez. C, Nr. 21, Bd. 3

²⁵⁷ s. Abschnitt 4.3.1. Papyrussammlung

²⁵⁸ StAH, 361-5 I, Hochschulwesen I, Reg. Spez. C, Nr. 21, Bd. 6

²⁵⁹ ibid.

²⁶⁰ s. Abschnitt 4.6.2. Weltkriegssammlung

²⁶¹ StAH, 361-5 I, Hochschulwesen I, Reg. Spez. C, Nr. 21, Bd. 6

²⁶² Staatshaushaltsabrechnung 1916 und 1917

Immer wieder wertete er das Verhältnis zwischen den von Benutzern bestellten und tatsächlich erhaltenen Werken als Maßstab für seine Erwerbungspolitik aus. 1903, im ersten Jahr dieser statistischen Erhebung, waren 16,1% der Antworten negativ; das Ergebnis verbesserte sich kontinuierlich und war 1910 bei 13,7% negativen Antworten, was durchaus den Bemühungen zuzuschreiben war, die Lückenergänzung systematisch zu betreiben, ohne die Novitätenanschaffung zu vernachlässigen.

Zur **Lückenergänzung** standen Münzel in erster Linie die **Kapitalzinsen** zur Verfügung, die ab 1900 zusätzlich zum Etat ausgeschüttet wurden. Kaum zwei Monate im Amt, machte er schon den Vorschlag, einen Teil der Zinsen zum Ausbau der Lesesaalbibliothek zu verwenden, die mit den neuesten Handbüchern und Nachschlagewerken ausgestattet werden sollte.²⁶³ Der Rest der Zinsen sollte für eine gleichmäßige Ergänzung der Bestandslücken verbraucht werden, aber nicht für alle Fächer zugleich, sondern nach und nach. Die Bibliothekskommission stimmte dem Plan begeistert zu, und die Sachverständigen machten nach Münzels jährlichen Vorgaben ihre Vorschläge.²⁶⁴ 1903 konnten die Zinserträge der ersten drei Jahre ausgegeben werden, eine Summe von M. 12.193,87; in den nächsten Jahren kamen der Bibliothek durchschnittlich M. 4.500 zugute.²⁶⁵ Die Ausstattung der Handbibliothek mit 790 Werken in 3469 Bänden kostete zwischen 1903 und 1916 ca. M. 21.900.

Für die Lückenergänzungen der einzelnen Fächer wurden in den Jahren 1903-1916 folgende Summen verausgabt: für Anglistik M. 2.200, für Scriptorum rerum Britannicarum M. 2.500, für Archäologie und Kunstgeschichte M. 3.000, für Astronomie M. 3.500, für Botanik M. 4.000, für Chemie M. 3.000, für Geologie M. 3.000, für Geschichte M. 6.800, für klassische Philologie M. 2.000, für Mathematik M. 2.000, für Naturwissenschaften M. 7.000, für Orientalia M. 2.500 und zusätzliche M. 2.800 für den Kauf des Tripitaka (zusammenfassende Bezeichnung der kanonischen Schriften des Buddhismus), für Paläographie M. 500, für Philosophie M. 2.000, für Romanistik M. 1000, für nicht näher bezeichnete sonstige Lücken M. 3.805,25 und für die Weltkriegssammlung M. 8.900.

1908 beantragte Münzel die Bewilligung von M. 40.000 **Sondermittel** auszahlbar in vier jährlichen Raten von M. 10.000. Sie waren für die Ergänzung der Akademie- und Gesellschaftsschriften bestimmt, die ihm sehr am Herzen lagen, denn „für jede wissenschaftliche Forschung sind (diese) neben den Zeitschriften im engeren Sinne das vornehmste und unentbehrlichste Rüstzeug. Kein Privatmann kauft sie; sie zu erwerben ist Sache der Bibliotheken, denen die Förderung wissenschaftlicher Arbeit obliegt.“²⁶⁶

Der von der Oberschulbehörde weitergeleitete Antrag wurde von der Finanzdeputation abgelehnt, die gewillt war, lediglich die Hälfte der Summe bereitzustellen.

Die Angelegenheit war von großem Interesse für die Kreise der Lehrenden in Hamburg, deshalb schaltete sich zunächst der Professorenrat des Kolonialinstituts ein:

„Der Professorenrat (des Kolonialinstituts) sieht ... in dem beschleunigten Ankauf der bisher in der Stadtbibliothek fehlenden Veröffentlichungen europäischer Akademien, gelehrter Gesellschaften und Vereine eine dringend notwendige Ergänzung der unentbehrlichen Hilfsmittel für den Unterricht und die wissenschaftliche Arbeit.“²⁶⁷

Unterstützung erfuhr Münzel auch vom Professorenkonvent der Wissenschaftlichen Anstalten,²⁶⁸ und Werner von Melle beantragte in seiner Eigenschaft als Präses der Oberschulbehörde die M. 40.000 beim Senat.²⁶⁹

Doch die Finanzdeputation blieb hart und hielt an den insgesamt M. 20.000 fest, die in vier Raten zu M. 5.000 in den Jahren 1909, 1910, 1911 und 1912 ausbezahlt wurden. Ihr einziges Zugeständnis war

²⁶³ Auszug aus dem Protokoll der Kommissionssitzung, 13. Mai 1902, in: StAH, 361-5 I, Hochschulwesen I, Reg. Spez. C, Nr. 28b, Bd. 1

²⁶⁴ Auszug aus dem Protokoll der Kommissionssitzung, 21. Februar 1902, in: StAH, 361-5 I, Hochschulwesen I, Reg. Spez. C, Nr. 28b, Bd. 1

²⁶⁵ Alle Angaben zu der Verwendung der Zinsen sind den Jahresberichten 1903-1916 entnommen.

²⁶⁶ Brief von Münzel an die Erste Sektion, 21. November 1908, in: StAH, 361-5 I, Hochschulwesen I, Reg. Spez. C, Nr. 21, Bd. 5

²⁶⁷ Brief des Professorenrats des Kolonialinstituts an von Melle, 19. Oktober 1908, in: StAH, 361-5 I, Hochschulwesen I, Reg. Spez. C, Nr. 21, Bd. 5

²⁶⁸ Brief des Professorenkonvents der Wissenschaftlichen Anstalten an von Melle, 26. Oktober 1908, in: StAH, 361-5 I, Hochschulwesen I, Reg. Spez. C, Nr. 21, Bd. 5

²⁶⁹ Antrag der Oberschulbehörde an den Senat, 24. November 1908, in: StAH, 361-5 I, Hochschulwesen I, Reg. Spez. C, Nr. 21, Bd. 5

eine Nachbewilligung auf das Budget von 1908 von M. 6.000 für die Beschaffung der Schriften der fünf Pariser Akademien (Institut de France), von denen der Stadtbibliothek 490 Bände fehlten.²⁷⁰

Nachdem die M. 20.000 aufgebraucht waren, beantragte Münzel mit dem Budget für 1913 wiederum Sondermittel zur Ergänzung von Akademieschriften, diesmal M. 12.000 auszahlbar in zwei Raten à M. 6.000, bestimmt für Publikationen der italienischen Akademien, der St. Petersburger Akademie und für die Schriften von amerikanischen naturwissenschaftlichen Gesellschaften.²⁷¹

Die Antwort des Bürgerausschusses zur Prüfung des Staatsbudgets war:

„Die Bewilligung für die Akademie- und Gesellschaftsschriften der Stadtbibliothek erscheint dem Ausschuss ... gerechtfertigt.“²⁷²

Robert Münzel gelang es also, im Verlauf von sechs Jahren für die Komplettierung der Akademie- und Gesellschaftsschriften insgesamt M. 38.000 an Sondermitteln zu erhalten, M. 2.000 weniger als er 1908 beantragt hatte.

Der bedeutende Bestandszuwachs führte natürlich zu höheren **Buchbinderausgaben**, für die 1917 M. 17.000 veranschlagt waren.²⁷³

In Münzels Amtszeit wurden auch Handschriften gekauft; hauptsächlich waren es Autographen für das Literatur-Archiv oder die anderen Sondersammlungen,²⁷⁴ dann einige orientalische Manuskripte, die zum reichen Schatz der schon vorhandenen Orientalia der Stadtbibliothek passten, sowie weitere kleinere Objekte, z. B. eine in Litauen erworbene Sammlung von 1.400 polnischen, russischen und weißrussischen Urkunden von der Mitte des 16. bis zur Mitte des 19. Jahrhunderts.

Der Musiksammlung konnten einige wertvolle Schriftstücke hinzugefügt werden: z.B. im Jahre 1916 die Werke des 1821 verstorbenen Komponisten Andreas Romberg - fast sämtlich Autographen - zusammen mit einer eigenhändigen Aufzeichnung seines Lebens bis 1810. 14 Briefe des Komponisten Heinrich Marschner (1795-1861) an seine Frau aus den Jahren 1828-1861, einige davon in Hamburg geschrieben, sowie drei weitere Briefe an Hamburger Freunde wurden aus seinem 1916 zum Verkauf angebotenen Nachlass erstanden.

Die Bibliotheksverwaltung ließ fotografische Reproduktionen von Handschriften anfertigen, die im Besitz anderer Bibliotheken waren, aber einen Hamburger Bezug hatten. Im Jahre 1910 ließ man ein wahrscheinlich für den Hamburger Klerus bestimmtes Missale des 11. Jahrhunderts aus der Biblioteca Vallicelliana in Rom reproduzieren; im Jahre 1914 wurden etwa 30 Briefe aus der Korrespondenz des Lucas Holstenius aus Handschriften der Familie Barberini für das Literatur-Archiv fotografiert.

Im Jahre 1906 fanden mit dem Hamburg-Altonaer Buchhändler-Verein und den Lieferanten Verhandlungen statt, die vom 1. Januar 1907 an zu einem Rabatt von 7 ½ % auf alle Novitäten, Fortsetzungen und den periodischen Schriften, die öfter als viermal im Jahr erschienen, führten, so wie es der Vorstand des Verbandes der Orts- und Kreisvereine im Deutschen Buchhandel bereits 1905 empfohlen hatte.²⁷⁵

Eine weitere Sparmöglichkeit war ein Abkommen mit der Leipziger Universitätsbibliothek, das vorsah, ausgesuchte Dubletten zu einem mäßigen Preis der jeweils anderen Bibliothek zu überlassen.

Um den Wirkungskreis der Bibliothek zu erweitern, veröffentlichte man ab Februar 1907 gleich in drei Hamburger Zeitungen: im „Hamburger Correspondenten“, im „Fremdenblatt“ und in den „Hamburger Nachrichten“ eine Auswahl jener **Neuerwerbungen**, die für ein breiteres Publikum geeignet erschienen.²⁷⁶

Auf dem Altbestand aufbauend und den neuen Publikumsbedürfnissen und Erwartungen entsprechend, richtete Robert Münzel mit Zustimmung der Bibliothekskommission eine ganze Reihe von **Sondersammlungen** ein, deren Vermehrung ihm ein wichtiges Anliegen war.

Zu den neu entstandenen Sammlungen der Bibliothek gehörten: die Papyrussammlung (1906), die Bismarck-Sammlung (1906), die Weltkriegssammlung (1914) und das Literatur-Archiv (1912).

²⁷⁰ Auszug aus dem Protokoll der Finanzdeputationssitzung, 14. Dezember 1908, in: StAH, 361-5 I, Hochschulwesen I, Reg. Spez. C. Nr. 21, Bd. 5

²⁷¹ Budgetentwurf für 1913, in: StAH, 361-5 I, Hochschulwesen I, Reg. Spez. C, Nr. 21, Bd. 6

²⁷² Auszug aus dem Bericht des Bürgerausschusses zur Prüfung des Staatsbudgets für 1913, in: StAH, 361-5 I, Hochschulwesen I, Reg. Spez. C, Nr. 21, Bd. 6

²⁷³ Staatshaushaltsabrechnungen 1917

²⁷⁴ s. Abschnitt 4.6. Sondersammlungen

²⁷⁵ StAH, 361-5 I, Hochschulwesen I, Reg. Ben., B, Nr. 8

²⁷⁶ StAH, 361-5 I, Hochschulwesen I, Reg. Spez. C, Nr. 28, Bd. 3

Weil lediglich die Papyrussammlung ausschließlich auf Käuferwerbungen beruhte, ist sie die einzige, die in diesem Kapitel behandelt wird.

4.3.1. Die Papyrussammlung²⁷⁷

1905 fand in Hamburg die 48. Philologenversammlung statt. Bei dieser Gelegenheit stellten die Teilnehmer fest, dass die neueste Papyrusliteratur fast vollständig in der Stadtbibliothek vorhanden war, was den klassischen Philologen Erich Ziebarth dazu bewog, der Oberschulbehörde die Einrichtung einer Papyrussammlung und die Teilnahme am 1902 gegründeten Papyruskartell vorzuschlagen.

Robert Münzel zeigte sich von der Idee begeistert und unternahm noch im selben Jahr erste Schritte, um dem Kartell beizutreten.

Bereits im Staatsbudget von 1906 wurden M. 2.500 als Sondermittel verankert, die neben privat gespendeten M. 500 den Beitritt der Stadtbibliothek zu den zwei Abteilungen (A. griechisch-ägyptische Urkunden und B. literarische Papyri) des Papyruskartells sichern sollten. Für die nächsten Jahre wurde ein separater zusätzlicher Etatposten von M. 3.000 für die Papyrussammlung eingerichtet.

Das Papyruskartell war unter den deutschen Museen und Universitätsbibliotheken abgeschlossen worden, damit diese „bei dem Ankauf der Papyri in Ägypten einander keine Konkurrenz“²⁷⁸ machten. Die Mitglieder zahlten ihre Beiträge, die sie jederzeit vergrößern oder vermindern konnten, auf ein Konto beim Crédit Lyonnais in Kairo ein, und der Wert ihrer Papyri richtete sich nach der Höhe des eingezahlten Betrages.

Die Geschäftsführung des Kartells wechselte in der Urkunden-Abteilung alle halbe Jahre, unter den Mitgliedern in der Abteilung der literarischen Texte alle Jahre; 1909 ging die Geschäftsführung beider Abteilungen dauernd an die Papyrussammlung der Königlichen Museen in Berlin. Leider trat dieses sehr zahlungskräftige Mitglied 1912 aus dem Kartell aus, aber auf Betreiben der ebenso liquiden Straßburger Universitätsbibliothek wurden die beiden Abteilungen zusammengelegt, das Kartell weitergeführt und die restlichen Teilnehmer wechselten sich alle drei Jahre bei der Geschäftsführung ab. 1914 trat Berlin wieder in das Kartell ein, was aber keinerlei Bedeutung mehr hatte, „denn mit dem bald darauf folgenden Ausbruch des Weltkrieges war die Tätigkeit des Deutschen Papyruskartells in Ägypten für immer beendet.“²⁷⁹

Während des Krieges wurde der Etatposten von M. 3.000 für die Papyrussammlung beibehalten, wahrscheinlich für Papyriankäufe außerhalb des Kartells. Als 1916 alle Mittel gekürzt wurden, reduzierte man diesen Posten auf M. 2.000, 1917 dann auf M. 1.000.

In seinem Jahresbericht von 1906 beschrieb Münzel den Geschäftsgang des Kartells:

„Vertreter des Kartells in Ägypten kaufen dort die ihnen angebotenen Rollen und Blätter, ein Verzeichnis der Erwerbungen mit Angabe der gezahlten Preise wird an die Mitglieder geschickt, aus dem diese je nach Höhe ihrer Beiträge auswählen. Der Rest, zu dem kein Liebhaber sich meldet, ebenso Nummern, die mehrfach begehrt werden, gelangen zur Verlosung. Da die einzelnen Stücke nur äußerlich nach Urkunden und Texten geschieden und alsdann in versiegelten Kästchen den Empfängern zugesandt werden, so ist dem Glück des Findens und Entdeckens ein weiter Spielraum geöffnet. Denn der genaue Inhalt der Kasten kann erst durch eingehende Prüfung und Bearbeitung in der Heimat festgestellt werden.“²⁸⁰

Tatsächlich blieb die Ausbeute oft hinter den Erwartungen zurück, trotzdem gab es einige erfreuliche Treffer darunter. Den Hamburgern fielen z. B. sogenannte „Libelli libellatorum“ (1910) aus der Zeit der Christenfolgung im Jahr 250 zu. Sie stellten „die amtliche, von einer besonderen Kommission erteilte Bescheinigung dar, dass ihr Inhaber nebst seiner Familie den römischen Göttern geopfert ... habe.“²⁸¹ Im allgemeinen ermöglichten die Urkunden Einblicke in die Lebens- und Rechtsverhältnisse der antiken Gesellschaft auf ägyptischem Boden und gaben Auskunft über das Funktionieren des Verwaltungsapparats.

Ein Fragment des sogenannten Hirten des Hermas, einer apokryphen Schrift des Alten Testaments, allerdings auf Pergament nicht auf Papyrus geschrieben und aus dem 4.-5. Jahrhundert stammend, war ebenfalls unter den Hamburger Fundstücken.

²⁷⁷ Alle Angaben zum Papyruskartell sind in einer Akte vereint: StAH, 361-5 I, Hochschulwesen I, Reg. Spez. C, 34a.

²⁷⁸ Brief von Ziebarth an die Erste Sektion, 15. Oktober 1905

²⁷⁹ PRIMAVESI, S. 180

²⁸⁰ Jahresbericht 1906, in: Jahrbuch der Hamburgischen Wissenschaftlichen Anstalten, 1907, S. 105

²⁸¹ Jahresbericht 1910, in: Jahrbuch der Hamburgischen Wissenschaftlichen Anstalten, 1911, S. 6

Die Funde und Kommentare dazu wurden zum Teil in der Reihe: „Griechische Papyrusurkunden der Hamburger Stadtbibliothek“ veröffentlicht, die bei Teubner in Leipzig zwischen 1911 und 1924 erschien.

Aus konservatorischen Gründen und um die Benutzung zu erleichtern, ließ man die Papyri in Berlin unter Glas legen.

Beginnend mit dem Jahr 1909 beschloss die Bibliotheksverwaltung auf Anregung des Professors für Geschichte und Kultur des Orients am Kolonialinstitut, Carl Heinrich Becker, eigene Ankäufe arabischer Papyri außerhalb des Kartells zu tätigen, die von 1910 bis 1914 von dem Direktor des Deutschen Instituts für ägyptische Altertumskunde, Ludwig Borchert, und seinen Mitarbeitern vermittelt wurden. Von den 134 erworbenen Stücken sind 80 auf Papyrus, 50 auf Papier, eins auf Pergament und eins auf Linnen geschrieben.²⁸²

4.4. Bestandsvermehrung durch Tausch²⁸³

Die Oberschulbehörde schloss 1907 mit dem Verein für Naturhistorische Unterhaltung ein ähnliches Abkommen wie 1884 mit dem Naturhistorischen Verein, dem gemäß die ihm über den eigenen Schriftentausch zugehenden Publikationen gegen Überlassung eines geeigneten Versammlungsraumes in einem staatlichen Gebäude der Stadtbibliothek zu übergeben waren. Die Patriotische Gesellschaft ihrerseits erklärte sich bereit, die vom Verein für Naturhistorische Unterhaltung bis dahin erhaltenen älteren Schriften der Stadtbibliothek zu liefern; es handelte sich dabei vorwiegend um naturwissenschaftliche Zeitschriften, insgesamt 1.651 Bände, die fast alle ungebunden aufbewahrt wurden, was eine Sonderzahlung für Buchbinderarbeiten zur Folge hatte.

Die zahlreichen schon bestehenden Tauschbeziehungen mit Universitäten, Akademien, mit in- und ausländischen Bibliotheken wurden auch in den Amtsjahren Münzels weiter gepflegt und es kamen neue hinzu: 1903 trat die Stadtbibliothek in ein amtliches Tauschverhältnis mit der Königlichen Landesbibliothek Stuttgart, 1905 mit der Carnegie Institution in Washington und mit der Biblioteca Nacional in Rio de Janeiro, 1908 mit der University of Pennsylvania in Philadelphia und der Wilhelms-Universität in Münster, der einzigen deutschen Hochschule mit der sie noch keine Schriften tauschte; 1909 begann der Schriftentausch mit der University of Illinois in Urbana, 1910 mit dem Smithsonian Institute in Washington²⁸⁴; 1913 stellten die Königliche Hof- und Staatsbibliothek in München, die Königliche Bibliothek in Berlin und die Deutsche Bücherei in Leipzig Anträge an den Hamburger Senat zum Austausch Amtlicher Druckschriften, die genehmigt wurden²⁸⁵; 1914 wurde das Königliche Böhmisches Landesarchiv in Prag zum Tauschpartner, und schließlich vereinbarte man 1915 durch Vermittlung des Senats einen Austausch von Amtlichen Druckschriften mit dem Königlichen Bayerischen Staatsministerium des Königlichen Hauses und des Äußern.

Als 1904 die Biblioteca Nazionale in Turin zum Brandopfer wurde, bot ihr die Stadtbibliothek die eigenen Veröffentlichungen und das Dublettenverzeichnis an, aus dem sich die Turiner 100 Bände aussuchten. Ihrerseits schickten sie 104 Bände nach Hamburg.

Dubletten wurden auch weiterhin mit anderen Bibliotheken ausgetauscht, so z. B. mit der Hamburger Öffentlichen Bücherhalle oder mit der Universitätsbibliothek Leipzig, die verschiedene Akademieschriften schickte.

Mit dem Herzoglichen Museum in Braunschweig konnte ein Blattfragment aus einer Uffenbachschen Papierhandschrift des Prosaromans „Huge Scheppel“ gegen hamburgische Bronzemedailen aus dem Staatsarchiv getauscht werden.

Die in der Zeit von 1902 bis 1916 über den Tausch eingegangenen Bände erreichten mit 71.104 Einheiten insgesamt (etwa 5.450 im Jahr) fast die Zahl der Käuferwerbungen.

²⁸² KAYSER, S. 154-155

²⁸³ Die Angaben stammen, wenn nicht anders gekennzeichnet, aus den Jahresberichten 1902-1916, in: Jahrbuch der Hamburgischen Wissenschaftlichen Anstalten, 1904-1917.

²⁸⁴ StAH, 361-5 I, Hochschulwesen I, Reg. Gen. B 11

²⁸⁵ StAH, 361-5 I, Hochschulwesen I, Reg. Spez. C, Nr. 36, Bd. 2

4.5. Bestandsvermehrung durch Geschenk²⁸⁶

Neben den vielen von offiziellen Stellen gesandten Geschenken²⁸⁷ gab es in Münzels Amtszeit wieder zahlreiche Zuwendungen von privater Seite, von denen selbstverständlich nur eine Auswahl aufgeführt werden kann.

An erster Stelle muss eine der bedeutendsten Anschaffungen dieser Zeit und der Stadtbibliothek überhaupt stehen: der Ankauf 1906 der Sammlung des bibliophilen Rechtsanwalts *Dr. Levy*, für kurze Zeit Mitglied der Bibliothekskommission. Sie bestand aus Judaica und Hebraica und umfasste 1.020 gedruckte Werke, darunter auch Inkunabeln und 174 Handschriften, zum Teil mit prächtigen Miniaturen und Initialen geschmückt, die frühesten aus dem 13. und 14. Jahrhundert. Mit Hilfe eines Gönners, der M. 9.000 spendete, der Averbodtschen Stiftung, die M. 3.000 gab, und eines Staatszuschusses von M. 9.000 konnte die Sammlung für Hamburg gesichert werden, denn sie war fast im Begriff ins Ausland zu wandern. Ein Jahr später schenkte die *Frau von Dr. Levy* - sozusagen als Ergänzung der Bibliothek ihres Mannes - 131 Bände hebräische und auf die Geschichte der Juden sich beziehende Schriften.

Zahlreiche Geschenke bereicherten den ohnehin schon sehr ansehnlichen Orientalia-Bestand.

1902 überließ der XIII. Internationale *Orientalisten-Kongress*, der in Hamburg stattgefunden hatte, die eingegangenen Geschenke der Stadtbibliothek.

1903 gab es eine M. 1.000-Spende zum Kauf von Orientalia und wurde zur Ergänzung lückenhafter Zeitschriften verwendet.

Otto Schrader, gebürtiger Hamburger und Bibliothekar in Madras, bedachte die Stadtbibliothek öfter im Laufe der Zeit mit Palmblatthandschriften, darunter das 1907 geschickte prächtige Epos aus Südindien *Bhāgavata-Purāṇa* in Sanskrit, eines der wenigen bis dahin existierenden kompletten Exemplare in Deutschland.

Eine weitere indische Palmblatthandschrift bestehend aus 34 Streifen sowie eine siamesische medizinischen Inhalts und eine birmanische in 38 ½ Streifen kamen im ersten Jahrzehnt des 20. Jahrhunderts in den Bestand der Stadtbibliothek.

„Ein Kleinod auf dem Gebiet indischer Philologie“²⁸⁸ war die Bibliothek des gebürtigen Hamburgers und in Berlin wirkenden Orientalisten *Gustav Oppert*. Seine Sammlung, die er 1909 der Stadtbibliothek hinterließ, umfasste 80 Codices, die meisten in Telugu, einige in Tamil Malayalam und Devanāgarī sowie rund 4.000 Bände, darunter kostbare Ausgaben und Übersetzungen von Sanskrittexten, Grammatiken, Wörterbücher, amtliches Material, Schriften über Dravidische Sprachen, Werke zur Religionsgeschichte, zur Völkerkunde, aber auch deutsche, englische, französische Klassiker und moderne Schriftsteller.

Mit der Überweisung von M. 2.200 ermöglichte im selben Jahr die Verwaltung der Senator Jenisch-Stiftung den Kauf einer marokkanischen Bibliothek. Sie bestand aus 198 Nummern Handschriften, Lithographien und Drucken, die meisten in Fez hergestellt, einige in Tunis und Algier.

Die Averbodts-Stiftung wiederum stellte die nötigen Mittel zum Ankauf eines Manuskripts des arabischen Geographen Balchi zur Verfügung, der um 921 ein bahnbrechendes Werk für die Geographie der Araber schrieb. Die Hamburger Ausgabe wurde 1675 angefertigt und enthielt 21 ptolemäische Karten mit Erläuterungen.

Auch die Musiksammlung der Bibliothek erfuhr eine bedeutende Vermehrung durch Nachlässe und einzelne Stücke.

1908 übergab die Frau des Musikers *Heinrich Drews* 288 Bände Musikalien und musikhistorische Schriften aus dessen Nachlass, im Jahr darauf kamen vier Bände Musikalien von der *Hamburger Liedertafel*.

Die Schwester von *Mary Rosenberg* überließ 1910 der Bibliothek deren Musikalien und 81 musikhistorische Bände sowie ein Liederbuch vom Anfang des 19. Jahrhunderts.

In demselben Jahr erhielt die Bibliothek auch ein Autograph von Johannes Brahms, die Komposition eines geistigen Liedes von Paul Flemming, die später als Op. 30 veröffentlicht wurde; 1913 übermittelte man aus dem Brahms-Nachlass in Wien das 16-seitige Autograph des Liebeslieder-Waltzers.

Baron von Westenholz, dessen Name immer wieder auf der Liste der Schenker wertvoller Stücke auftauchte, überbrachte 1916 neben einigen Bänden musikwissenschaftlicher Literatur einen Brief

²⁸⁶ Die Angaben stammen aus den Jahresberichten 1902-1916, in: Jahrbuch der Wissenschaftlichen Anstalten, Hamburg, 1903-1917.

²⁸⁷ Die Zuwendungen der Hamburger Drucker und Verleger und die Berichte der Hamburger Vereine, Gesellschaften und Institutionen, die von Münzel in den Jahresberichten teils im Abschnitt Geschenke und teils im Abschnitt Hamburgensien abgehandelt werden, sind im Abschnitt 4.6.4. Hamburgensien vereint.

²⁸⁸ Jahresbericht 1909, in: Jahrbuch der Wissenschaftlichen Anstalten, 1910, S. 240

von Clara Schumann an Theodor Krause sowie 16 Briefe von Chrysander an verschiedene Empfänger.

Weil die Hamburger Stadtbibliothek im Besitz der Autographen-Sammlung von Elise Campe war, wurden ihr immer wieder Ergänzungen zur Campe-Sammlung zugedacht, die sich auf die Person Elise Campes oder ihrer Familie bezogen: 1906 übergab der Verleger *Eduard Brockhaus* aus Leipzig zehn Pakete mit Briefen und sonstigen Schriftstücken aus dem Nachlass von Elise Campe, 1908 schenkte *Professor Ehlers* aus Göttingen 128 Briefe von Elise Campe, und 1911 schließlich trennte sich das *Museum für Hamburgische Geschichte* von 241 Autographen des 16. und 17. Jahrhunderts - meist einzelne Stammbuchblätter - aus dem Nachlass des Buchhändlers Campe.

Auf Anregung der Stavenhagen-Gesellschaft vertraute 1910 die Witwe des Dichters *Fritz Stavenhagen* dessen literarischen Nachlass der Stadtbibliothek zur Aufbewahrung an unter der Bedingung, das Publikationsrecht für sich selbst und die rechtlichen Nachfolger für die nächsten 30 Jahre behalten zu dürfen. Würden die Papiere innerhalb dieser Frist nicht zurückgefordert, fielen sie als dauerndes Eigentum der Bibliothek zu. 1914 ergänzte die *Stavenhagen-Gesellschaft* den Nachlass mit einer Sammlung des Briefwechsels Stavenhagens mit Dichtern, Schriftstellern, Theaterdirektoren und Schauspielern, die sowohl Originale als auch Kopien enthielt.²⁸⁹

Als es um den Erwerb einer Bibliothek von italienischen Novellen von einem Herrn *Dr. Meyer* aus Florenz ging, wurde die Bürgermeister-Kellinghusen-Stiftung aktiv. Die Sammlung bestand aus 466 Bänden mit Novellen aus dem 16. bis 19. Jahrhundert, darunter auch sogenannte Nozzeschriften, Privatdrucke von Novellen, die dem Brautpaar am Hochzeitstag von Freunden geschenkt wurden.

Der Bestand an Reformationsschriften wurde durch eine Schenkung von 1910 ergänzt, als 198 Bände, zumeist Drucke des 16. Jahrhunderts, in die Bibliothek kamen. Es handelte sich dabei um Lieder aus der Reformationszeit, teilweise seltene Werke der Reformatoren und ihrer Anhänger sowie Abhandlungen und Flugschriften.

1912 kaufte der Staat die Büchersammlung des *Senators Georg Behrmann* mit über 4.500 Bänden zur Theologie, Orientalistik, Geschichte und zur klassischen Philologie, mit Ausgaben deutscher und ausländischer Klassiker und Belletristik und mit zahlreichen kleineren Schriften in Kapseln. Die daraus stammenden Dubletten wurden an die Seminare des Kolonialinstituts und die anderen Wissenschaftlichen Anstalten weitergegeben.

Der bereits erwähnte *Freiherr von Westenholz* war über Jahre ein sehr freigiebiger Gönner der Bibliothek. Neben den schon genannten Musiker-Briefen schenkte er: 1905 ein Manuskript des Buches Henoch in äthiopischer Sprache, 1907 eine reiche Sammlung (611 Bände) von Literatur zur Geschichte und Geographie, 1911 die aus dem 14. Jahrhundert stammende Pergamenthandschrift einer 1305 verfassten asketischen Schrift: „Arbor vitae crucifixae Jesu“ des Ubertino von Casale und einige aus dem Einband losgelöste Pergamentblätter eines sogenannten „Ovidius moralisatus“,²⁹⁰ 1913 dann neun südbabylonische Tontafeln - Geschäftsurkunden in sumerischer Schrift - aus dem dritten Viertel des 3. Jahrtausends v. Chr. und 1916 schließlich übergab er Briefe von Alfred Lichtwark an seine Familie, die er für 50 Jahre für die Benutzung sperren ließ.

Die Mitglieder der Bibliothekskommission standen anderen Bürgern in nichts nach, was ihre Zuwendungen für die Stadtbibliothek anbelangte. Senator *von Melle* schenkte im Laufe von mehreren Jahren insgesamt fast 1.500 Bände, 1911 übergab *Pastor Bertheau* 239 Ausgaben des griechischen Neuen Testaments, darunter 16 aus dem 16. Jahrhundert, die die bereits in der Bibliothek existierende, größtenteils von Hauptpastor Johann Melchior Goeze (1717-1786) stammende Bibelsammlung ergänzte; aus dem Nachlass von *Emil Wohlwill* durfte sich die Bibliothek 445 Bände auswählen, meistens Literatur über Galilei, und Frau Wohlwill überreichte 1912 einen Band Protokolle der Komiteesitzungen des Vereins zur Förderung der Gewissensfreiheit in Hamburg aus den Jahren 1858-1867 sowie den Entwurf einer Selbstbiographie und sonstige Aufzeichnungen von Joachim Friedrich Martens, einem Mitglied der Bürgerschaft, der eine wichtige Rolle in Freidenkerkreisen gespielt hatte.

Im Jahre 1914 machte der Katalogisierer der Handschriften, *Professor Schwalm*, 138 Autographen, meist Gelehrtenbriefe, der Stadtbibliothek zum Geschenk.

²⁸⁹ Der Stavenhagen-Nachlass ist heute im Besitz der Staats- und Universitätsbibliothek Hamburg.

²⁹⁰ Im Mittelalter praktizierte moralische Umdeutung von Fabeln aus den Metamorphosen

Neben weiteren Hamburger Bürgern, die ihre Büchersammlungen der Stadtbibliothek überließen, übergab ihr auch die *Juristische Gesellschaft* 1916 ihren ganzen Besitz an älteren, für den praktischen Gebrauch entbehrlichen Werken (um die 11.000 Bände). Damit wurde das Ende des Juristischen Lesezimmers eingeleitet, der Grundstock für eine juristische Abteilung der Stadtbibliothek gebildet und ein wichtiger Schritt in Richtung ihrer ehemaligen Universalität getan.

Eine andere Gesellschaft, die ihre Sammlung in die Stadtbibliothek brachte, war die *Theatergesellschaft*. 1902 kam es zwischen der Bibliotheksverwaltung und dem Gesellschaftsvorstand zu einer Vereinbarung: unter Wahrung des Eigentumsrechts für die Theatergesellschaft wurden die Bestände der Bibliothek des Stadttheaters der Stadtbibliothek zur Benutzung übergeben. Ende der zwanziger Jahre bekam die Stadtbibliothek dann auch das Eigentumsrecht übertragen. So kamen zwischen 1903 und 1906 über 700 Bände mit Opernaufführungsmaterial für „450 musikalische Bühnenwerke aus der Zeit von 1765 bis 1850 und mehr als 600 Kästen Partituren“, ebenfalls über „2.000 Bände Inspektions-, Regie-, Soufflier- und Textbücher für Schauspiele und Musiktheater ... aus der Zeit vom ausgehenden 18. bis etwa zur Mitte des 19. Jahrhunderts.“²⁹¹ 1905 übergab der *Verein für Hamburgische Geschichte* eine Sammlung älterer Dramen (514 Bände mit 1991 Einzelschriften) aus der Bibliothek des Stadttheaters, die aus dem Nachlass des Theaterdirektors *Friedrich Ludwig Schröder* stammten, von dem schon in der Amtszeit Islers einige Teile in die Stadtbibliothek gelangt waren (1873 und 1879).²⁹²

Die Anzahl der als Geschenk eingearbeiteten Bände betrug in der Amtszeit Robert Münzels ca. 4.900 im Jahr, insgesamt waren es 64.050 Bände.

4.6. Sondersammlungen²⁹³

Die von Münzel eingerichteten Sondersammlungen: die Bismarck-Sammlung, die Weltkrieg-Sammlung und das Literatur-Archiv beruhen sowohl auf Kauf- als auch auf Geschenkerwerbungen und sind deshalb in einem eigenständigen Kapitel zusammengefasst. Weil von ähnlicher Provenienz und in den Jahresberichten in separaten Abschnitten abgehandelt genauso wie die einzelnen Sondersammlungen, werden ihnen in diesem Teil der Arbeit auch die Hamburgensien zugeordnet.

4.6.1. Bismarck-Sammlung

Auf Anregung des Vorsitzenden der Bibliothekskommission Werner von Melle wurde am Ende des Jahres 1906 die Bismarck-Sammlung gegründet. Sie sollte neben Druckwerken auch handschriftliches Material, Porträts, sonstige bildliche Darstellungen: z.B. Postkarten, Karikaturen, die in Zusammenhang mit der Persönlichkeit Otto von Bismarcks standen, vereinen. Man hoffte auf eine breite Unterstützung von privater Seite, denn Bismarck erfreute sich in Hamburg großer Sympathie. Zunächst trug man die in den eigenen Beständen vorhandenen Schriften zusammen und konnte schon damit eine stattliche Sammlung aufstellen. Die Ergänzungsarbeit ging gut voran, denn mit Hilfe einer 1907 empfangenen Spende von M. 3.000 und verschiedener Angebote von Antiquaren war es ein leichtes, die gedruckte Literatur fast vollständig zu erwerben. Gesammelt wurde wissenschaftliche und populärwissenschaftliche Literatur des In- und Auslandes sowie Flugschriften, Sonderdrucke, Broschüren, Zeitungsausschnitte usw. Zahlreiche Erwerbungen wurden 1915 getätigt, als anlässlich des hundertsten Geburtstags von Bismarck wieder sehr viel zu diesem Thema publiziert wurde. Viermal so viel wie für Druckschriften gab man für bildliche Darstellungen aus; man kaufte alles - von der Ansichtskarte bis zum Kupferstich. Auch einige Bismarck-Autographen kamen in den Besitz der Bibliothek: unter anderem ein eigenhändig vom Fürsten geschriebenes Zeugnis für den Förster August Ferdinand Manecke vom 9. Dezember 1847, ein von ihm lediglich unterzeichnetes Schreiben vom 15. Dezember 1872 über forstwirtschaftliche Angelegenheiten, ein weiterer nur unterzeichneter Brief vom 27. November 1863, in dem sich Bismarck zur Außenpolitik äußert, und schließlich das wertvollste Stück der Sammlung, ein mit Hilfe einer Spende von Max Warburg erworbenes eigenhändiges, acht Seiten langes Schreiben an Moritz von Blanckenburg vom 3. November 1863. Die Sammlung enthielt auch einige Autographen von Angehörigen und Mitarbeitern Bismarcks.

²⁹¹ KRAWEHL/NEUBACHER, Rückgabe, S. 138

²⁹² vgl. Abschnitt 2.5. Bestandsvermehrung durch Geschenk

²⁹³ Jahresberichte 1902-1916, in: Jahrbuch der Wissenschaftlichen Anstalten, 1903-1917

4.6.2. Die Weltkriegssammlung

Im Herbst 1914 wurde die Weltkriegssammlung angefangen. Sie sollte „in weitem Umfange Veröffentlichungen jeder Art – gleich viel in welcher Sprache – die sich auf den jetzigen Krieg beziehen oder gar durch ihn überhaupt veranlasst sind, umfassen.“²⁹⁴ Zweck der Sammlung war, für die künftige Forschung Quellenmaterial sicherzustellen, das es in dieser Fülle später nicht mehr geben würde. Gesammelt wurden also: Bücher, Broschüren, Zeitungen, Zeitschriften, Plakate, Karten, Flugblätter, Verordnungsblätter, bildliche Darstellungen aus dem In- und Ausland.

Genauso wie die Bismarck-Sammlung erfreute sich auch die Weltkriegssammlung einer breiten Unterstützung sowohl der Behörden als auch des Publikums.

Im Jahresbericht von 1915 wurde eine erste Bilanz gezogen: es gab 4.000 Bücher, 425 noch nicht abgeschlossene Zeitungen, Zeitschriften und Fortsetzungswerke, 2.500 Plakate und sonstige Einblattdrucke, 700 ausländische Zeitungen und Zeitschriften entweder lückenlos oder in großen ununterbrochenen Nummernfolgen und ca. 5.000 Fotografien, Ansichtskarten und Kunstblätter. Der handschriftliche Teil der Sammlung, der Abschriften von Briefen, Tagebüchern und Berichten umfasste, enthielt 1915 2.249 Stücke, ein Jahr später schon mehr als das Doppelte, 4885 Schriftstücke, darunter auch Originale.

Durch die Errichtung der Bismarck- und der Weltkriegssammlung wurde der so umstrittene Paragraph über das Sammeln der politischen Geschichte aus den Bestimmungen des Bibliothekskartells, für dessen Beibehaltung sich seinerzeit die Bibliothekskommission so sehr eingesetzt hatte, eigentlich konterkariert.

4.6.3. Das Literatur-Archiv

Schon immer wurden Autographen Hamburger Persönlichkeiten für die Stadtbibliothek erworben. Robert Münzel tat dies verstärkt beginnend mit dem Jahre 1912, denn er hatte die Bildung eines Hamburgischen Literatur-Archivs im Sinn mit dem Ziel, „von bekannten hiesigen Persönlichkeiten mindestens eine Probe ihrer Schriftzüge und zugleich ein auch inhaltlich interessantes charakteristisches Stück zu besitzen.“²⁹⁵

Gekauft wurden überwiegend Briefe von Politikern, Gelehrten, Schriftstellern, Malern, Komponisten, Schauspielern, eben von allen, die Rang und Namen in Hamburg hatten: z.B. von Carl Philipp Emanuel Bach, von Mathias Claudius, von Hoffmann von Fallersleben, von Klaus Groth, von Friedrich Gottlieb Klopstock und seiner Familie, von Detlev von Liliencron, von Reimarus, von Amalie Schoppe, vom Theaterdirektor Friedrich Ludwig Schröder, von Karl Sieveking, von Otto Speckter, von Ferdinand Thieriot, um nur einige wenige Namen zu nennen, die in den ersten Jahren der Existenz des Literatur-Archivs in den Jahresberichten auftauchen. Die private Unterstützung durch passende Zuwendungen blieb auch in diesem Falle nicht aus.

4.6.4. Hamburgensien

Die Sammlung von Hamburgbezogener Literatur wurde von allen Hamburger Bibliotheken betrieben und vom Kartell nicht beeinträchtigt. In der Stadtbibliothek erfreute sie sich stets größter Aufmerksamkeit seitens der jeweiligen Leitung.

Als Hamburgensie im weiteren Sinn betrachtete Robert Münzel auch die in Hamburg gedruckte und verlegte Literatur. Seiner Meinung nach hatte die Stadtbibliothek die Verpflichtung, diese lückenlos zu sammeln, um sie für die künftigen Generationen und die Forschung zu sichern.

„Man erwartet diese Literatur hier zu finden, das beweisen die vielfachen an uns gelangenden Anfragen, man verwundert sich über die Auskunft, dass wir das Verlangte nicht besitzen. Und in der Tat, wenn es einen Platz in der Welt geben muss, wo man auf ihr Vorhandensein mit Sicherheit rechnen darf, so ist die Stadtbibliothek dazu die gegebene Stelle.“²⁹⁶

In Hamburg gab es kein Pflichtexemplargesetz, also stellte Münzel gleich in den ersten Jahren seiner Amtszeit einen Maßnahmen-Katalog auf, der ein systematisches Sammeln der in Hamburg

²⁹⁴ Jahresbericht 1914, in: Jahrbuch der Wissenschaftlichen Anstalten, 1915, S. 182

²⁹⁵ Jahresbericht 1912, in: Jahrbuch der Wissenschaftlichen Anstalten, Hamburg, 1913, S. 6

²⁹⁶ Jahresbericht 1903, in: Jahrbuch der Wissenschaftlichen Anstalten, Hamburg, 1904, S. CXX

erscheinenden und auf Hamburg bezogenen Literatur ermöglichen und zugleich der Altbestandsergänzung dienen sollte. Diese Maßnahmen galten:

a) – den Jahresberichten von Behörden, Vereinen, Stiftungen usw.; er ließ Verzeichnisse der Lücken erstellen, die den Leitungen und Vorständen der betreffenden Einrichtungen zugeschickt wurden mit der Bitte, ihre zukünftigen und auch - soweit vorhanden - ihre älteren Jahresberichte der Stadtbibliothek zukommen zu lassen;

b) – den Hamburger Periodika; an die mehr als 100 Zeitungsredaktionen wurde ein Rundschreiben geschickt mit der Bitte, ab 1. Januar 1904 ein Exemplar der betreffenden Zeitung als Geschenk der Stadtbibliothek zu überlassen, um gerade diese Art von Schriften, die von so kurzer Lebensdauer und so schwer nachzubeschaffen sind, für die Zukunft zu konservieren; die älteren Bestände sollten nach Möglichkeit mit Anschaffungen aus Antiquariatskatalogen ergänzt werden;

c) – der sonstigen in Hamburg gedruckten und verlegten Literatur; blieb der freiwillige Beitrag der Firmen aus, mussten die Werke käuflich erworben und wie die Periodika und die Jahresberichte für die zurückliegenden Jahre ergänzt werden.

Die Bemühungen des Bibliotheksdirektors waren von Erfolg; schon 1905 konnte er melden, dass Verwaltungsbehörden, Stiftungen und Vereine ihre Jahresberichte fast vollständig geschickt hatten, genauso wie die meisten Redaktionen ihre Publikationen. Auch zahlreiche Buchverlage bedachten die Stadtbibliothek mit Freiemplaren, und Münzel bedankte sich nicht nur in seinen Jahresberichten bei allen Spendern, er zählte sie auch namentlich auf. Auffällig ist das jährlich wiederkehrende Hervorheben der Firma Leopold Voss des Verlegers Ernst Maass, die „ihre sämtlichen Verlagswerke in je einem Exemplar der Stadtbibliothek überwies.“

Im Jahr 1906 waren es 235 Zeitungen, die die Stadtbibliothek erhielt, und im Bericht von 1910 wurde wieder unterstrichen, dass die Hamburger Zeitschriften und Zeitungen annähernd vollständig an die Stadtbibliothek abgeliefert wurden. Auch die Liste der Buchverleger, die Gratisexemplare schickten, wurde nicht kürzer im Laufe der Zeit. All das belegt, dass Münzels Maßnahmen zu einem dauerhaft positiven Ergebnis geführt hatten und dass er in kürzester Zeit das erreichen konnte, was man jahrzehntelang mit allen möglichen Mitteln versucht hatte zu verwirklichen.

Um das Hamburgbild abzurunden, wählte man aus Antiquariatskatalogen alle Arten von Literatur aus, wie z.B. Hochzeitsgedichte, Leichenpredigten, hamburgische Erzählungen oder alte Dissertationen, die von Hamburgern an ihren jeweiligen Studienorten geschrieben worden sind.

Außer den erwähnten Publikationsarten wurden auch Stadtpläne, Stadtansichten und Porträts von Hamburger Persönlichkeiten erworben. Die für die Bibliothek gekauften Musikalien stammten zum großen Teil von in Hamburg geborenen oder lebenden Komponisten. Auch das Literatur-Archiv gehörte in seiner Gesamtheit eigentlich zu den Hamburgensien.

Zahlreiche der von Privatpersonen der Stadtbibliothek zugedachten Geschenke waren Hamburgensien.

4.7. Erwerbungspolitik 1918-1921²⁹⁷

Am 11. Juli 1917 starb Robert Münzel. Die Stelle des Direktors der Stadtbibliothek wurde Gustav Wahl anvertraut, Oberbibliothekar an der Bibliothek des Reichsgerichts in Leipzig, ehemaliger Leiter der Senckenbergischen Bibliothek in Frankfurt am Main und ehemaliger Direktor der Deutschen Bücherei in Leipzig, der sein Amt am 1. Januar 1918 antrat.

Für die letzten Jahre des Untersuchungszeitraums gibt es kaum Unterlagen, sowohl Jahresberichte wie auch Zugangsbücher fehlen. 1928 erschien der „I. Bericht umfassend die Zeit vom 1. Januar 1917 bis zum 31. März 1927“, die erste gedruckte Entwicklungsübersicht seit dem Jahresbericht von 1916.

Wahls erste Zeit in der Stadtbibliothek war ziemlich turbulent: 1918 noch Krieg, dann 1919 Revolution auf den Straßen (Spartakistenunruhen mit in die Büchermagazine abgefeuerten Schüssen) und die Bibliothek „wegen ihrer stadtbeherrschenden Lage“ als Standort eines Bataillons der Reichstruppen, im selben Jahr Gründung der Universität und knapp zwei Jahre später offizielle Umwandlung der Stadtbibliothek in eine Staats- und Universitätsbibliothek.

Die für die Bestandsvermehrung zur Verfügung stehenden Mittel für 1918-1919 waren M. 35.000 für den Buchkauf und M. 1.000 für die Papyrussammlung. Hinzu kamen noch Spenden von Vereinen: M. 1.000 vom Verein für das Deutschtum im Ausland und M. 500 zum Ausbau der neu eingerichteten Deutschumsabteilung.

²⁹⁷ Die Angaben stammen aus Gustav Wahls 10-jahresbericht 1917-1927.

Gustav Wahl, der von dem Bibliothekskartell genauso wenig begeistert war wie sein Vorgänger Robert Münzel, vereinbarte mit der Leitung der Commerzbibliothek, dass das gesamte Fach Geschichte in Zukunft der Stadtbibliothek überlassen bleibe.

Weil die Juristische Lesegesellschaft ihre Bestände in die Stadtbibliothek transferiert hatte, übernahm diese ab 1918 auch die Pflege der Jurisprudenz mit römischem Recht, deutscher Rechtsgeschichte, deutschem bürgerlichem Recht, deutschem Prozess-, Straf- und Kirchenrecht. Noch 1916 fiel der Bibliothek aus dem Nachlass des Altertumsforschers Heylbut ein Legat zu, das zum Ausbau der neuen juristischen Abteilung benutzt werden konnte.

Die Maßnahmen zur Vermehrung der Bibliothek in den hier interessierenden Jahren 1918-1921 sind aus dem Zehnjahresbericht von Gustav Wahl sehr schwer herauszufiltern, denn er geht äußerst sparsam mit konkreten Daten um.

Die von Münzel gegründeten Sondersammlungen: die Bismarck-Sammlung, die Weltkriegssammlung, die Papyrussammlung und das Literatur-Archiv wurden weitergeführt.

Die Bismarck-Sammlung erhielt in 20 Konvoluten zusammengebundene Akten, die Aufschluss über Bismarcks Handelspolitik gaben.

Für die Weltkriegssammlung übergab der Hamburgische Landesverein des Roten Kreuzes Archivalien von Gefangenen- und Internierungslagern außerhalb Deutschlands, die Akten, Geschäftspapiere, Rundschreiben, photographische Platten und Filme enthielten. In der Nachkriegszeit wurden vor allem politische Schriften mit lokalem Bezug gesammelt: Soldatenzeitungen, Revolutionszeitungen usw.

Gustav Wahl begann 1918 mit der Errichtung einer Sondersammlung von Schriftwerken über das Deutschum im Ausland. Das Schrifttum der Auslandsdeutschen war ein bis dahin vernachlässigtes Gebiet in der deutschen Bibliothekslandschaft. Die Deutsche Bücherei hatte zwar die Pflicht, dieses Schrifttum zu sammeln, aber erst beginnend mit 1913.

Wahls Vorstellungen in Bezug auf die Hamburger Sammlung fasste er folgendermaßen zusammen:

„Die Sammlung muß sich ohne Rücksicht auf Zeitpunkt, Ort und Form der Veröffentlichung und unter Einschluß des internen Materials erstrecken auf die Zeugnisse über die deutsche Auswanderung, Niederlassung, Siedlung, die wirtschaftliche, politische, soziale und kulturelle Leistung der Auslandsdeutschen, die Wechselbeziehungen zwischen dem Ursprungsland und den Auswanderern einerseits, zwischen den Einwanderern und der neuen Heimat andererseits. Zu berücksichtigen ist dabei nicht nur die Gegenwart, wobei insbesondere der Stellung und den Schicksalen des Auslandsdeutschtums im Weltkrieg Beachtung zu schenken ist, sondern namentlich der Vergangenheit.“²⁹⁸

Eines der wichtigsten Geschenke aus dieser Zeit war der handschriftliche Nachlass von *Robert Münzel* und seine etwa 1.000 Bände umfassende Privatbibliothek, die von der Wissenschaftlichen Stiftung für die Stadtbibliothek erworben wurde. Um die 300 Bände kamen in den Bibliotheksbestand, den Rest der hauptsächlich klassische Philologie enthaltenden Büchersammlung überließ man dem Osteuropäischen Seminar des Kolonialinstituts.

Mit der Gründung der Universität übernahm die Stadtbibliothek ohne Schwierigkeiten, noch bevor sie den Namen einer Universitätsbibliothek trug, die Versorgung der Professoren und Studenten mit der für Forschung und Lehre notwendigen wissenschaftlichen Literatur. Es wurde eine Lehrbuchsammlung eingerichtet mit den ausschlaggebenden Lehrbüchern aller Fächer in zwei Exemplaren, eines für die Ausleihe, das andere für die Handbibliothek des Lesesaals bestimmt.

Der Bibliothek wurde auch der akademische Schriftenaustausch der Universität übertragen. Zu ihren Tauschobjekten zählten nunmehr auch das Vorlesungsverzeichnis und alle anderen Publikationen der Universität.

Eine Vielzahl ihrer Dubletten überließ sie den in Entstehung begriffenen Seminarbibliotheken. Als das Erste Hamburgische Hochschulgesetz am 4. Februar 1921 erlassen wurde, war die Stadtbibliothek schon längst zu dem geworden, was sie von nun an offiziell war, eine Staats- und Universitätsbibliothek.

²⁹⁸ WAHL: Sammlung, S. 4

4.8. Zusammenfassung

Robert Münzel, der erste Bibliothek-Fachmann unter den Leitern der Stadtbibliothek, ersann ein Organisations- und Entwicklungskonzept, in dem die Erwerbungspolitik einen essentiellen Platz einnahm.

Mit seinen Vorschlägen und Maßnahmen wusste er sich die Unterstützung der Bibliothekskommission und der Sachverständigen zu sichern und versuchte, sich in seiner Arbeit so wenig wie möglich von den Grenzen des Kartellgesetzes beeinträchtigen zu lassen.

Stets auf die Entwicklung der Bibliothek bedacht, verlor er nie die Benutzerbedürfnisse und –wünsche aus den Augen, die ihm als Maßstab für seine Bestandspolitik dienten.

In Münzels Amtszeit entstanden eine Reihe von Sondersammlungen: die Papyrus-Sammlung, das Literatur-Archiv, die Bismarck- und die Weltkriegsammlung, ergänzt von der unter Direktor Wahl entstandenen Sammlung des Schrifttums der Auslandsdeutschen.

Obwohl ohne gesetzliche Grundlage, gelang es ihm, die früher so zögerlichen Verleger zur Abgabe von Freixemplaren an die Stadtbibliothek zu bewegen; auch erreichte er eine fast lückenlose Ablieferung von Periodika.

Mit seinen Bemühungen um die Hamburgensien führte er die Arbeit seiner Vorgänger weiter, um für die zukünftige Forschung das Schrifttum über und aus Hamburg zu sichern, eine für ihn selbstverständliche Aufgabe für die größte öffentliche Bibliothek der Stadt.

Nicht zuletzt seine auf Jahre ausgelegte planmäßige Lückenergänzungsaktion führte dazu, dass sich die Bibliothek eines bedeutenden Bestandes an wissenschaftlicher Literatur rühmen konnte.

Die Amtszeit von Robert Münzel kann nur als Glücksfall für die Hamburger Stadtbibliothek betrachtet werden. Mit aller Kraft hat er darauf hingewirkt, dass sie ohne Schwierigkeiten den Aufgaben einer Universitätsbibliothek gewachsen sein konnte.

Schlussbemerkungen

Betrachtet man den Weg der Hamburger Stadtbibliothek zur Staats- und Universitätsbibliothek anhand ihrer Erwerbungspolitik, kann man feststellen, dass es eine kontinuierliche Entwicklung in diese Richtung gab und die Umwandlung nur konsequent war.

Die Stadtbibliothek entstand als wissenschaftliche Universalbibliothek zur Unterstützung der Studierenden und Lehrenden am Akademischen Gymnasium und der wissenschaftlich Interessierten und Arbeitenden in Hamburg.

Seit 1801, seit Christoph Daniel Ebeling einen Kaufetat durchsetzte, gab es eine Erwerbungspolitik, die darauf zielte, alle wissenschaftlichen Fächer planmäßig und kontinuierlich zu vermehren, mit einem besonderen Augenmerk auf den Hamburgensien.

Weil die Geldmittel nicht ausreichten und um ihre optimale Nutzung zu erreichen, ging schon Ebeling dazu über, sich die Versorgung mit wissenschaftlicher Literatur mit der Commerzbibliothek und der Bibliothek der Patriotischen Gesellschaft zu teilen.

Petersen, der große Neuerer, initiierte 1840 die Bibliothekskommission, erneuerte die Bibliotheksordnung und gründete zusammen mit anderen Bibliotheken ein Bibliothekskartell. Seither konzentrierte man sich auf die Kontinuität, die Ausgewogenheit und die Vollständigkeit einzelner Fächer; dem Anspruch der Universalität genügte die Stadtbibliothek nicht mehr allein, er wurde von mehreren Bibliotheken gemeinsam erfüllt, ein Gedanke, der sich heute, in der Zeit riesiger Bibliotheksverbünde und knapper Mittel, großer Popularität erfreut.

Seit Christian Petersens Amtszeit also waren neben dem Bibliotheksdirektor die maßgebenden Instanzen für die Erwerbungspolitik: die Bibliothekskommission, die Revidierten Bibliotheksgesetze und das Bibliothekskartell zur Vermeidung von Doppelanschaffungen. Die Zusammenarbeit der Bibliotheksleitung mit den anderen Instanzen gestaltete sich mal als Segen, mal als Hemmschuh, sie hing von der Persönlichkeit, der Durchsetzungsfähigkeit und schließlich von der Kompetenz und Weitsicht des jeweiligen Direktors ab.

Sowohl Petersen als auch Münzel hatten in ihrer Bestandspolitik immer die großen Universitätsbibliotheken im Auge, sie orientierten sich danach und setzten so ihre Maßstäbe. Die Übernahme der Literaturversorgung einer Universität konnte also im Falle der Stadtbibliothek ohne Schwierigkeiten geschehen.

Die Bemühungen, die in und über Hamburg erschienene Literatur zu sammeln, zu erschließen und zur Verfügung zu stellen, bildeten immer eine der Hauptaufgaben der Stadtbibliothek. Sowohl Bibliotheksverwaltung als auch -benutzer betrachteten sie - mit ihren auf den meisten Gebieten so

reichhaltigen und wertvollen Sammlungen - als wichtigste Anlaufstelle Hamburgs für wissenschaftliche Literatur und als Landesbibliothek.

Als also mit dem Ersten Hamburgischen Hochschulgesetz vom 4. Februar 1921 die Stadtbibliothek zu einer Staats- und Universitätsbibliothek wurde, fand lediglich eine Namensänderung statt, denn die Aufgaben einer derartigen Einrichtung wusste sie schon lange zu erfüllen.

QUELLENVERZEICHNIS

(StAH = Staatsarchiv der Freien und Hansestadt Hamburg)

StAH, 361-1, Scholarchat IX, A: Protokolle für die Stadtbibliothek, Band.I: 1837 bis 1860 Juni 12, Band II: 1860 August 27. bis 1862 Juni 3.

StAH, 361-1, Scholarchat IX, B: Beilagen zum Protokoll für die Stadtbibliothek, Band I: Vom Jahre 1836-1843, No. 2-No. 71, Band II: Vom Jahre 1844–1860.

StAH, 361-1, Scholarchat IX, D, Einzelakten der Stadtbibliothek, Nr. 1: Acta betr. die Verpflichtung zur Ablieferung eines Exemplars aller hier gedruckten Schriften an die Stadtbibliothek und dasselbige Verfügungen nebst Archivalbericht vom 11. Februar 1885, Erkenntnisse des Landgerichts und der Oberschulbehörde gegen L. Friederichsen & Co., 1696–1885.

StAH, 361-1, Scholarchat IX, D, Einzelakten der Stadtbibliothek, Nr. 6: Acta betr. die erfolgte Ablieferung je eines Exemplars der hierselbst gedruckten Werke an die Stadtbibliothek u. v. d. a. 1837–1848.

StAH, 361-1, Scholarchat IX, D. Einzelakten der Stadtbibliothek, Nr. 7: Bibliotheksverhandlungen mit Herrn Professor Lehmann sowie Papiere, seinen Prozess betreffend, 1846–1853.

StAH, 361-5 I, Hochschulwesen I, Reg. Gen. B, Nr. 2: Die Commission 1844–1901.

StAH, 361-5 I, Hochschulwesen I, Reg. Gen. B, Nr. 7: Vermehrung der Bibliotheksbestände (Kauf, Schenkung), Verzeichnis der jährlichen Erwerbungen, Maßnahmen zur Vermeidung von Doppelanschaffungen, 1882–1908.

StAH, 361-5 I, Hochschulwesen I, Reg. Gen. B, Nr. 8: Beziehungen zum Buchhandel, (Einforderung der sogenannten Pflichtexemplare, Kundenrabatt, 1886-1907).

StAH, 361-5 I, Hochschulwesen I, Reg. Gen. B, Nr. 11: Verkauf und Austausch von Bibliotheksbeständen, inbes. von Doubletten, 1871–1911.

StAH, 361-5 I, Hochschulwesen I, Reg. Spez. C, Nr. 2: Allgemeine Gesetze, Verordnungen, Regulative und dgl., Band. I: 1844–1891.

StAH, 361-5 I, Hochschulwesen I, Reg. Spez. C, Nr. 3: Commission und die Spezialsachverständigen, Band I: 1883–1896, Band II: 1897–1907, Band III: 1912–1914.

StAH, 361-5 I, Hochschulwesen I, Reg. Spez. C, Nr. 19: Akten betreffend Jahresberichte 1884-1909.

StAH, 361-5 I, Hochschulwesen I, Reg. Spez. C, Nr. 21: Budget, Nachbewilligungen, Abrechnungen und dgl., Band I: 1862 -1890, Band II: 1890–1896, Band III: 1896-1904, Band IV: 1905–1907, Band V: 1908–1910, Band VI: 1911-1915.

StAH, 361-5 I, Hochschulwesen I, Reg. Spez. C, Nr. 28: Ergänzung und Vermehrung der Bibliotheksbestände im Allgemeinen, Band I: 1876-886, Band II: 1892–1896, Band III: 1897-1908, Band IV: 1909 – .

StAH, 361-5 I, Hochschulwesen I, Reg. Spez. C, Nr. 28a: Mitwirkung der Sachverständigen der Kommission bei den Neuanschaffungen, 1896-1908.

StAH, 361-5 I, Hochschulwesen I, Reg. Spez. C, Nr. 28b: Ausfüllung der Lücken, 1898-1911.

StAH, 361-5 I, Hochschulwesen I, Reg. Spez. C, Nr. 29: Vermehrung der Bibliotheksbestände im Einzelnen, a) durch Kauf, Band I: 1872–1899, Band II: 1890–1896, Band III: 1897–1908, Band IV: 1909 –.

StAH, 361-5 I, Hochschulwesen I, Reg. Spez. C, Nr. 30: Maassnahmen zur Vermeidung von Doppelanschaffungen (Cartel der öffentlichen Bibliotheken in Hamburg), 1848–1911.

StAH, 361-5 I, Hochschulwesen I, Reg. Spez. C, Nr. 34a: Anlage einer Papyrussammlung, 1905-1906.

StAH, 361-5 I, Hochschulwesen I, Reg. Spez. C, Nr. 36: Tauschverkehr (ausgenommen Doubletten), Band I: 1875–1906, Band II: 1911–1913.

StAH, 361-5 I, Hochschulwesen I, Reg. Spez. C, Nr. 41: Lesezirkel 1873-1908.

StAH, 361-5 I, Hochschulwesen I, Reg. Spez. C, Nr. 45a: Beziehungen der Bibliothek zum hiesigen Buchhandel, a) Einforderung der sogenannten Pflichtexemplare, Band I: 1879–1888, Band II: 1889–1895, Band III: 1895 –.

StAH, 111-1, Senat, Cl. VII Lit. He., Nr. 1, Vol 17a.

LITERATURVERZEICHNIS

BURG, Fritz (u. a.): Robert Münzel zum Gedächtnis, Hamburg 1918.

BUZAS, Ladislaus: Deutsche Bibliotheksgeschichte der neuesten Zeit, 1800-1945, Wiesbaden 1978. (Elemente des Buch- und Bibliothekswesens. 3)

DORFMÜLLER, Kurt: Bestandsaufbau an wissenschaftlichen Bibliotheken, Frankfurt am Main 1989. (Das Bibliothekswesen in Einzeldarstellungen)

ERRICHTUNG einer Universität in Hamburg, Antrag des Senats an die Bürgerschaft vom 20. Dezember 1912, betreffend Ausbau des Kolonialinstituts und des Allgemeinen Vorlesungswesens zu einer Universität, Hamburg 1912.

EYSENHARDT, Franz: Abriss der Geschichte der Stadtbibliothek, in: Mittheilungen aus der Stadtbibliothek zu Hamburg 11, 1894, S. 1-19.

ISLER, Meyer: Geschichte der Hamburgischen Stadtbibliothek 1838-1882, in: Zeitschrift des Vereins für Hamburgische Geschichte 8, 1889, S. 49-86.

250 JAHRE COMMERZBIBLIOTHEK der Handelskammer Hamburg 1735-1985, Hamburg 1985.

JAHRESBERICHTE 1844-1848, 1871-1882 in: Verzeichnis der öffentlichen und Privat-Vorlesungen, welche am Hamburgischen Academischen Gymnasium ... gehalten werden, Hamburg 1845-1849, 1872-1883.

JAHRESBERICHTE 1858, 1861-1862, 1864-1865, 1867-1869, in: Intelligenz-Blatt zum Serapeum, 1859-1870.

JAHRESBERICHTE 1882-1916, in: Jahrbuch der Hamburgischen Wissenschaftlichen Anstalten 1.1883-35.1917.

KAYSER, Werner: 500 Jahre wissenschaftliche Bibliothek in Hamburg, 1479-1979, Hamburg 1979.

KLESSMANN, Eckart: Geschichte der Stadt Hamburg, Hamburg 1984 (4. Auflage).

KRAWEHL, Otto-Ernst / NEUBACHER, Jürgen: Rückgabe kriegsbedingter verlagter Handschriften und Drucke der Staats- und Universitätsbibliothek Hamburg Carl von Ossietzky aus Tiflis (1996) und Eriwan (1998), in: Auskunft 19, 1999, S. 133-145.

KRAWEHL, Otto-Ernst: „Sogenannte Pflichtexemplare“, in: Weigel, Harald (Hrsg.): Festschrift für Horst Gronemeyer zum 60. Geburtstag, Herzberg 1993, S. 725-755.

LEMCKE, Johannes: Die Bibliothek der Patriotischen Gesellschaft, in: Geschichte der Hamburgischen Gesellschaft zur Beförderung der Künste und nützlichen Gewerbe (Patriotische Gesellschaft), Teil 2, Heft 2, Hamburg 1936, S. 218-434.

MELLE, Werner von: Dreißig Jahre Hamburger Wissenschaft 1891-1921, Rückblicke und persönliche Erinnerungen, 2 Bände, Band 1 Hamburg 1923, Band 2 Hamburg 1924.

MÜNDEL, Robert: Die Hamburger Stadtbibliothek, Vortrag zu Besichtigung der Bibliothek, in: Zentralblatt für Bibliothekswesen, 28, 1911, S. 437-446.

PETERSEN, Christian: Geschichte der Hamburgischen Stadtbibliothek, Hamburg 1838.

PRIMAVESI, Oliver: Zur Geschichte des Deutschen Papyruskartells, in: Zeitschrift für Papyrologie und Epigraphik 114, 1996, S. 173-187.

PROTOKOLLE und Ausschuß-Berichte der Bürgerschaft vom 6. December 1859 bis Ende 1860, Hamburg 1860.

SCHIEFLER, Gustav: Eine hamburgische Kulturgeschichte 1890-1920, Beobachtungen eines Zeitgenossen, Hamburg 1985. (Veröffentlichungen des Vereins für Hamburgische Geschichte. 27)

SCHREIBER, Monika: Robert Münzel (1859-1917), Leben, Werk und Wirken des Klassischen Philologen und Hamburger Bibliotheksdirektors, Göttingen, 2000. (Göttinger Forum für Altertumswissenschaft, Beihefte. 4)

STAATSHAUSHALTSABRECHNUNG über das Jahr 1916, 1917 und 1918 nebst Anlagen, Hamburg, 1918-1920.

VERHANDLUNGEN zwischen Senat und Bürgerschaft im Jahre 1898 und 1899, Hamburg 1899-1900.

WAHL, Gustav: Staats- und Universitäts-Bibliothek, 1. Bericht umfassend die Zeit vom 1. Januar 1917 bis zum 31. März 1927, Hamburg 1928.

WAHL, Gustav: Sammlung der Schriftwerke über das Deutschtum im Auslande und des Schrifttums der Auslanddeutschen, Denkschrift des Ausschusses für das Deutschtum in den ibero-amerikanischen Ländern, Hamburg 1918.

ANHÄNGE

Anhang I

An die löbliche Bibliotheks-Deputation, ergebenste Bittschrift abseiten des Collegiums der Professoren des Akademischen Gymnasiums, betreffend: Errichtung einer Bibliothekskommission, 16.9.1840.

Die unterzeichneten Professoren des Akademischen Gymnasiums glaubten in ihrer besonderen Stellung eine Aufforderung zu finden in diesem Augenblicke, in welchem für die äußeren Verhältnisse der Bibliothek in großartiger Weise gesorgt worden ist, dasjenige, was zu einer allseitigen Erreichung der Zwecke der Bibliothek nach Veränderung ihrer bisherigen äußeren Verhältnisse etwa in Zukunft geschehen könnte, in Erwägung zu ziehen, da sie voraussehen, es werde, nachdem die Uebersiedelung der Bibliothek glücklich vollführt worden, ihre innere Organisation einigen näheren Bestimmungen unterliegen. Wenn nun die Unterzeichneten sich veranlasst sehen, in der vorliegenden Eingabe einige wichtige Verhältnisse der Bibliothek zur Sprache zu bringen, und in Beziehung auf dieselben einige unmaßgebliche Vorschläge zu thun, so hoffen sie, ihr Verfahren hinlänglich gerechtfertigt zu sehen, nicht nur durch das nothwendige Interesse und durch die natürliche Theilnahme an einer für den Gelehrten-Stand Hamburgs so wichtigen Angelegenheit, sondern auch durch die geschichtlich nachzuweisenden Verhältnisse, in welchen die Professoren des Akademischen Gymnasiums stets zur Stadt-Bibliothek gestanden haben.

Es bedarf hier kaum der Erwähnung, daß die beständige Verknüpfung des Bibliothekariats mit den Professoren des Gymnasiums hochobrigkeitlich bestätigt worden ist, und daß schon aus diesem Grunde die Professoren des Gymnasiums den Bibliotheksverhältnissen näher stehen und ein bestimmteres Interesse an denselben haben als Andere. Da dieß stets von einem Hochansehnlichen Scholarchate anerkannt worden ist, und auch die am ersten März 1751 publicirte Bibliotheksordnung mit aus den Vorschlägen der Professoren hervorgegangen ist, und späterhin das Collegium der Professoren mehrmals seine Wünsche hinsichtlich der Bibliothek officiel zur Sprache gebracht hat und mit denselben ein geneigtes Gehör bei einem Hochansehnlichen Scholarchate gefunden hat, so glaubt dasselbe, sowohl ein näheres Anrecht zu haben auf die Darlegung seiner Wünsche und Ansichten, als auch sich der Hoffnung hingeben zu dürfen, daß ihm auch im vorliegenden Falle ein geneigtes Gehör werde geschenkt werden.

Die unterzeichneten Professoren, welche zugleich Bibliothekare sind, glaubten in ihrer besonderen amtlichen Stellung, sei es zu einem Hochansehnlichen Scholarchate, sei es zu der Bibliotheksdeputation, keinen Grund zu haben, diese Sache nicht gemeinsam mit ihren Kollegen anzuregen, da sie, die natürlichen Vertreter der Bibliothek und ihrer Interessen, gerne zu allen zeitgemäßen Verbesserungen die Hand bieten, und es ihnen nur erwünscht seyn konnte, daß die betreffenden Vorschläge mehrfach berathen wurden, um sie, desto geprüfter einer verehrten Behörde vorlegen zu können, wobei sie sich hinsichtlich der Modalität der Ausführung eine nähere Erörterung in der Bibliotheks-Deputation vorbehalten.

Nach diesen durch die Umstände nothwendig gemachten einleitenden Bemerkungen gehen wir von der bei allen einsichtsvollen und kompetenten Männern vorhandenen Wahrheit aus, daß jede Bibliotheksverwaltung an sich schon eine höchst schwierige ist, daß dieselbe aber eine um so schwierigere wird, wenn, wie es bei unserer Bibliothek der Fall ist, der Umfang der zu Gebote stehenden Mittel nur geringe ist und nicht ganz in einem richtigen Verhältnisse zu dem steht, was im Allgemeinen so wie in einzelnen Fächern der Wissenschaft von der Bibliothek erwartet wird. Diese Schwierigkeit aber, würde sie auch durch Erweiterung der äußeren Mittel einerseits gehoben, ist bereits seit längerer Zeit durch den Zustand der Literatur, durch ihre nach allen Seiten hin stattfindenden Anschwellung in dem Maße gesteigert, daß die innere Verwaltung einer Bibliothek und zwar, wovon wir hier namentlich reden, die Sorge für die Vervollständigung spezieller Fächer der Literatur die Kräfte Einzelner, es mag nun die Bibliothekswissenschaft die Aufgabe ihres Lebens seyn oder sie mögen außer ihrem Berufe als Bibliothekare noch spezielle Fächer der Wissenschaft vertreten, weit übersteigt. Wenn dies schon in früherer Zeit hie und da lebhaft gefühlt worden ist, so hat die umfangreiche Entwicklung, welche fast ohne Unterschied alle Wissenschaften in der neueren Zeit genommen haben, darauf mit Nothwendigkeit hingeführt, eine Verbindung mannigfacher Kräfte zur Uebersicht und Beurtheilung der Literatur einzuleiten, um das Ziel, welches eine Bibliothek zu verfolgen hat und welches durch die Kräfte einzelner nicht zu erreichen ist, durch das Zusammenwirken mehrerer Kräfte, welche verschiedene Fächer vertreten, möglich zu machen. Werden auch über die Aufgaben einer Bibliothek, und insbesondere einer solchen wie unsere

Stadtbibliothek ist, hie und da sich immer verschiedene Ansichten geltend machen, so wird doch als ziemlich allgemein anerkannt sich voraussetzen lassen, daß es darauf ankommt, daß die Sorge für die Vervollständigung der Bibliothek mit der Entwicklung der Wissenschaft Hand in Hand gehe, und daß dem gemäß alle Hauptdisciplinen möglichst gleichmäßig zu vertreten seien, vor allen Dingen aber daß die Vervollständigung aus dem Gesichtspunkte eines jeden Faches und nach dem competenten Urtheile eines Fachgenossen beschafft werde.

Hiervon ausgehend, hat man bereits an sehr vielen Orten, indem man die eigentliche Verwaltung der Bibliothek, um die unumgänglich nothwendige Einheit derselben aufrecht zu halten, mit Recht in die Hand eines oder zweier Bibliothekare legte, eine berathende Bibliotheks-Commission eingesetzt, damit durch das Hinzuziehen mehrerer besonderen Fächern angehörender Männer die Einsicht und Umsicht derselben der Bibliothek bei ihrer Vervollständigung zu Gute komme. Wir können hier auf das Beispiel der meisten Universitäten hinweisen, wonach den akademischen Statuten der einzelnen Fakultäten die Pflicht obliegt für die Vervollständigung der Universitäts-Bibliothek in dem Kreise ihrer Wissenschaft Sorge zu tragen.

Die unterzeichneten Professoren, welche nicht Bibliothekare sind, dürfen es nicht unerwähnt lassen, daß ihre Collegen, die zeitigen Bibliothekare, dieses Princip bereits früher indirect aussprachen und anerkannten, da sie an dieselben dann und wann die Aufforderung gestellt haben, Mittheilungen über die aus dem Gebiete ihrer besonderen Wissenschaft anzuschaffenden Bücher zu machen. Sie erkennen dieß mit Dank an, freuen sich aber, daß sie mit ihren Collegen sich zu der Ansicht vereinigt haben, daß diese vereinzelt und isolirten Mittheilungen, zumal da die Einzelnen ohne nähere Kenntniß der in Betracht kommenden Verhältnisse der Bibliothek nicht einmal immer diesen Wünschen zu entsprechen vermochten, nicht jenes oben entwickelte wichtige Princip erfolgreich vertreten konnten, und daß es sich darum handele, dieß Princip practisch durchzuführen, daß sowohl die Bibliotheksverwaltung wisse, worauf sie bei Vertretung der einzelnen Fächer an mitwirkender Intelligenz sicher rechnen könne, als auch in wie weit die Bibliotheksverwaltung gehalten sei, ihrerseits zu dem gemeinsamen Ziele mitzuwirken.

Die unterzeichneten Professoren erlauben sich daher sich beziehend auf die oben entwickelten Gründe, „die Einsetzung einer berathenden Bibliotheks-Commission, welche die Sorge für die Vervollständigung der Bibliothek mit der Bibliotheksverwaltung zu theilen hat“, vorzuschlagen.

Indem sie die Ueberzeugung hegen, daß dieser Vorschlag ein zeitgemäßer ist, daß er im Interesse der Wissenschaft gethan wird, und daß er sich des Beifalls aller derer erfreuen wird, welche die Schwierigkeiten einzusehen vermögen, mit welchen die Vervollständigung der Bibliothek zu kämpfen hat, fühlen sie zugleich die Nothwendigkeit, diesen allgemein gehaltenen Vorschlag auf eine bestimmte Basis zurückzuführen.

Fragt es sich hier zuerst, aus welchen Gliedern die einzusetzende Bibliotheks-Commission bestehen solle, so liegt es nahe, hinsichtlich des bereits oben berührten geschichtlich entstandenen Verhältnisses der Professoren des Akademischen Gymnasiums zur Stadtbibliothek vorzuschlagen, daß dieselben eo ipso als Glieder der Bibliotheks-Commission einzutreten befugt würden. Würde ferner zu dieser Bibliotheks-Commission ein Jurist und ein Mediziner commitirt werden, zu denen noch einer der Herren Bibliothekare der Commerz-Bibliothek und der Patriotischen Gesellschaft um des weiter unten zu erwähnenden Verhältnisses willen dieser Bibliotheken zur Stadtbibliothek hinzuzuziehen wären, so ließe sich, nachdem die nicht besonders vertretenen Disciplinen nach einer vorausgegangenen Berathung und Uebereinkunft unter den Gliedern der Commission aus dem Gesichtspunkte der Verwandtschaft ihrer Disciplinen getheilt worden, mit einiger Gewissheit annehmen, daß dann für die gleichmäßige und einsichtsvolle Vervollständigung aller Fächer möglichst gesorgt wäre.

Es würde sich, ohne einer näheren Berathung hierüber dadurch vorgreifen zu wollen, die Vertretung der einzelnen Disciplinen etwa so stellen: der Professor der classischen Philologie für Philologie, Philosophie, Kunstgeschichte etc., der Professor der biblischen Philologie für Theologie, Philosophie, orient. Sprachen, der Professor der Geschichte für Geschichte, Staatswissenschaften, neuere Literatur, der Professor der Naturwissenschaften für Botanik, Naturgeschichte, Oekonomie und Forstwissenschaften, der Professor der Mathematik und Physik, für Mathematik, Physik und Chemie, das juristische Mitglied für den ganzen Umfang der Jurisprudenz, das ärztliche Mitglied für den ganzen Umfang der Medicin, Chirurgie, Pharmacie.

Vor Allem aber scheint es uns wichtig zu seyn, den Gliedern der zu ernennenden Bibliotheks-Commission bestimmte Rechte zu sichern, damit sie mit einiger Aussicht auf Erfolg und auf den glücklichen Ausgang ihrer Bestrebungen sich den zugewiesenen Obliegenheiten widmen können, zugleich aber auch den Kreis ihrer Pflichten, denen sie sich zu unterziehen haben, fest zu bestimmen, damit auch die Bibliotheksverwaltung wisse, was sie von den Gliedern der Commission fordern dürfe und zu erwarten berechtigt sei. Indem wir daher verfügen, den Inbegriff der den Gliedern der zu bildenden Bibliotheks-Commission eventuel zustehenden Rechten und der ihren obliegenden

Pflichten näher zu bestimmen, hoffen wir dadurch, unseren Vorschlag aus jeder unbestimmten Allgemeinheit auf eine feste und sichere Grundlage zurückzuführen.

Was uns die Bestimmung der eventuellen Rechte der Glieder der zu bildenden Bibliotheks-Commission anlangt, so sind wir der Meinung, daß dieselben in folgenden fünf Punkten wesentlich bestehen müssten, darauf aber auch zu beschränken seien.

I. Anspruch auf eine übersichtliche Mittheilung der bisherigen inneren Verhältnisse der Bibliothek, der anzuschaffenden Fortsetzungen angefangener Werke, der Zeitschriften, welche gehalten werden etc.

So wird dieses Recht von dem Gesichtspunkte aus stipulirt werden müssen, daß nur dadurch die Glieder der Commission in den Stand gesetzt werden, die ihnen aufzulegenden Pflichten, den Verhältnissen der Bibliothek entsprechend, zu erfüllen. Ohne dieses Anrecht auf eine nähere Auskunft über die obwaltenden Verhältnisse würden die einzelnen Glieder der Commission sehr leicht in ihren Anträgen die nothwendigen und in finanziellen Rücksichten liegenden Gränzen überschreiten, auch überhaupt für ihre Vorschläge ohne bestimmte Grundlage seyn, die allein aus der Kenntniß der bestehenden Verhältnisse der Bibliothek entnommen werden kann.

II. Mitanfertigung des allgemeinen Budgets und Auskunft über dessen Vollziehung und über die stattgehabten Modificationen desselben.

Es leuchtet ein, daß, wenn eine von bestimmten Grundsätzen geleiteten Vervollständigung der Bibliothek beschafft werden soll, auch ein bestimmter Plan für die Vervollständigung einem jeden Bibliotheks-Jahre zum Grunde liegen muß, wobei aber eben so wenig übersehen werden darf, daß eine Menge äußerer Verhältnisse, welche bei der Anfertigung eines Budgets nicht vorausgesehen werden können, mannigfache Abweichungen von demselben veranlassen können. Da nun aber die möglichst gleichmäßige Vervollständigung aller Fächer einen wesentlichen Gesichtspunkt bei der Anfertigung eines Budgets ausmacht und gerade durch die Bibliotheks-Commission dieser Zweck erreicht werden soll, so ergiebt sich auch die Nothwendigkeit dieses Rechtes, daß das jährliche Budget unter Zuziehung der Bibliotheks-Commission angefertigt werde. Können aber Gründe stattfinden, weshalb bald das eine, bald das andere Fach in dem einen oder dem anderen Jahre vorzugsweise ergänzt werden müsste, so liegt auch darin eine Nöthigung, das aufgestellte Budget alljährlich einer Revision zu unterwerfen, wenn auch dabei nicht verkannt werden soll, daß das Budget bei gleich bleibenden äußeren Mitteln so ziemlich jedes Jahr eine gleiche Basis und Anordnung haben wird.

III. Berücksichtigung der Vorschläge eines jeden Mitgliedes für das von ihm vertretene Fach

- a) bei Anschaffung neuer Bücher
- b) bei Aufträgen für Auctionen.

IV. Mittheilung der Gründe, sobald die Anträge eines Mitgliedes nicht berücksichtigt werden konnten.

Da die Bibliotheks-Commission keine verwaltende, sondern nur eine berathende ist, auch aus dieser Rücksicht um die Einheit der Bibliotheksverwaltung ungeschmälert zu erhalten, die Endbestimmung über die anzuschaffenden Bücher von den Bibliothekaren ausgehen muß, so ist es andererseits dagegen wichtig, daß die Glieder der Commission von den Gründen in Kenntniß gesetzt werden, weshalb es der Bibliotheksverwaltung nicht möglich war, bestimmte Anträge eines Mitgliedes zu berücksichtigen, um dadurch auch umgekehrt die Berücksichtigung ihrer Wünsche zu geben.

V. Anspruch auf zeitige Mittheilung der Auctions-Cataloge und aller auf den Kauf von Büchern sich beziehenden Anträge.

Für diesen Beweis nicht unwichtiger Rechte, welche die Glieder der zu bildenden Bibliotheks-Commission eventuell erhalten würden, hätten dagegen dieselben sich anheischig zu machen zur Uebernahme folgender Pflichten.

I. Verpflichtung sich über den Zustand des einzelnen Faches zu orientiren, welches das respective Mitglied übernommen und die nöthigen Mittheilungen hinsichtlich desselben zu machen.

Sollen die Glieder der Bibliotheks-Commission mit Nutzen dem Zwecke ihrer Stellung entsprechen, so bedarf es für sie einer genauen Kenntniß des Zustandes der Bibliothek in dem besonderen ihnen zugewiesenen Fächern, namentlich auch ob und in welchen Stadien der Wissenschaft geringere oder bedeutende Lücken vorhanden sind; ferner der Kenntniß, ob die in Auctionen sich anbietenden Bücher bereits vorhanden oder nicht vorhanden sind, damit auch von dieser Seite der Bibliotheksverwaltung die große und mühsame Arbeit erleichtert werde.

II. Pflicht der Anfertigung einer Liste von Desiderien in dem zu vertretenden Fache in Hinsicht auf Bücher und Zeitschriften.

III. Die Sorge für die Vervollständigung des übernommenen Faches in Hinsicht auf den Ankauf neuer Bücher und auf den Ankauf derselben in Auctionen.

IV. Verpflichtung in den alle zwei Monate regelmäßig zu haltenden Versammlungen und in den eventuel von den Bibliothekaren, denen das Präsidium in der Bibliotheks-Commission zusteht, anzusetzenden außerordentlichen Sitzungen der Bibliotheks-Commission zu erscheinen.

V. Jährlicher Bericht über die Ergänzung der übernommenen Fächer, über das Erworbene und noch zu Erwerbende und über die stattgefundene Besichtigung anderweitig, etwa von Privaten ausgesprochenen Wünsche.

Diese Pflicht einer jährlichen Berichterstattung der einzelnen Mitglieder wird mehrfache Vortheile für die Bibliothek herbeiführen. Einmal werden diese Berichte eine treffliche Grundlage darbieten für die Geschichte der Bibliothek und werden literar-historisch wichtig seyn. Zum anderen Male wird ein jedes Mitglied der Commission, welches einen solchen genauen Bericht über die Vervollständigung der Bibliothek in seinem besonderen Fache giebt, durch denselben zugleich die beste Rechenschaft ablegen von seinen individuellen, der Bibliothek gewidmeten Bestrebungen. Es wird aber daraus noch der Vortheil erwachsen, daß die später eintretenden Mitglieder der Bibliotheks-Commission sich vermittelst dieser jährlichen Berichte ihrer Vorgänger über den jedesmaligen Zustand der Bibliothek in dem besonderen Fache, welches sie übernehmen sollen, am besten werden unterrichten können.

VI. Pflicht der Berathung über eine Verbindung mit den übrigen Bibliotheken der Stadt, namentlich über die Möglichkeit Vertragsverhältnisse mit der Bibliothek des Commerciums und der Bibliothek der patriotischen Gesellschaft in Hinsicht auf die Uebernahme einzelner und specieller Fächer einzuleiten und durchzuführen.

Es ist dieser letzte Punkt absichtlich in einiger Allgemeinheit ausgesprochen und nur sorgfältigen Berathung dieses Gegenstandes einer zu bildenden Bibliotheks-Commission zur Pflicht gemacht, weil bereits zu verschiedenen Zeiten derselbe Gedanke theils von Bibliothekaren, wie z. B. von Professor Giseke, theils von anderer Seite lebhaft angeregt worden ist, nichtsdestoweniger aber sich der Ausführung bedeutende Schwierigkeiten entgegenstellten, die in den besonderen Verhältnissen der in Betracht kommenden Bibliotheken lagen. Ohne daher einer auf sorgfältiger Prüfung der obwaltenden Verhältnisse ruhenden Entscheidung vorgreifen zu wollen, sind wir der Meinung, daß die angeregte Sache eine genaue und umsichtige Erwägung von Neuem verdiene.

Nachdem wir im Obigen unsere Gründe für die Bildung einer Bibliotheks-Commission genügend dargelegt zu haben glauben, und nachdem wir zugleich versucht haben den Kreis der Befugnisse und Pflichten derselben näher zu bestimmen, stellen wir unsere ergebenste Bitte dafür.

Eine löbliche Bibliotheks-Deputation wolle geneigen auf Erwägung der von uns vorgebrachten Gründe die Bildung einer Bibliotheks-Commission einzuleiten und derselben die von uns vorgeschlagenen oder eventuel modificierten Rechte und Pflichten zu übertragen, oder im entgegengesetzten Falle unseren Antrag einem Hochansehnlichen Scholarchate zu einer definitiven Entscheidung zu überweisen, auch die unterzeichneten Professoren von dem Resultate derselben in Kenntniß zu setzten.

Das Collegium der Professoren des Akad. Gymnasiums.

Hamburg, den 16-ten September 1840

Anhang II

Revidirte Gesetze für die Hamburgische Stadtbibliothek . Auf Befehl Eines Hochedlen Rathes der Freien und Hanse-Stadt Hamburg publicirt den 1. März 1844.

§. 1.

Die Stadtbibliothek ist zunächst zum Nutzen hiesiger Bürger und Einwohner und zwar, da sie meist aus wissenschaftlichen Werken besteht, besonders für die Beförderung wissenschaftlicher Bestrebungen bestimmt. Doch kann dieselbe unter den gehörigen Garantien auch von Fremden benutzt werden.

I. Von der Beaufsichtigung und Verwaltung der Bibliothek.

§. 2.

Die Stadtbibliothek steht unter dem Senate als der höchsten Behörde, ohne deren Einwilligung keine Veränderung in diesen Gesetzen vorgenommen werden darf. Die unmittelbare Aufsicht führt das Scholarchat durch die Bibliotheks-Deputation, welche aus dem Protoscholarchen, dem Senior des Ministeriums, dem jedesmaligen Präses der Oberalten und dem jedesmaligen Bibliothekare besteht.

§. 3.

Das Scholarchat erwählt, auf den Vorschlag der Bibliotheks-Deputation, den Bibliothekar oder, wenn nöthig, deren mehrere. Die Wahl geschieht aus den Professoren des academischen Gymnasiums oder aus anderen geeigneten mit dem Gymnasium nicht in Verbindung stehenden Männern.

Die Bibliothekare werden angemessen honorirt.

§. 4.

Die Bibliotheks-Deputation ernennt die nach den Umständen erforderlichen Bibliotheks-Secretaire, welche zunächst zur Disposition der Bibliothekare stehen und wird bei dieser Ernennung auf den Wunsch der Bibliothekare thunlichste Rücksicht genommen werden. Sie geschieht auf sechsmonatliche Kündigung und wird der Gehalt nach den Umständen bestimmt.

§. 5.

Die Bibliothekare haben die beiden nach dem Wolffschen Testamente angestellten und aus den Zinsen des in demselben dazu bestimmten Kapitals honorirten Custoden aus der Zahl der Gymnasiasten zu ernennen.

&. 6.

Die Bibliotheks-Deputation hat die Entscheidung in allen Bibliotheks-Angelegenheiten, welche nicht nach diesen Gesetzen entweder dem Bibliothekar oder den Bibliothekaren obliegen oder dem Protoscholarchen anheimgestellt sind oder an das Scholarchat und eventualiter an den Senat gebracht werden müssen.

§. 7.

Die Unterbeamten und die von dem Protoscholarchen zu ernennenden Boten der Bibliothek erhalten ihre Instruction durch die Bibliotheks-Deputation.

§. 8.

Die unmittelbare Verwaltung ist Sache der Bibliothekare. Es haben dieselben für Aufrechterhaltung der gesetzlichen Ordnung so wie überhaupt für Ausführung der Deputations-Beschlüsse, soweit dieselben ihren Geschäftskreis betreffen, zu sorgen und über etwa nöthige Veränderungen der Deputation Vorschläge zu machen. Um Ostern haben sie von der Geschäftsführung des verflossenen Jahres jedes Mal der Deputation Bericht zu erstatten.

§. 9.

Sind mehr als ein Bibliothekar angestellt, so besorgen diese die Verwaltung gemeinschaftlich und verabreden unter sich die Theilung der Geschäfte collegialisch. Für dasjenige, was von jedem allein beschafft worden ist, bleibt nur der Einzelne der Deputation verantwortlich.

§. 10.

Die Unterbeamten und Boten der Bibliothek werden von dem Protoscholarchen in Eid und Pflicht genommen und es haben dieselben alle ihnen nach ihrer Instruction übertragenen Arbeiten unweigerlich zu übernehmen.

II. Von der Unterhaltung und Vermehrung der Bibliothek.

§. 11.

Der Protoscholarch empfängt die Einkünfte der Bibliothek, leistet unmittelbar oder gegen die von einem der Bibliothekare fidimirtten Rechnungen Zahlung und führt die Rechnung.

§. 12.

Die Bibliothekare haben darüber zu wachen, dass, bestehenden Verfügungen und Vereinbarungen gemäss, von allen hieselbst gedruckten oder verlegten Schriften und Büchern ein Exemplar an die Stadtbibliothek abgeliefert werde, wes Endes ihnen der Protoscholarch ein betreffendes Verzeichnis, welches ihm vom Censor eingeliefert wird, zustellt.

§. 13.

Der Ankauf von Büchern wird durch die Bibliothekare besorgt, welche jedoch bei einer Ausgabe von mehr als 100 M. für ein Werk auf einmal, zuvor die Genehmigung des Protoscholarchen einzuholen haben, der, wenn er es für nöthig erachtet, die übrigen Deputations-Mitglieder dieserwegen zu Rathe zieht.

§. 14.

In der Auswahl der anzuschaffenden Bücher werden die Bibliothekare von einer beratenden Commission unterstützt, welche aus den Professoren des Gymnasiums, und für die von diesen nicht vertretenen Fächer aus einigen hiesigen geeigneten Gelehrten besteht, welche unter Genehmigung der Deputation von den Bibliothekaren um Beitritt ersucht werden.

§. 15.

Nachdem dieser Commission zu Anfange jeden Jahres die Mittheilung gemacht worden, über welche Summe zum Ankauf von Büchern disponirt werden kann, beräth sie über die Vertheilung dieser Summe (nach einer von der Deputation zu genehmigenden Geschäftsordnung) auf die verschiedenen Fächer der Bibliothek. Es wird sodann die beabsichtigte Vertheilung der Deputation durch die Bibliothekare vorgelegt.

&. 16.

Es sind, so weit die Mittel reichen, in ihrem ganzen Umfange namentlich zu vervollständigen: Bibliographie, Mathematik, Naturwissenschaften, Politische Geschichte, Kirchen-, Literatur-, Kunst- und Religions-Geschichte, Hamburgensien und alte Philologie. In der Philosophie sind ausser historischen Büchern und gesammelten Werken berühmter Philosophen nur Schriften anzuschaffen, deren bleibender Werth hinreichend anerkannt und gesichert ist. Aus der schönen Litteratur der neueren Völker sind nur Werke, die historischen Werth haben, besonders ältere zu erwerben. Grammatiken und Lexika mittelalterlicher oder noch lebender aber zurückgedrängter Sprachen und Dialecte sind besonders zu berücksichtigen; von lebenden, ausgebildeten Sprachen werden Grammatiken und Lexika nur angeschafft, wenn sie historisch wichtig sind.

§. 17.

Es gelten für die drei Facultätswissenschaften noch folgende besondere Bestimmungen: In der Theologie werden Kritik und Exegese der Bibel, Kirchenväter und Theologen des Mittelalters insbesondere berücksichtigt. In der Jurisprudenz: Ausgaben Kritik und Erklärung der Quellen, mit Ausnahme der neuern Gesetzsammlungen (welche auf der Commerz-Bibliothek vollständig zu finden sind). In der Medicin: die Aerzte des Alterthums und des Mittelalters, Anatomie und Physiologie.

III. Von der Benutzung der Bibliothek.

§. 18.

Die Benutzung der Bibliothek ist eine gedoppelte, und besteht theils im Lesen und Nachschlagen an Ort und Stelle, theils im Entleihen von Büchern nach der Behausung. Die Bedingungen, unter welchen die Bibliothek benutzt werden kann, sind in einem von dem Senate erlassenen besonderen Reglement festgesetzt.

§. 19.

Zum Entleihen der Bücher ohne besondere Caution, jedoch unter Beobachtung der übrigen gesetzlichen Bestimmungen sind berechtigt:

- 1) Die Mitglieder des Senats, des Ministeriums und der bürgerlichen Collegien und Deputationen.
- 2) Die Professoren und ordentlichen Lehrer des academischen Gymnasiums und beider Lehranstalten des Johanneums.
- 3) Die graduirten und anderen höheren Beamten des Staats.
- 4) Die hier zur Praxis zugelassenen Advocaten und Aerzte.
- 5) Die Candidaten des Ministeriums und die Schul-Amst-Candidaten.
- 6) Die Zöglinge des academischen Gymnasiums wenn sie selbst, ihre Angehörigen oder Vormünder die erforderliche Garantie gewähren.

Jedoch sind die Bibliothekare berechtigt und verpflichtet, sofern diese Berechtigten weder persönlich noch durch ihre Handschrift bekannt sind, zu verlangen, dass sich dieselben durch bekannte Personen vorstellen oder ihre Handschrift beglaubigen lassen.

§. 20.

Alle im vorigen §. nicht genannte Personen müssen, sofern nicht ihre bürgerliche oder sonstige Stellung dies überflüssig macht, den Werth des gewünschten Buches nach Schätzung der Bibliothekare deponiren oder eine schriftliche Bürgschaft eines sicheren und den Bibliothekaren als solcher bekannten Mannes beibringen. Zweifel über die Berechtigung Bücher ohne Caution zu entleihen oder über die Zulässigkeit des vorgeschlagenen Bürgen entscheidet der Protoscholarch.

Fremde, welche Bücher zu entleihen wünschen, erhalten solche unter der schriftlichen Bürgschaft eines dazu qualifizierten Hiesigen oder auf specielle Genehmigung des Protoscholarchen.

§. 21.

Die Bibliothekare haben das Recht und die Verpflichtung jährlich ein oder zweimal, Ostern und Michaelis, alle verliehenen Bücher durch eine öffentliche Bekanntmachung einfordern zu lassen, und es müssen auf solche Aufforderung die Bücher sofort zurückgesandt werden, sie mögen seit kürzerer oder längerer Zeit entliehen sein.

§. 22.

Vernachlässigungen in Bezug auf die Rücklieferung entlehnter Bücher, werden, nach fruchtlos geschehener Anmahnung dem Protoscholarchen angezeigt, welcher die Säumigen, nöthigenfalls durch Geldstrafen zur Rückgabe anhält.

§. 23.

Wer seinen Pflichten gegen die Bibliothek nicht nachkommt, kann übrigens nach Umständen durch die Deputation von der Benutzung der Bibliothek ausgeschlossen und polizeilich zur Rücklieferung so wie zum Ersatz der Verluste, welche die Anstalt durch sein Verschulden etwa erlitten hat, angehalten werden.

Gegeben in Unserer Rathversammlung. Hamburg, den 21. Februar 1844

Anhang III

Verabredung wegen des Cartels der öffentlichen Bibliotheken in Hamburg v. März 1849

Von dem Wunsche beseelt, daß die in Hamburg vorhandenen Mittel zur Anschaffung eines öffentlichen Büchervorraths nach gleichmäßigen, das Bedürfnis wissenschaftlicher Untersuchung und des praktischen Lesens möglichst erschöpfenden Grundsätzen verwendet werden mögen, haben die unterzeichneten in der Bibliotheks-Commission vereinigten Vertreter der Stadtbibliothek, der Commerzbibliothek, der Bibliothek der Gesellschaft zur Beförderung der Künste und nützlichen Gewerbe, des ärztlichen Vereins und des juristischen Lesezimmers über die folgenden Bestimmungen sich vereinbart, welche im Wesentlichen der bisherigen Praxis der betreffenden Institute entsprechen.

I.

In Bezug auf neue Anschaffungen wird die Stadtbibliothek fortfahren, unter besonderer Berücksichtigung der §§ 16 und 17 ihrer revidirten Gesetze, in allen Richtungen ihren Vorrath zu ergänzen, mit Ausnahme der folgenden, von anderen Instituten nach Maaßgabe ihrer Kräfte übernommenen, nach der Reihenfolge des Katalogs der Stadtbibliothek hier aufgeführten Fächer:

1. *Medicin (G)*. Der ärztliche Verein übernimmt die medicinische Literatur (G) mit Ausschluß derjenigen des Alterthums und des Mittelalters.

2. *Geographie und Statistik (H)*. Die Commerzbibliothek wird bei geographischen Karten und Reisebeschreibungen besondere Rücksicht auf diejenigen nehmen, welche zur Kunde der außereuropäischen Welttheile beitragen wird, jedoch dabei Alles ausschließen, was vorzugsweise archäologisch, naturwissenschaftlich oder belletristisch ist.

Im statistischen Fache wird die Commerzbibliothek auch die wichtigsten Werke über die europäischen Staaten anzuschaffen fortfahren, namentlich sofern sie auf Handelsstatistik sich beziehen.

3. *Politische Geschichte (I)*. Die Commerzbibliothek übernimmt die Handelsgeschichte, die Geschichte der deutschen Städte, der Kolonien und selbständigen außereuropäischen Staaten, und von 1648 (für England von 1625) an die wichtigeren, insbesondere quellenmäßigen Werke für die Geschichte sowohl des inneren Staatenlebens, als der internationalen Verhältnisse der Hauptstaaten Europas.

4. Die *Geschichte der Hanse (K ABC)* übernimmt die Commerzbibliothek und * wird neben der Stadtbibliothek auch die *Hamburgensien (KD)* anzuschaffen fortfahren, da es wünschenswert bleibt, mehr als nur eine öffentliche Sammlung derselben in möglichster Vollständigkeit zu erhalten.

* sowohl diese als die Bibliothek der Gesellschaft zur Beförderung der Künste und nützlichen Gewerbe

5. *Staatswissenschaften, vorzüglich Cameralwissenschaften (LB)* mit vollständiger Sorge für das Fach der Theorie und Politik des Handels und Schiffahrtskunde (mit Einschluss der Seekarten), ferner das Eisenbahnwesen (mit Ausschluss des Technischen und des rein Juristischen) übernimmt die Commerzbibliothek.

6. *Polytechnik und Technologie (LE)* mit ihren Hilfswissenschaften übernimmt die Bibliothek der Gesellschaft zur Beförderung der Künste und nützlichen Gewerbe.

7. In Beziehung auf die *Rechtswissenschaft (M)* übernimmt die Commerzbibliothek Staatsrecht, Völkerrecht (mit Einschluss des Seevölkerrechts), Handelsrecht, Gesetzgebung, insbesondere Handelsgesetzgebung der einzelnen, auch außereuropäischen Staaten; das juristische Lesezimmer die wichtigeren deutschen particularrechtlichen und die deutschen Werke über ausländische Jurisprudenz seit 1800 (mit Ausnahme der Fächer der Commerzbibliothek); die Werke über römisches, deutsches und internationales Privatrecht, römischen und gemeinen deutschen Civil- und Criminalrecht seit 1800; die legislativen deutschen Werke in diesen Zweigen von 1800 an, mit Ausschluss der desfalligen Ständeverhandlungen, von welchen die Commerzbibliothek die wichtigsten fortsetzt, endlich die wichtigeren deutschen kirchenrechtlichen Werke seit 1800.

8. *Bildende Kunst (N)* (mit Ausschluss derjenigen des Alterthums) und *Baukunst* (mit Ausnahme der Wasserbaukunst, für welche die Schiffahrt- und Hafen-Deputationen eine eigene Sammlung ergänzt) übernimmt die Bibliothek der Gesellschaft zur Beförderung der Künste und nützlichen Gewerbe.

II.

Die Vorsteher der verschiedenen Institute werden durch persönliche Rücksprache in solchen Fällen sich verständigen, wenn ein Zweifel obwalten kann, ob ein Werk für die eine oder andere Sammlung vorzugsweise sich eigne, wobei sich von selbst versteht, daß jeder Sammlung auch außerhalb der

übernommenen Fächer ihre Verhältnisse und Bedürfnisse besonders zu berücksichtigen unbenommen bleibt.

III.

Die verschiedenen Sammlungen werden darauf bedacht sein, sofern sie nicht eigene Kataloge in den Druck geben (was bei der Stadtbibliothek unthunlich erscheint) wenigstens über die bedeutenden neueren Erwerbungen von Zeit zu Zeit öffentlichen Bericht zu erstatten, oder doch ein Verzeichnis derselben auf der Stadtbibliothek niederzulegen.

IV.

Sollte die Verwaltung eines der hier vertretenen Institute in Zukunft sich veranlasst finden, von einem der gegenwärtig übernommenen Fächer zurückzutreten, so wird sie sofort der Bibliotheks-Commission die Anzeige davon mittheilen.

V.

Die gegenwärtige Übereinkunft wird den betreffenden Behörden oder Vereinen zur Genehmigung vorgelegt, und wird dieselbe dem Protocolle der Bibliotheks-Commission beigelegt werden.

Hamburg, den ... März 1849